

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 20. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Basis: halbjährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M., vierteljährlich 2,50 M., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichtigungen und Bekanntmachungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, 2.3. erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Privatbeamtenversicherung.

Aus den Kreisen der Privatbeamten wird uns geschrieben:

Die Tage des alten Reichstags sind gezählt. Die Neuwahlen werfen schon ihre Schatten voraus. Noch kurz vor der Heimkehr der Volksvertretung bringt die Regierung einen umfangreichen Entwurf zur Diskussion, der den Privatbeamten einen alten Wunsch erfüllen soll. Seit einer langen Reihe von Jahren haben diese Angestellten um eine solche Versicherung petitioniert und Versammlungen über Versammlungen abgehalten. Seit 1903 hat die Regierung die von den interessierten Vereinigungen aufgenommenen Fragebogen in Bearbeitung. Drei Denkschriften, die letzte im Jahre 1908, wurden veröffentlicht — und nun wird glücklich auch der Gesetzentwurf publiziert. Mag man auch einwenden, daß der Zusammenhang dieser Vorlage mit der Reichsversicherungsordnung diese Verzögerung begründet, so hätte doch der Entwurf zusammen oder unmittelbar nach jener Vorlage verabschiedet werden können. Sicher soll die Privatbeamtenversicherung ein Stück sein, ein Stück der sozialen Gesetzgebung, dessen sich die Regierungsparteien bei den kommenden Neuwahlen zu rühmen und mit dem sie die Angestellten einzufangen gedenken. Dabei könnten die Privatbeamten schon längst in die Versicherungsgebung einbezogen sein; haben doch unsere parlamentarischen Vertreter schon vor langen Jahren die Forderung erhoben, daß der Versicherungspflicht alle Personen unterliegen, die bis 7,50 M. Tagesverdienst haben. Natürlich fand diese im Interesse der Privatangestellten liegende Forderung weder bei der Regierung noch bei den bürgerlichen Parteien Anhang.

Als die ersten Anfänge unserer vielgepriesenen sozialen Gesetzgebung geschaffen wurden, konnten sich die Privatbeamten nicht genug tun in Protesten, daß man auch sie in die Invalidenversicherung aufgenommen habe. So wüteten unter anderem speziell die Handlungsgehilfenvereine und der Deutsche Technikerverband gegen ihre eigenen Interessen. Auch die Arbeitgeber nahmen Gelegenheit, ihr Lamento über die Lasten der staatlichen Versicherung anzustimmen. Das waren auch die Ursachen, die die Zentrumspartei dann zu einem Antrag veranlaßten, die Invalidenversicherung auf die gewerblichen Arbeiter zu beschränken. Erst in späteren Jahren brachte die wirtschaftliche Entwicklung auch in die Köpfe der Angestellten ein wenig Licht über die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Sie lernten einsehen, daß mit der großkapitalistischen Entwicklung die Möglichkeit schwand, selbständig zu werden, daß also die große Mehrheit dazu verurteilt sei, dauernd Angestellte zu bleiben. Nun begann die Agitation für die Pensionsversicherung. Nicht einen Ausbau der Invalidenversicherung forderten sie, nein, das ließ ihr Standesbewußtsein nicht zu: sie wollten eine Sonderversicherung. Von den Organisationen der Privatbeamten, die, wie z. B. der Zentralverband der Handlungsgehilfen, sich der Arbeiterbewegung eingegliedert hatten, wie auch von der auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Techniker-Organisation, dem Bund technisch-industrieller Beamten, wurde stets der Köhlerglaube zurückgewiesen, daß von einer Sonderversicherung alles Heil zu erwarten sei. Vielmehr müsse auf einen Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung durch höhere Leistungen und höhere Beitragsklassen hingearbeitet werden. Vergebens, die Mehrheit der Angestellten blieb auf dem alten Standpunkt. Nun soll die Versicherung nach ihrem Wunsch geschaffen werden. Wenn diese aber nicht so ausgefallen ist, wie sie es sich haben träumen lassen, so haben es die Privatbeamten selbst mit verschuldet.

Schon die ersten Paragraphen bringen eine Enttäuschung. Die Definition des Begriffs „Angestellter“ ist ungenau und verschwommen. Wer zählt zu den Angestellten in „leitender“, in „ähnlich gehobener“ oder „höherer“ Stellung? Die Ingenieure, bestimmte Handlungsgehilfen, wie Dekorateur, Lageristen, Paketkontrollen in Warenhäusern zählt man zwar gewöhnlich auch zu den Privatbeamten — aber darf man sie nach der Definition der Vorlage auch dazu rechnen? Bei der fortgeschrittenen Arbeitsteilung werden die Grenzen zwischen Handlungsgehilfe und Arbeiter, zwischen Techniker und Arbeiter immer mehr verwischt. Wenn die Begründung der Vorlage, die ja nach aussieht, hierin nicht ungewissenheit Arbeit schafft, ist jeder willkürlichen Auslegung Tür und Tor geöffnet.

Der Gegenstand der Versicherung, die als Gehaltshöchstgrenze 5000 M. festsetzt, sind Ruhegelder und Sinterbliebenrenten. Doch sind diese bei verhältnismäßig hohen Beiträgen so außerordentlich niedrig, daß sie z. B. nach 40jähriger ununterbrochener Mitgliedschaft etwa 35 Proz. des zuletzt bezogenen Einkommens betragen, also kaum die Hälfte dessen, was ein Staatsbeamter als Pension bezieht! Nur ein Beispiel: Ein Angestellter hat 1500 M. Jahres-einkommen und zahlt, ebenso wie sein Arbeitgeber, monatlich 2,40 M. Prämien, jährlich 40,80 M. Nach 10 Jahren hat er einen Pensionsanspruch von 204 M. jährlich (17 M. monatlich). Steigt er im Gehalt etwa auf 1800 M. und zahlt 10 Jahre lang für diese Klasse pro Jahr 57,60 M., so

hat er nach 20 Jahren 348 M. oder monatlich 29 M. Rente zu beanspruchen. Zahlt er zehn weitere Jahre mit 2100 M. Gehalt pro Jahr 79,20 M., so ist er schließlich so glücklich, nach 30jähriger ununterbrochener Mitgliedschaft 546 M. pro Jahr oder 45,50 M. monatlich als „Pension“ zu beziehen. Stirbt er nach diesen 30 Jahren, so hat seine Witwe jährlich 218,40 M., jedes Kind unter 18 Jahren 43,68 M. zu beanspruchen. Und zudem wird die Rente erst bewilligt, wenn er nicht mehr als 50 Proz. seines letzten Einkommens erwerben kann. Zwar kommen zu diesen Pensionen noch die Invalidenrenten hinzu. Doch damit die Pfüume nicht in den Himmel wachsen, wird vorgeschrieben, daß alle Bezüge 900 M. nicht überschreiten dürfen. Dagegen sind an Beiträgen (vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte) zu entrichten in Klasse:

A bei einem Gehalt bis zu	550 M.	= 1,60 monatlich
B	550—850	= 3,30
C	850—1150	= 4,80
D	1150—1500	= 6,80
E	1500—2000	= 9,60
F	2000—2500	= 13,20
G	2500—3000	= 16,40
H	3000—4000	= 20,—
I	4000—5000	= 26,00

Da der Arbeitgeber die Hälfte zu dieser Versicherung beizutragen hat, werden wir es bald erleben, wie so mancher Unternehmer diese Lasten von sich abzuwälzen versuchen wird. Er wird trachten, die Gehälter zu drücken, oder aber, wie es bei der Durchführung des österreichischen Privatbeamten-Versicherungsgesetzes sich gezeigt hat, die Beamten in das Verhältnis gewerblicher Lohnarbeiter einzurangieren.

Als in den Privatbeamtenkreisen die Frage der Sonderversicherung immer weitere Kreise zog, sah im Oktober 1907 eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller folgenden Beschluß:

„Der Zentralverband Deutscher Industrieller ist auch bereit, reichsrechtliche Zwangsversicherung der Privatangestellten sympathisch zu fördern, sofern sich diese Versicherung in ihrer Höhe in angemessenen Grenzen hält, nur die geringere befolgeten Angestellten umfaßt, und sofern den einzelnen industriellen Betrieben der Fortbestand und die Neuerrichtung von Pensions- und Witwenversorgungs-kassen als Ersatzinstitutionen der reichsrechtlichen Zwangsversicherung gestattet bleibt.“

Also wenn je nach Belieben die Zwangsversicherung durch Betriebspensionskassen ersetzt werden können, sind sogar die Herren vom Zentralverband für diese Versicherung zu haben. Die Betriebspensionskassen sind ihm immer noch billiger, er fesselt seine Arbeiter und Angestellten an seinen Betrieb und kann ihnen Löhne diktieren, wie er will. Die Pensionskasse hält sie schon fest!

Auf diese Tatsachen ist schon genügend bei der Diskussion, ob Sonderversicherung, ob Erweiterung der Invalidenversicherung, hingewiesen worden. Ein Ausbau der Invalidenversicherung hätte jedenfalls diesen Ausbeutungsgehilfen der Unternehmer ein Ziel gesetzt. Nun wird die Sonderversicherung die Möglichkeit schaffen, daß die Betriebspensionskassen nebenher bestehen und zu einem brutalen Nachtmittel der Kapitalisten ausgenützt werden können.

Noch ein anderes Argument kommt bei der Beurteilung dieser Vorlage in Betracht: Wird dieser Entwurf Gesetz, so glaubt die Regierung dem Drängen nach einem Ausbau der Invalidenversicherung Genüge getan zu haben dadurch, daß sie für die ökonomische Schicht, die zwischen Arbeiter und Kapitalisten steht, eine Ergänzungsversicherung geschaffen hat. Es wird viel schwerer werden, auch für die gewerblichen Arbeiter weitere Zugeständnisse zu erringen. So wird der Interessengegenstand, der zwar nicht ökonomisch, doch ideell zwischen Arbeitern und Angestellten besteht, künstlich verschärft.

Der Entwurf ist demnach in allen Teilen ein Torso, der selbst den allerbedeutsamsten Anforderungen der Privatangestellten nicht genügt. Die Regierung und der schwarzblaue Bloß wollten jedoch in Anbetracht der herannahenden Reichstagswahlen den Privatangestellten wenigstens etwas bieten, um diese für sich einzufangen. So wurde schnell der Entwurf zusammengeschustert und uns als Geschenk präsentiert. Doch die Regierung hat sich verrechnet. Dieser Gesetzentwurf wird keinen Privatbeamten von dem „Wohlwollen“ der Regierung überzeugen. Er zeigt uns nur, daß wir viel lauter, viel energischer fordern müssen, wenn wir etwas Rennenswertes erreichen wollen.

### Rathauspolitik.

Wenn im Rathaus Fragen sozialpolitischer Natur verhandelt werden, weiß jeder mit der Natur des Berliner Rathausfreisinn einigermassen Vertraute, was da herauskommt. Das trat wieder in augenfälliger Erscheinung bei der gestrigen Beratung der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge auf Einrichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung und Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises. Immer sind es dieselben abgedroschenen Redensarten, die zum Ueberdruß wiederholt werden, die gegen alles geltend gemacht werden, was nach einem sozialpolitischen Fortschritt aussieht.

Com Magistratsrath angefangen bis zum letzten Bezirksvereinsredner wurde das alte Lied gefungen von der Unausführbarkeit, von den großen Kosten, die die geforderte Einrichtung im Gefolge habe. Nicht ein großer Gesichtspunkt wurde von den Herrschern im roten Hause gegen die Anträge unserer Genossen geltend gemacht und auch nicht ein fruchtbarer Grund wurde vorgetragen. Schließlich wollten zwei verbotene Innungsmeister den Anträgen gar noch mit dem Märchen von dem Terrorismus der Arbeiter zu Leibe rücken, ein Beginnen, was ihnen aber von unseren Genossen gründlich verfallen wurde. Der Magistrat beschränkte sich darauf, die Angelegenheit durch Hinausschieben zu erledigen. Die Frage bedürfte eingehender Erörterung. Der Stadtrat würde diese Erörterung „gründlich“ befürworten. Die Mehrheitsredner brachten alle möglichen Einwände zutage. Während sie früher verlangt hatten, unsere Genossen sollten doch positive Vorschläge machen, geschiel ihnen jetzt so gut wie gar nichts an diesen Vorschlägen. Anstatt nun bessere zu machen, bemühten sie sich, die Anträge tot zu reden.

Eine eigentümliche Rolle spielte bei der Beratung der spiritus rector des Verbandes der deutschen Gewerksvereine, Herr Goldschmidt. Im Prinzip sei er ja mit den Vorschlägen einverstanden, aber er wollte genau wissen, was die Geschichte kostet. Wenn die Kosten zu tragen seien, könne man die Sache machen. Neben der Kostenfrage hatte er nur Bann und Aber. Dieser Einerseits-Andereiseits- und wieder Einerseits-Andereiseits-Mann wollte es mit niemand verderben, weder mit den Arbeitern noch mit seinen engeren Parteifreunden, und so kam er zu seiner festen Stellungnahme. Veraten soll aber die Sache werden, das kostet ja vorläufig auch nichts. Nur ein sozialfortschrittlicher Redner war mit der Tendenz der Anträge einverstanden. Dieser Liberale hat aber keine Leute hinter sich. Es gab auch Redner, die dem Reich die Lösung der geforderten Aufgabe zuschieben wollten, zugleich aber betonten, den Grundgedanken der Anträge abzulehnen. Sonderbare Logik!

Die Stoffel in nichtsfagenden Einwänden erklaum der Vertreter des Magistrats, der den Gemeinden, die auf diesem Gebiete schon vorangegangen sind, den Vorwurf machte, sie erschwert die Lösung der Arbeitslosenfrage. Nach einstündiger Debatte wurden die Anträge in eine gemischte Deputation verwiesen. Was aus dieser Deputation nach den in der Versammlung gemachten Aeußerungen herauskommen wird, ist gar nicht zweifelhaft.

Man hat im Rathaus gar nicht den ernsthaften Willen, auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsnachweises etwas zu tun. Die Hausbesitzer haben von der Einrichtung keine Vorteile und das genügt für die Stellung der privilegierten Mehrheit in diesem Parlamente. Und Ideale haben unsere Kommunal-freisinnigen schon längst nicht mehr. Hätten sie solche, so mühten sie mit Wärme für die sozialdemokratischen Anträge einzutreten. Denn diese Anträge haben an sich gar nichts Sozialdemokratisches. Es sind Anträge, denen jeder wahrhaft Liberale zustimmen muß; sie ändern bei ihrer Durchführung nicht das geringste an der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Und deswegen haben verschiedene deutsche Städte, zu denen auch unsere Nachbarstadt Schöneberg gehört, die Arbeitslosenversicherung und den städtischen Arbeitsnachweis eingeführt. Die bayerische Regierung hat sich gleichfalls für die Regelung der genannten Materien ausgesprochen. Schadet nichts. Der Berliner Kommunal-freisinn tut freiwillig nichts. Nur wenn er muß, wenn er nicht mehr anders kann, nur gezwungenermaßen macht er größere Reformen. So ist es gekommen, daß er jetzt den Zwangsverband aufgehoben bekommen wird, weil er alles unterlassen hat; mit der Arbeitslosenversicherung wird es wohl nicht anders werden. Und das jammert dann noch über den Raub der Selbstverwaltung!

## Der Justizminister rüffelt den Oberstaatsanwalt.

Der Versuch des Oberstaatsanwalts Preuss in Moabit Schwurgerichtsprozess, das Zeugnis eines Zeugen über Polizeibrutalität durch Vorhalt von Strafen, die dieser vor langer Zeit wegen geringfügiger Uebertretungen bekommen hat, zu erschüttern und den Zeugen als unglaubwürdig hinstellen, veranlaßt uns, die Meinung eines Ministers über das Vorgehen des Oberstaatsanwalts Preuss wiederzugeben. Der Minister schreibt:

„In noch höherem Maße als bei den Angeklagten muß bei den Zeugen jede unnötige Bloßstellung vermieden werden.“

Die Pflicht, vor Gericht zu erscheinen, einen Eid zu leisten und unter diesem Eid in öffentlicher Verhandlung auszusagen, ist ohnedies eine schwere Bürde. Der Zeuge kann oft Rückschlüsse geben müssen, die für ihn selbst... sehr schmerzhaft oder sehr peinlich sind. Er ist bei seiner Vernehmung heftigen Gemütsbewegungen ausgesetzt, zieht sich zurückhalten zu, bringt sich in Gefahr der Erschütterung seiner gesellschaftlichen Stellung und muß mitunter sogar befürchten, in seiner Erwerbs- und Vermögenslage Nachteile zu erleiden. Ueberdies bedeutet die Erfüllung der Zeugnispflicht in vielen Fällen eine Störung der beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Zeugen, die durch Gewährung der gesetzlichen Gebühren allein nicht ausgeglichen werden kann.

Umso mehr hat der Zeuge einen Anspruch auf Schutz vor Gericht. Es hat aber den Anschein, als ob dieser Anspruch nicht immer genügende Berücksichtigung finde. Dies geschieht nicht nur dem Menschen und der Würde der Strafrechtspflege überhaupt zum Nachteil, sondern bringt auch die Gefahr mit sich, daß Personen, deren Angaben wichtig wären, der Ablegung des Zeugnisses zu entgehen trachten.

Diese Gefahr und die lauten Klagen über den Mangel an Euth der Zeugen zwingen dazu, in Erinnerung zu bringen, daß die Vorschriften der Strafprozessordnung und der Zivilprozessordnung über den Zeugenschutz offenbar von dem Grundsatz

Beherrschst sind, daß dem Zeugen persönlich nur dann nahegetreten werden darf, wenn es die Zwecke des gerichtlichen Verfahrens gebieterisch fordern.

Dieser Wille des Gesetzes drückt sich auch darin aus, daß dem Zeugen über seine persönlichen Verhältnisse nicht mehr Fragen vorgelegt werden sollen, als zur Feststellung seiner Persönlichkeit, seiner Eidesfähigkeit und seiner etwaigen Beziehungen zum Prozeßbeteiligten notwendig ist.

Einen weiteren Schutz gewährt das Gesetz dem Zeugen durch die der Strafprozeßordnung (§ 67) und der Zivilprozeßordnung (§ 395) gemeinsame Vorschrift, daß dem Zeugen Fragen, die seine Glaubwürdigkeit betreffen, nur erforderlichen Falles vorzulegen sind und daß auch dies nur dann statthaft sein soll, wenn es sich um Fragen über solche Umstände handelt, die gerade in der vorliegenden Sache für seine Glaubwürdigkeit von Bedeutung sind. Der Zeuge muß daher, soweit es nur immer ohne Nachteil für eine zureichende und erschöpfende Beurteilung der Sache geschehen kann, vor allen Fragen bewahrt werden, die über diese vom Gesetz gezogenen Grenzen hinausgehen oder etwa gar den Zweck verfolgen, den Zeugen... bloßzustellen.

Inabesondere sind Fragen nach früheren Verurteilungen der Zeugen nur dann zu stellen, wenn eine zwingende Veranlassung dazu besteht, wenn also beispielsweise angenommen werden muß, daß es für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit des Zeugen von Wichtigkeit wäre, wenn er die behauptete Verurteilung erlitten hätte. Die Zulassung solcher Fragen verstößt gegen den vom Gesetz gewollten Schutz des Zeugen nur dann nicht, wenn andernfalls allgemeine Interessen der Rechtspflege oder besondere, vom Gesetze gewährleistete Rechte eines Prozeßbeteiligten offenbar beeinträchtigt würden. Das Staatsministerium der Justiz gibt der Zurechtweisung, daß diese Grundsätze sorgfältig beachtet werden.

So der Justizminister. Ein tüchtiger Ruffel, den er dem Staatsanwalt erteilt! Also die Würde der Strafrechtspflege erfordert es und die gesetzlichen Vorschriften lassen darüber auch keinen Zweifel aufkommen, daß der Vorhalt von Strafen einem Zeugen gegenüber nur dann statthaft sein soll, wenn es sich um Fragen über solche Umstände handelt, die gerade in der vorliegenden Sache für die Glaubwürdigkeit des Zeugen von Bedeutung sind. Was aber in aller Welt hatte es zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit eines Zeugnisses über Polizeiverhalten zu tun, wenn der Zeuge als Restaurateur vor langer Zeit einmal 10 M. Geldstrafe bekommen hat, weil einige seiner Gäste ein von der Polizei nicht gestattetes Kartenspiel gemacht haben? Bildet diese Strafe, die sich jeder ehrenwerte Gastwirt zuziehen kann, eine „zwingende Veranlassung“ zur Bloßstellung eines Zeugen durch denselben Oberstaatsanwalt, der einige Tage vorher erklärt hat, gegen verbrecherische Schulleute Untersuchung einzuleiten zu wollen, wenn ihm solche Fälle namhaft gemacht werden? Oder hat der Oberstaatsanwalt mit dieser zum Schutze der verbrecherischen Schulleute unternommenen Zeugenmishandlung „allgemeine Interessen der Rechtspflege“ wahren wollen.

Keiner von all den Fällen, die der zitierte Justizminister für die Zulassung solcher Fragen an Zeugen gelten lassen will, trifft in der vorliegenden Sache zu. Der bayerische Justizminister v. Ritter, von dem der oben wiedergegebene Ruffel auf Vortrat stammt (Erlaß vom 25. Juni 1908) an Staatsanwälte und Richter, war sich also bei Niederschrift dieser Mahnung an Richter und Staatsanwälte bewußt, daß es Staatsanwälte gibt, die es mit der „Würde der Strafrechtspflege“ vereinbaren können, an unbedeutenen Zeugen Fragen zu richten, die über die vom Gesetze gezogenen Grenzen hinausgehen oder gar den Zweck verfolgen, den Zeugen bloßzustellen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Januar 1911.

### Zuwachsteuerverwässerung.

Aus dem Reichstag, 19. Januar. Noch mehr Wasser in die schon in der Kommission verwässerte Steuerborlage hineinzuschütten, bemühten sich auch heute die agrarischen Parteien. So kam es, daß nur um 10 Paragraphen die Beratung weiter gefördert wurde, und 57 hat das ganze Gesetz. Diese agrarische Politik entlockte dem fortschrittlichen Abgeordneten Cuno den Stoßseufzer: Die Agrarier würden es noch fertigbringen, schließlich eine Besitzsteuer zu machen, die den Besitz völlig schone. Die Bemühungen der Sozialdemokratie, wirklich nennenswerte Beträge aus dieser Steuerquelle herauszuschöpfen, scheiterten dagegen an dem Widerstand der kompakten agrarischen Mehrheit. Dabei trat es deutlich in Erscheinung, daß die Regierung sich bereits mit dem Gedanken abgefunden hat, das Gesetz in jeder auch noch so verstümmelten Form aus den Händen der Agrarier entgegenzunehmen. Besonders bezeichnend war dafür die Festsetzung des Ausgangstermins für die Berechnung der Wertzuwachssteuer.

In der ursprünglichen Regierungsvorlage war als Termin, von dem an der Wertzuwachs bei einer Grundstücksveräußerung berechnet werden soll, in § 11 der 1. Januar 1885 vorgesehen. Das war an sich schon eine Begünstigung der Grundstückbesitzer, da die rapideste allgemeine Wertsteigerung in Deutschland im Anfang der siebziger Jahre stattgefunden hat. Eine naturgemäßere Fäsur würde deshalb das Jahr 1872 gewesen sein. Einzelne Gemeinden sind bei Einführung der Wertzuwachssteuer denn auch bereits so weit mit dem Anfangstermin der Steigerungsberechnung zurückgegangen.

Dieser Tatsache hatte die Regierungsvorlage wenigstens insofern Rechnung getragen, daß sie in § 12 den Gemeinden das Recht zusprach, mit Genehmigung der Landesregierung durch Satzung zu bestimmen, daß bei Bemessung des Wertzuwachses Erwerbsvorgänge berücksichtigt werden, die vor dem 1. Januar 1885 liegen. Diesen § 12 hatte die Kommission überhaupt gestrichen.

Die Sozialdemokratie machte nun in der zweiten Lesung den Versuch, diesen berechtigten Passus wieder in das Gesetz einzufügen. Genosse Pletsch mußte nun aber die auffällige Tatsache konstatieren, daß der Schatzsekretär Bermuth in Verein mit seinen Regierungsvertretern sich völlig ausschwig über diese Frage, als ob die Regierung von Angst und Grauen gepackt wird vor ihren eigenen Geisteserzeugnissen, sobald die Sozialdemokratie sich deren annimmt.

Der Antrag wurde denn auch abgelehnt, worauf Genosse Südekum mit Nachdruck erklärte, die Sozialdemokratie werde nunmehr versuchen, in der dritten Lesung die allgemeine Rückdatierung des Anfangstermins für den zu beratenden Wertzuwachs durchzusetzen.

Nachdem die Verhandlungen bis zum § 22 gediehen waren, wurde Vertagung beschlossen. Auf Vorschlag des Präsidenten soll morgen die Sitzung bereits um 11 Uhr beginnen, um den ganzen Paragraphenrest am Freitag noch durch das Haus zu peitschen, so daß dem Reichstag jedenfalls eine schwere Sitzung bevorsteht.

### Mohrenwäsche.

In dreifündiger Rede trat am Donnerstag von der Tribüne des Abgeordnetenhauses herab der fortschrittliche Abg. Lippmann

sein Anlagematerial gegen die preußischen Landräte vor. Aber trotz der langen Dauer seiner Ausführungen war seine Anklage keine erschöpfende. Ist es überhaupt menschenmöglich, auch nur annähernd all das in einer Parlamentssitzung zusammenzufassen, was die Landräte in dem Zwischenraum zwischen zwei Sessionen sündigen? Jeder Tag bringt neues Material in dieser Beziehung, von dem freilich nur ein kleiner Teil an die Öffentlichkeit dringt. Die Nachfälle, mit der die Landräte ausgestattet sind, die wie Könige in absoluten Staaten ein Regiment der Willkür in ihren Kreisen aufreichten, die sorgsame Art, in der sie ausgewählt werden, das muß ja unbedingt die Früchte zeitigen, die für unser heutiges Regierungssystem so charakteristisch sind.

Es war eine Fülle tatsächlichen Materials, mit der der Redner der fortschrittlichen Volkspartei zur Begründung der von seinen Freunden eingebrachten Interpellation über landrätliche Mißgriffe aufwarten konnte. Er begnügte sich aber nicht mit der Aufzählung der einzelnen Fälle, die er gründlich und eingehend erörterte, sondern übte auch an der Wurzel des Übels Kritik, indem er die agrarisch-konserverbative Herrschaft, das die Massen entrechtende Dreiklassenwahlrecht, die veralteten Kreis- und Provinzialordnungen unter die Lupe nahm, eine Änderung dieser Gesetze und gleiches Recht für alle Staatsbürger ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit verlangte.

Namens der Regierung antwortete an Stelle des wieder einmal verhinderten Ministerpräsidenten, der eine sichtliche Verachtung gegenüber dem Dreiklassenparlament zur Schau trägt und das Haus hochtrotzig zu haben scheint, der Minister des Innern von Dallwig. Oder richtiger gesagt, er antwortete nicht, sondern las das vor, was seine Geheimräte ihm aufgeschrieben hatten. Genau so hatte er es einige Tage vorher gemacht, als er über die Moabitier Vorfälle „Auskunft“ gab. Wie er da den durch das Gerichtsurteil längst überholten und als falsch bewiesenen Polizeibericht verlesen hat, so verlas er jetzt eine wohl vorbereitete Antwort auf die Beschwerden, die vorausichtlich gegen seine Landräte angebracht werden würden, wobei ihm das kleine Malheur passierte, daß er auch auf solche Anklagen erwiderte, die der Interpellation gar nicht berührt hatte. Der fleißige Geheimrat, der die „Rede“ ausgearbeitet hat, weiß eben, wie groß das Sündenregister der Landräte ist, und deshalb hat er als vorsichtiger Mann lieber etwas mehr als zu wenig niedergeschrieben. Inhaltlich standen die Ausführungen des Herrn v. Dallwig noch unter dem süßlichen Riveau preußischer Ministerreden. Alles, aber auch alles, was den Landräten vorgeworfen wird, stritt er rundweg ab, und so sich einmal Dinge ereignet haben, die er auch beim besten Willen nicht hinwegleugnen konnte, da suchte er sie durch einen Zufall zu erklären. Wie hätten nicht geglaubt, daß im zwanzigsten Jahrhundert noch so viel Feinden und Wunder geschehen. Im übrigen gab sich der Minister sichtlich Mühe, seine reaktionären Ausführungen bei der Staatsdebatte noch zu übertrumpfen. Der Chor der Landräte jubelte ihm zu. Wissen sie doch, daß sie unter Herrn v. Dallwig völlig freie Hand haben und für jeden Liebergriff im voraus Indemnität erhalten!

Trotz der vorgelesenen Zeit begann das Haus noch mit der Besprechung der Interpellation, um noch einen konservativen Redner Gelegenheit zur Erwiderung zu geben. Diese undankbare Aufgabe fiel Herrn v. Hennings' Beschlus zu, der, so gut oder so schlecht es ging, sein Vieh herfagte, die Mohrenwäsche des Ministers an den Landräten zu vollenden suchte und ihnen — unbefummert um Gesetz und Verfassung — die Aufgabe zwies, „ordnungsfeindliche“ Verordnungen zu beschimpfen. So sehr sich Herr v. Hennings auch bemühte, seine Wut darüber zu verbergen, daß die Konservativen trotz landrätlicher Hilfe Niederlage auf Niederlage erleiden, gelungen ist ihm das nicht. Man merkte ihm deutlich an, welche Angst die Konservativen vor der bevorstehenden Abrechnung bei den Reichstagswahlen haben.

Den Schluß der Sitzung bildete eine persönliche Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Dr. Friedberg (natl.) und v. Hennings (l.), die indirekt durch den Präsidenten v. Kröcher hervorgerufen wurde. Herr v. Kröcher in seiner bekannten „Unparteilichkeit“ ließ nämlich eine schwere Beleidigung des konservativen Redners ungerührt durchgehen und verwies Herrn Dr. Friedberg auf dessen Beschwerde auf den Weg der Selbsthilfe.

Am Freitag wird die Besprechung der Interpellation fortgesetzt.

### Ein Unterschlupf für Herrn Wassermann.

Herr Wassermann, der seit langem auf der Suche nach einem Wahlkreise ist, glaubt jetzt endlich in Saarbrücken einen Unterschlupf gefunden zu haben. Nach einer Meldung der „National-Zeitung“ soll er nunmehr im Wahlkreise Trier V (Saarbrücken) aufgestellt werden, da der bisherige Vertreter, Geheimrat Justizrat Polke, eine Wiederanstellung abgelehnt hat. Im Jahre 1907 erhielt Polke beim ersten Wahlgange 21334 Stimmen, während es das Zentrum auf 19183 gebracht hatte. Der Sozialdemokratie fielen 2922 Stimmen zu. Es liegt also in der Hand der Sozialdemokratie, ob Herr Wassermann endlich eine sichere Zustichsstätte gefunden hat.

### Die Großindustriellen und das Privatbeamtenversicherungsgesetz.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen und die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Stahlwerksbesitzer berufen auf den 8. Februar eine Versammlung nach Düsseldorf ein zur Beratung über das Pensionsversicherungsgesetz der Privatangestellten. Abgeordneter Dr. Deumer wird das Referat halten.

### Der Steueraufstand der Standesherrn.

Das Wertzuwachssteuergesetz läßt in seinem § 56 neben den Landesfürsten auch den hohen Adel, die sogenannten depossedierten Familien (letzte mit einer geringen Beschränkung steuerfrei. Das paßt den deutschen Standesherrn nicht. Sie erblicken darin den Ausdruck einer Rechtsungleichheit und erheben durch ihre Organisation beim Reichstage nachdrücklich Protest. Die Protestherde sind in dem Verein der deutschen Standesherrn organisiert, ihr Vorsitzender ist der Fürst zu Stolberg-Berningerode. Der Protest wendet sich gegen die Bevorzugung der Depossedierten vor den Standesherrn, denn der ganze Unterschied bestehe nur darin, daß die Standesherrn 60 Jahre früher als die Depossedierten ihre Souveränität verloren hätten. Die Standesherrn verlangen, daß die Steuerfreiheit der Depossedierten beseitigt werde. Weil sie aber wissen, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages nicht dafür zu haben ist, und weil sie nicht in den Verdacht kommen wollen, sich etwa gar zum Steuerzahler zu drängen, haben sie ihrem bereits erwähnten Antrag noch einen Eventualantrag angefügt. In diesem verlangen sie auch für sich Steuerfreiheit, wenn sie den Depossedierten gewährt werde.

Das scheint den deutschen Standesherrn die Hauptsache zu sein. Das Verlangen selbst ist freilich ein starkes Stück. Wie kommt das Reich dazu, einer bestimmten Klasse steuerliche Vorrechte einzuräumen, nur deshalb, weil deren Verfahren vor mehr denn 100 Jahren über Staaten „regiert“ haben, die oft kaum den Umfang einer Kleinstadt hatten. Wir verlangen, daß nicht nur die Depossedierten, sondern auch die Landesfürsten zu allen Steuern herangezogen werden.

### Streikende Studenten.

Regen Ablehnung des Besuches des Lehrkörpers der Tierärztlichen Hochschule in Hannover um Einführung des Rektorats anstatt des bisherigen Direktorats durch den Landwirtschaftsminister, beschloß die Studentenschaft dieser Hochschule gestern abend in einer zahlreich besuchten Versammlung, den Besuch sämtlicher Vorlesungen und Übungen von heute ab als Protest gegen diesen Bescheid einzustellen.

### Die Telephongebührenordnung

sollte in diesen Tagen im Reichstag zur zweiten Beratung gestellt werden. Auf der Tagesordnung wird der Wechselbalg demnächst auch erscheinen. Aus der Beratung wird aber nichts werden, den Rednern graut nämlich vor ihrem eigenen Werk. Die vom Schwarzblauen Block gefassten Kommissionsbeschlüsse haben mit Recht den lebhaften Protest der Handels- und Industriekreise hervorgerufen, denen ein unentbehrlich gewordenes Verkehrsmittel verteuert werden soll, dessen Benutzung dadurch natürlich auch erheblich eingeschränkt werden würde. Es ist deshalb von derjenigen Seite, die sich um das Zustandekommen der Kommissionsbeschlüsse am eifrigsten bemüht hat, am Donnerstag in einer zwingenden Versprechung von Abgeordneten, die an der Beratung des Gesetzes teilgenommen haben, empfohlen worden, die Zurückverweisung des Entwurfs an die Budgetkommission zu beantragen. Ein solcher Antrag soll von allen Parteien unterzeichnet werden. Man hat erkannt, daß die Kommissionsbeschlüsse im wesentlichen nicht aufrecht erhalten werden können.

Die Zurückverweisung an die Kommission kann zu einem lang- und langlosen Vergräbnis werden. Vor Ostern wird die Budgetkommission zu einer erneuten Beratung, die sich sehr gründlich gestalten muß, weil feststeht, daß die Postverwaltung falsche Angaben gemacht hat, kaum gelangen. Ob sich nach Ostern im Plenum noch Zeit findet, dieses Gesetz zu beraten, erscheint recht zweifelhaft.

### Finanzielles Ergebnis des sächsischen Staatseisenbahnbetriebes.

Die Gesamteinnahme der Sächsischen Staatseisenbahnen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910 beträgt nach vorläufiger Feststellung 165 866 831 M. oder 10 198 290 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Hierzu trug der Personenverkehr 58 586 254 M. (4 255 074 M. mehr) und der Güterverkehr 107 280 577 M. (5 943 216 M. mehr) bei.

### Fortschrittlich-nationalliberales Wahlbündnis für die Provinz Hannover.

Im Reichstage haben heute zwischen national-liberalen und fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten im Beisein von Mitgliedern der Sozialdemokratie der Provinz Hannover Verhandlungen stattgefunden, die voraussichtlich zu einer Einigung über die beiderseitigen Kandidaturen in der Provinz Hannover führen werden.

### Landtagswahlwahl in Gleitwig.

Bei der im 4. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Oepeln erfolgten Landtagswahl wurden gestern 307 Stimmen abgegeben, die sämtlich auf Peter, Pfarrer in Gleitwig (Z.), entfielen.

### Ein konservativer Märtyrer.

Am Dienstag verurteilte das Wehlauer Schöffengericht den Gemeindevorsteher Nimich in Woppendorf zu einer Geldstrafe von 10 Reichsmark oder zu zweimal 24 Stunden Gefängnis, weil er am Tage der Stichwahl in Labiau-Wehlau den liberalen Vertrauensmann Hirschler aus Königsberg im Hausflur zum Wahllokal lästlich angegriffen und an die frische Luft befördert hatte. — Die Konservativen werden dieses Urteil, das einen ihrer Helden trifft, unbegreiflich finden und anfangen, an ostelbischer Gerechtigkeit zu zweifeln.

### Frankreich.

#### Die Wingerunruhen.

Paris, 19. Januar. Die aus Epernay gemeldet wird, haben gestern abend in Ventreuil, wo der Staatsanwalt auf dem Bürgermeisterrat mehrere Zeugen über die von den Wingern in Danery begangenen Minderereien vernahm, lärmende Kundgebungen stattgefunden. Als sich das Gerücht verbreitete, daß zwei Winger verhaftet werden sollten, schlug die Menge die Fenster des Saales ein, in dem das Verhör stattfand, und schoß mehrere Kugeln ab, um die Winger der Umgebung zu alarmieren. Erst als sich der Staatsanwalt entfernte, ohne Verhaftungen vorgenommen zu haben, zog die Menge wieder ab.

Ministerpräsident Briand hat besondere Maßnahmen angeordnet, die einer Wiederholung der Unruhen in der Champagne vorbeugen sollen. Die Regierung findet die dortigen Vorgänge unerlässlich, da für die Winger Unterstützungskredite bewilligt worden sind und auf eine Unterdrückung der Weinfälschungen hingearbeitet wird.

#### Neue Kundgebungen.

Epernay, 19. Januar. Die Weinbauern setzten in der vergangenen Nacht ihre Kundgebungen fort. Gegen Mitternacht zog ein großer Haufen in Begleitung von Frauen unter Absingen revolutionärer Lieder und unter Vorantragen roter Fahnen nach Hautvillers. Mit Hacken und Hämern bewaffnet, ertrug die Menge die Kellereien von Verheil u. Vouillon, ließ 400 Hektoliter Wein durch Einschlagen der Böden von 210 Stücken auslaufen und zog mit Gesang ab, bevor die Behörden einschreiten konnten.

### Belgien.

#### Gegen die Reaktion in Rußland und Japan.

Aus Brüssel wird uns gemeldet: Nachdem kürzlich die hiesige Adolantenvereinigung „Jeune Garreau“ in einer vom Sozialisten Provinzialabgeordneten Charles Gheude beantragten Tagesordnung gegen das Verfahren im Prozeß der japanischen Sozialisten Kotoku und Genossen protestiert hatte, hat gestern auch die hiesige Liga der Menschenrechte sowohl gegen die japanischen Vorfälle, als auch gegen das Urteil im Prozeß Durand und schließlich gegen die Grauel in den russischen Gefängnissen in einer Protestresolution Stellung genommen. Bei diesem letzteren Punkt fügt die Resolution hinzu, daß alle jene, die dem russischen Jorismus Geld vorstrecken, als Komplizen an den am Volke verübten Verbrechen zu betrachten sind.

Die sozialistische Partei Brüssels hatte vor acht Tagen bereits in einem Massenmeeting ihr Urteil über die japanische und die russische Regierung und ihre Helfershelfer gesprochen. In der betreffenden Versammlung hielten De Wrouduc und Gumband die Reden. Auch dort wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

### Spanien.

#### Eine Erledigung.

Aus Barcelona wird uns geschrieben: Mit der Stärke der republikanisch-sozialistischen Koalition, deren Ziel die Verrückung der Monarchie ist, vergrößert sich ihre Verantwortlichkeit. Diese hat sie jetzt zu einer wichtigen Entscheidung getrieben. Sie hat den Führer der bürgerlichen Republikaner Ferruz und seine Gefolgschaft, die sogenannten „radikalen Republikaner“, von sich abgeschüttelt.

Um die skandalösen Ereignisse in der Gemeindevverwaltung von Barcelona, die in Händen der Leute Ferrouz liegt, zu verstehen, muß man die Rolle Ferrouz' in der spanischen Politik der letzten Jahre erklären.

Schon am 10. März 1895 erschien in der offiziellen Madrider Zeitung eine Aufforderung an Ferrouz, sich wegen verschiedener Verbrechen zu verantworten. Später wurden die Beschuldigungen wiederholt. Dies machte Ferrouz in Madrid politisch unmöglich. Er ging nach Barcelona und wurde dort bald der Abgott der katalonischen Republikaner. In seinen Reden empfahl er das gewaltsamste Vorgehen. Bald schöpften die Arbeiter Verdacht, es mit einem agent provocateur zu tun zu haben. Dieser Verdacht verstärkte sich, als vor zwei Jahren König Alfons zum erstenmal nach Barcelona kam. Wie war dieses Wagnis möglich, ohne daß die Regierung für die Ruhe des Volkes Garantien hatte? Diese Garantien hatte Ferrouz gegeben. Einige Tage vor des Königs Ankomst machte er bekannt, daß er an der Spitze der Massen in den Straßen erscheinen und die Revolution proklamieren werde. Doch am Vorabend der Ankomst erließ er einen Aufruf, in dem er den Republikanern und Arbeitern riet, nicht zu manifestieren, sondern sich als Zeichen der Verehrung von den Straßen, durch die der König reiten sollte, fernzuhalten. Die List gelang und der König konnte ungehindert seinen Einzug halten.

Dieser heimtückische Streich zwang Ferrouz nach Südamerika zu fahren, angeblich um die Hilfe der südamerikanischen Republikaner zu gewinnen. Die bedeutenden Summen, die die Südamerikaner an die spanische republikanische Partei gesandt hatten, verschwanden aber alsbald. S. A. M. E. R. O. N., der Führer der republikanischen Union, klagte damals Ferrouz öffentlich an.

Ferrouz' Jersührungsarbeit hatte leider den größten Erfolg unter den katalonischen organisierten Arbeiter. Er versuchte die Arbeiterorganisationen durch Erregung von Mißverständnissen zu spalten, und ihn trifft die größte Schuld an der Schwäche der Arbeiterbewegung in Katalonien.

Ende 1908 erlarmten endlich die Arbeiter die Gefahr und begannen einen wirksamen Feldzug gegen Ferrouz und seine Anhänger.

Als die Regierung Maura fiel, trat Ferrouz von neuem in Barcelona hervor. Bald hieß es, daß Ferrouz Millionär geworden. Man forschte nach dem Ursprung dieses plötzlichen Reichtums. Eine Versammlung wurde einberufen, in der gegen Ferrouz und seine Anhänger, die republikanischen Abgeordneten aus Katalonien, schwere Angriffe erhoben und ihnen Korruption vorgeworfen wurde. Es ergab sich, daß die Konzeption für die Wasserversorgung Barcelonas in ganz unregelmäßiger Weise an Freunde Ferrouz' vergeben wurde, denen dadurch ein Gewinn von circa 25 Mill. Franc zufließt. Ferrouz' Aufwand bewies, daß er an diesem einträglichen Geschäft beteiligt war.

Im Oktober 1910 versuchte Ferrouz eine neue republikanische Partei zu organisieren, deren unbefristeter Führer er zu werden hoffte. Die Sozialisten schlugen Alarm. Ihre Kritik kam gerade zurecht, um neue Unruhen zu verhindern. Dezember 1910 fand in der Cortes die große Debatte statt, in der die katalonischen Deputierten die Skandale in der Gemeindevverwaltung von Barcelona zur Sprache brachten. Am Schluß der Debatte erklärte Herr Azcarate, der Führer der republikanischen Opposition, von der Schuld des Ferrouz überzeugt zu sein. Dieser Erklärung schloß sich Genosse Pablo Iglesias an. Damit war die Trennung vollzogen.

Ferrouz war seitdem ein zerfallendes Element gewesen. Sein Verhalten ähnelte dem eines agent provocateur; ein unehrenhafter Mann, der den Demagogen spielte, in Wirklichkeit aber die beste Stütze der Monarchie war. Endlich hat sich die sozialistisch-republikanische Koalition seiner entledigt und kann jetzt gestrohten Mutes den kommenden Entscheidungslämpfen entgegensehen.

### Schweiz.

#### Das Ruhetagsgesetz verworfen.

Coloburn, 16. Januar. (Eig. Ber.) In der gestrigen Volksabstimmung hat der Ständerat gelehrt: die Vorlage über die Verbesserung der Sonntagsruhe wurde mit 8878 gegen 7829 Stimmen verworfen; die Ladenangestellten und so weiter müssen also noch wie vor ihre Sonntage der Profitgier eines rücksichtslosen Unternehmertums opfern. Es ist ein Sieg des rohesten Materialismus derselben Leute, die verständnislos der Sozialdemokratie den „Materialismus“ zum Vorwurfe machen, weil sie die materialistische Geschichtsauffassung vertritt.

### Persien.

#### Gegen die Fremdherrschaft.

Teheran, 19. Januar. Die Zeitung „Rechts“ veröffentlicht einen Aufruf der Oberhäupter der mohammedanischen Sekten, in welchem die Schichten aufgefordert werden, ihre Streitigkeiten mit den Suniten aufzugeben; alle islamitischen Sekten müßten in der Verteidigung Persiens und der Türkei gegen die Ansprüche der Fremdmächte zusammenstehen.

### Südafrika.

#### Die Eingeborenenfrage.

London, 19. Januar. Die „Daily Chronicle“ aus Johannesburg meldet, ist der Gesekentwurf beim publiziert worden. Der Gesekentwurf verfolgt den Zweck, die Eingeborenenarbeit zu regeln und zu schützen. Die Anwerbung von eingeborenen Arbeitskräften wird von der Erstellung einer Lizenz abhängig gemacht. Der Arbeitskontrakt muß schriftlich und jedesmal mit behördlicher Bescheinigung versehen sein. Der Generalgouverneur kann die Anwerbung von eingeborenen Arbeitskräften für Länder außerhalb der Union verbieten.

## Parlamentarisches.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Januar.

**Zusammensetzung der Betriebskrankenkassen.** Die Sozialdemokraten hatten ihren Antrag aus der ersten Lesung wiederholt, die Arbeitervertreter im Ausschuss oder im Vorstande einer Betriebskrankenkasse vor Wahrung der Rechte durch die Unternehmer zu wählen.

Die Konservativen bekämpften die Sautbestimmung, da sie für kleinere Betriebe zu weit gehe. Das Zentrum wiederholte sein Versprechen aus der ersten Lesung, im 1. Teil des Entwurfs eine solche Schutzmaßnahme für die Arbeitervertreter in allen Krankenkassen, Berufsvereinigungen und Versicherungsanstalten anzulegen. Infolgedessen liegen die Sozialdemokraten ihren Antrag bis zur Beratung des zu erwartenden Zentrumsantrages zurückstellen.

**Beamtenrecht und Arztfrage zurückgestellt.** Im nächsten Abschnitt sind die Pflichten der Kassenorgane geregelt. Dort heißt es unter anderem: Bei den Krankenkassen werden die Stellen der Beamten und derjenigen Angestellten, für die die Dienstordnung gilt, durch übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstande besetzt. Diese Bestimmung ist in der ersten Lesung abgelehnt worden.

Jetzt schlug Abg. Trimborn vor, die Beratung dieser Bestimmung sowie des Beamtenrechts überhaupt und der Arztfrage zurückzustellen, wie es bereits in einer früheren Sitzung beschlossen worden ist. Die Sozialdemokraten widersprachen der Zurückstellung. Bei jenem Beschluß der Kommission sei die Mehrheit von der Voraussetzung ausgegangen, daß auch die Frage

zurückgestellt werden würde, wie Vorstand und Ausschuss der Kasse zusammengefaßt sein sollen. Letztere Frage sei aber inzwischen entschieden, daher liege kein Grund vor, die Regelung des Beamtenrechtes und der Arztfrage zu verschieben.

Ministerialdirektor Casper hat dringend um die Zurückstellung jener Fragen. Die Regierungsmänner müßten Zeit haben, sich darüber zu verständigen, welche Forderungen sie gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter als die Voraussetzung für das Zustandekommen des Gesetzes stellen müssen. Denn durch die Selbstverwaltung der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kassenvorstandes sei für die Regierung eine ganz neue Situation geschaffen. Jetzt müßte auf anderem Wege gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter vorgegangen werden. Daher hat er, auch die Bestimmung über die Wählbarkeit der Mitglieder.

Die Sozialdemokraten wendeten sich dagegen, daß jetzt offenbar auf Umwegen versucht werden soll, den Arbeitern, trotzdem sie nach wie vor zwei Drittel der Beiträge zu bezahlen haben, die letzten Rechte der Selbstverwaltung zu entreißen. Dazu müßten die Parteien sofort Stellung nehmen. Sonst frage es sich, ob es einen Zweck habe, Kraft und Zeit noch weiter an dem ausichtslosen Werk zu verschwenden. Abg. Hise trat für die Zurückstellung der fürstigen Fragen ein. Er hoffe, daß schließlich dort noch ein Ausweg gefunden werde. Zeit gewonnen, viel gewonnen: rief er aus. — Schließlich beschloß die Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen, die Abschnitte über die Pflichten der Kassenorgane, die Angestellten, die Verwaltung der Mittel, das Verhältnis zu Ärzten und Apothekern, Aufsicht, Aufbringung der Mittel, Zahlung der Beiträge über Kassenverbände zurückzustellen.

Die Beratung wurde fortgesetzt bei den Bestimmungen für besondere Berufsgruppen:

#### 1. Landwirtschaft.

Hier versuchten die Konservativen, die geringen Verbesserungen der ersten Lesung wieder zu beseitigen. Bezeichnend ist es, daß sie sogar die Wiedereinführung der Bestimmung forderten, nach der die Säugung einer Land-Krankenkasse das Krankengeld für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März oder für einen Teil dieser Zeit bis auf ein Viertel des Ortslohnes herabsetzen kann. Bereits in der ersten Lesung hatten unsere Genossen eingeleitet nachgewiesen, wie schwer durch eine solche Bestimmung viele landwirtschaftliche Arbeiter ganz ungerechterweise geschädigt werden müßten. Das wurde jetzt von verschiedenen Rednern bestätigt, so daß der Antrag mit allen Stimmen gegen die der Konservativen abgelehnt wurde.

Nächste Sitzung Dienstag.

#### Das Zulagewesen bei der Marine.

Am Donnerstag behandelte die Budgetkommission des Reichstags noch einmal eingehend das Zulagewesen bei der Marine. Wegen der vom Reichsmarineamt im neuen Etat vorgeschlagenen Entziehung der täglichen Zulage von 20 Pf. für die 10 000 Heizer kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Sozialdemokraten beantragten, die Zulage für das Maschinen-, Mechaniker-, Artillerie- und Heizerpersonal und auch für die Maschinenanwärter und Feuermeisterleute, die als Pumpenmeister beschäftigt werden, in alter Höhe wieder herzustellen, soweit die betreffenden durch die Neuregelung des Zulagewesens beeinträchtigt werden. Dafür sollen von den Ausgaben für Schießübungen und Munitionen, die gegen das Vorjahr um zwei Millionen Mark erhöht werden sollen, 100 000 M. gefristet werden. Als Entgelt für die beabsichtigte Zulageentziehung will das Zentrum die Verpflegung etwas aufheben. Dieser Vorschlag ist ohne großen Wert, da bisher keine Beschwerden über die Verpflegung erhoben worden sind. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, wie unbillig und ungerecht es sei, daß den Heizern die Zulage entzogen werden soll; es sei ganz naturgemäß, daß dadurch unter den Mannschaften berechtigter Erbitterung ausgelöst werde.

Staatssekretär Tappin, der anscheinend bereits einsehen, wie verkehrt und die Stimmung unter den Marinemannschaften gefährdend die angeordnete Maßnahme ist, versuchte, das ihm drohende Ungeheuer abzuwenden; er will die sozialdemokratische Kritik an der Maßnahme der Zulageentziehung für die zu erwartende Erbitterung verantwortlich machen. Die treffende Antwort auf diesen Versuch blieb ihm nicht erspart. Auch der Staatssekretär sollte begreifen, daß die sozialdemokratische Kritik jene Mißstimmung verhindern und veranlassen will, jene unbedingte Maßregel zu unterlassen.

Die Debatte wurde schließlich auf Freitag vertagt.

## Soziales.

#### Som Kellnerinnenelend.

Einen Einblick in die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Kellnerinnen gewährte gestern eine Prozeßverhandlung vor dem Gewerbegericht.

Vor der 6. Kammer lagte die bei der Inhaberin eines Restaurants Frau Wismann beschäftigt gewesene noch jugendliche Kellnerin Frä. D. die Klägerin, die keinen festen Lohn, sondern nur eine Umsatzprovision bezog, verlangte noch 8 M., die ihr vorenthalten worden sind. Es ist dies die Provision von einer Zechen, die ein Gast in einer Nacht gemacht hat. Die Beklagte wendete ein, daß die Klägerin nur einen Provisionsanspruch auf das habe, was von ihr getrunken worden ist, der Wein sei aber nicht der Klägerin wegen von dem Gast bestellt worden, sondern sie habe mit diesem zusammen den Wein getrunken. Ueberdies seien nicht acht, sondern sieben Flaschen getrunken worden. Aber selbst, wenn sie auch für diese Zechen an die Klägerin Provision zu zahlen haben würde, so tue sie das nicht, weil der Gast die Zechen noch nicht bezahlt hat. Die Klägerin hätte genau gewußt, daß der Gast kein Geld bei sich hatte, hat ihm aber die Zechen kreditiert.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Dreher verurteilte die Beklagte zur Zahlung der Klagesumme, die die Klägerin inzwischen auf 7 M. ermäßigt hatte. In den Gründen hieß es, nicht die Kellnerin, sondern nur die Wirtin kann den Gästen kreditieren. Im vorliegenden Falle hat auch tatsächlich die Beklagte kreditiert, denn sie hat so, obwohl ihr, wie sie selbst zugegeben hat, die Mittellosigkeit des Gastes bekannt war, den weiteren Ausschank nicht verhindert. Die Kellnerin, die weiter keinen Verdienst hat und auf die Provision angewiesen ist, hat einen Provisionsanspruch auf alles, was im Lokal verzehret wird.

#### Terrur durch Stadtverordnete.

In der Presse wird erzählt, daß die Meldung von einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in Selsk in Westfalen, die Namen der unzufriedenen Steuerzahler zu veröffentlichen, „anscheinend einiges Aufsehen erregt“. Es wird erwähnt, daß jener Beschluß, auf dessen Anwendung man erst jetzt aufmerksam wurde, bereits im Juli 1910 öffentlich bekanntgemacht worden sei. Der „Vorwärts“ hat die eigenartige und bezeichnende Tatsache schon damals gleich entsprechend gewürdigt. In der national-liberalen Presse sucht man nun die Veröffentlichung der Namen der unzufriedenen Steuerzahler als ganz einwandfrei und in der Ordnung hinzustellen. Zugleich wird aber erwähnt, daß sich der Magistrat in Selsk nach dem Beschluß der Stadtverordneten an die Zentralstelle des Deutschen Städtebundes in Berlin und an die Redaktion des „Preussischen Verwaltungsblattes“ um Auskunft gewandt hat, ob gegen die Veröffentlichung Bedenken zu erheben seien. Daraus geht hervor, daß dem Magistrat die Sache doch nicht bedenkenfrei schien. Bei den Angriffen auf den „sozialen Geist“ der Soester Stadtverordnete wird es diesen anscheinend etwas ungemütlich. Das national-liberale Blatt, das die Ehrenrettung der Soester versucht, meint, offensichtlich gingen andere Städte auch zu der Maßnahme der Veröffentlichung über, da doch bekannt sei, daß sich eine ganze Anzahl von Steuerzahlern um die Entrichtung der Steuern böswillig herumzudrücken suchte. Die „ganze Anzahl“ ist sicher nur ein verschwindend geringer Teil der veröffentlichten Unzufriedenen. Und dieser geringe Teil der Böswilligen wird durch den „sozialen“ Beschluß der Soester Stadtverordnete so gar nicht

getroffen. Die Böswilligen können zahlen. Wenn diese trotzdem keine Steuern zahlen, haben sie Geld, um ihre Lebensbedürfnisse doch ohne Schwierigkeit bestreiten zu können — per bar, trotz ihrer formalen Unpflandbarkeit. Mit ganzer Schwere trifft der Beschluß der Veröffentlichung aber die, die nicht zahlen können. Für diese armen Teufel wird die Veröffentlichung ihrer Namen zum schlimmsten Wohlfot. Sie werden auch das bißchen Kredit beim Krämer verlieren, mit dem sie bislang in der Hoffnung auf bessere Tage sich durchzuschlagen suchten.

Wenn du aber gar nicht hast, ach, so laß dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben!

## Aus Industrie und Handel.

#### Deutschlands Außenhandel im Jahre 1910.

Das Jahr 1910 hat im allgemeinen eine — wenn auch auf vielen Gebieten nur langsam — fortschreitende Besserung unseres gesamten Wirtschaftslebens mit sich gebracht, die sich auch in einer lebhafteren Betätigung des deutschen Außenhandels kundgibt. Die Ein- und Ausfuhrzahlen einiger wichtiger Waren stellten sich im Jahre 1910 im Vergleich mit dem Vorjahre wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	in Doppelcentner	1910	1910	1909
Baumwolle . . . . .	4 024 282	4 559 226	454 797	513 539
Flachs . . . . .	507 343	496 994	112 398	120 988
Woll . . . . .	357 427	419 600	76 003	91 520
Jute und Juteberg . . . . .	1 282 184	1 720 492	58 741	88 482
Minerale im Schmelz . . . . .	943 349	906 622	17 047	14 992
Kreuzschmelze im Schmelz . . . . .	788 428	791 043	14 145	16 802
Eisenzeuge . . . . .	98 168 218	89 665 994	29 526 335	28 250 060
Stahlrohren . . . . .	111 955 928	121 986 242	242 576 509	233 507 049
Braunkohlen . . . . .	78 977 185	61 664 786	624 405	308 154
Erz, gereinigt . . . . .	7 490 249	9 520 256	3 023	5 389
Schmelzmetalle . . . . .	9 839 447	6 654 504	270 945	280 187
Rohisen . . . . .	1 363 302	1 342 298	7 888 541	4 710 458
Rohkupfer, Rohzinn, Rohblei usw. . . . .	87 315	76 370	4 943 908	4 748 531
Erz . . . . .	3 901	1 930	3 821 093	3 013 454
Eisenbahn-, Fahrrad-, Metall-, Maschinen- u. Eisenbahnwagen aus . . . . .	6 959	2 329	5 150 831	3 846 619
Waren . . . . .	962	33	1 145 748	868 226
Kupfer . . . . .	1 815 510	1 546 728	76 540	64 930
Feingold, legiertes Gold . . . . .	845,86	735,17	143,51	348,60
Deutsche Goldmünzen . . . . .	180,75	126,37	309,65	405,05
Deutsche Goldmünzen . . . . .	133,64	103,69	72,74	714,71

Hiernach zeigt die Einfuhr von Baumwolle eine nicht unerhebliche Abnahme und auch die Einfuhr von Jute hat infolge der höheren Futurpreise einen Rückgang von über 1/2 Millionen Doppelcentner. Nennlich beträchtlich gehoben hat sich infolge der stärkeren Beschäftigung in der elektrischen Industrie die Einfuhr an Kupfer, auf die auch das niedrige Preisniveau des Kupfers während des verfloßenen Jahres nicht ohne Einfluß geblieben sein dürfte. Was den Import von Stahlrohren anbelangt, so läßt die Statistik des Jahres 1910 einen bedeutenden Rückgang der Einfuhr erkennen; auch die Einfuhr von Braunkohlen ist erheblich zurückgegangen, was wohl damit zusammenhängt, daß der Verbrauch an böhmischer Braunkohle immer mehr und namentlich bei verschiedenen Staatsbahnen zurückgedrängt worden ist. Bei der Einfuhr von Rohisen, deren hohes Niveau in früheren Jahren als ein Zeichen einer guten Beschäftigung in unserer heimischen Eisenindustrie angesehen wurde, ist zu berücksichtigen, daß den diesjährigen Einfuhrziffern eine sehr niedrige Vergleichsziffer im Vorjahr gegenübersteht. Dagegen ist die gewaltige Steigerung der Ausfuhr von Rohisen, die sich auf circa 3 Mill. Fr. beläuft, auf eine sehr starke Vermehrung der inländischen Rohisenproduktion infolge Errichtung neuer Hochofen, namentlich im lothringisch-luxemburgischen Minenrevier, zurückzuführen. Insbesondere ist hierbei zu berücksichtigen, daß Rohisen in sehr erheblichem Maße nach Belgien ausgeführt worden ist, das sich im abgelaufenen Jahre zu einem recht starken Abnehmer deutschen Rohisens im Auslande entwickelt hat. Auch die Ausfuhr von Eisenbahnwagen hat sich gehoben, doch genügt die vermehrte Schienen- ausfuhr keineswegs dem gerade auf diesem Gebiete herrschenden großen Arbeitsbedürfnis der deutschen Werke. Der Export von Holzzeug, der in früheren Jahren außerordentlich großen Schwankungen unterworfen war, hat sich in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre nur unwesentlich verändert.

**Som Petroleumkampf.** Der große Kampf, der augenblicklich zwischen der Standard Oil Co. und der holländisch-englischen Gruppe der Petroleumproduzenten geführt wird, ist um ein Ereignis reicher. Es ist dies die Aufnahme der Gemisch Petroleumfields durch die Shell Transport and Trading Co., die Hauptrepräsentanten der englischen Gruppe. Diese will in Suez jetzt große Raffinerien anlegen und von dort aus Kohleleitungen ostwärts nach dem Roten Meer und westwärts nach dem Mitteländischen Meer bauen. Die Vorteile der Kohleleitungen, die in den Vereinigten Staaten dem Deltrust zum Siege verholfen haben, macht sich also seine gefährlichste Konkurrenz jetzt zunutze. Der Kampf zwischen den beiden mächtigsten Gruppen wird in erster Linie in Äthen ausgefochten, wo die wichtigsten Produktionsstätten der holländischen Gesellschaften und auch deren Absatzgebiete liegen. Bedenklich ist das holländische Kapital auch in Rumänien beteiligt, wo es mit den deutschen Unternehmungen meist Hand in Hand geht. Auf den Ausgang des tiefsten Kampfes darf man gespannt sein. Bisher war nur eine allgemeine Preisberaubung am Weltmarkt zu spüren, von der allerdings Deutschland nicht unberührt wurde, da hier schon wegen der galizischen Konkurrenz die Amerikaner die Kampfpreise gestellt hatten.

**Preisfall am Kohlenmarkt.** Wie die „Frankf. Ztg.“ von dort meldet, ist einem industriellen Großhändler, bei dem es sich um einen Jahreskontrakt von etwa 20 000 Waggons Kohlen handelte, die ursprüngliche Preisstellung des Kohlenkontraks durch Importeure englischer Kohlen um nicht weniger als 25 M. für den Wagon unterboten. Das Kohlenkontor hat um sich das Geschäft nicht entgehen zu lassen, ebenfalls den gleichen Nachschuß von 25 M. bewilligt, der also auf das Jahresquantum nicht weniger als 500 000 M. ausmacht. In einem anderen Falle soll das Kohlenkontor durch anderweitige billigere Offerten zu einem Preisnachschuß von 10 M. pro Wagon veranlaßt worden sein. Es handelt sich dabei um eine wesentlich geringere, aber immerhin noch verhältnismäßig bedeutende Abnahmenge.

**Betriebsbeschränkung als Preisbremse.** Eine Mitgliederversammlung des Verbandes sächsischer Baumwollgarnverbraucher in Stuttgart beschloß einstimmig unter Hinweis auf die in letzter Zeit wesentlich erhöhten Garnpreise, eine Ausbesserung der Fabrikpreise durchzuführen und weitere Reduktionen im Betriebe vorzunehmen, um die Erzeugung mit der Nachfrage, die künstlich zurückgehalten werde, in Einklang zu bringen.

**Steigerung der Koksproduktion.** In der Besessigterversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbündels am Mittwoch, den 18. Januar, wurden die Beteiligungsschritte für Februar und März d. J. in Kohlen auf 57 1/2 Proz. (wie bisher), in Koks auf 75 Proz. (bisher 72 1/2) und in Erzkoks auf 75 Proz. (wie bisher) festgesetzt.

**Neuer Riesendampfer für die Cunard-Linie.** Die Zeitschrift „Engineering“ berichtet über den Entschluß der Cunard-Linie, einen weiteren Riesendampfer bauen zu lassen, der sogar die Abmessungen des neuesten bei der Stettiner Maschinenbau-Actiengesellschaft Vulkan in Stettin für die Hamburg-Amerika-Linie im Bau befindlichen deutschen Ozeanriesen übersteigen soll. Das neue Schiff soll bei John Brown u. Co. in Clydebank gebaut werden und bei rund 270 Meter Länge einen Rauminhalt von rund 50 000 Brutto-Registertonnen erhalten. Zum Antrieb sollen Turbinen von 50 000 bis 60 000 Pferdestärken dienen, die auf vier Schraubenschiffen arbeiten sollen.

# Gewerkschaftliches.

## Gefindelpolitik.

Die Leitung der christlichen Gewerkschaften macht es der freien Arbeiterbewegung immer zum Vorwurf, daß sie von ihr bekämpft werde. Bei solchen Gelegenheiten wird dann von jener Seite stets behauptet, daß doch „gleiche Interessen genug“ beständen, oder es wird, wenn man nicht mitmachen will, darauf hingewiesen, daß die „fortgesetzte Bekämpfung ein gemeinsames Vorgehen unmöglich“ mache. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Es ist ja eine alte Tatsache, daß die Drahtzieher der christlichen Gewerkschaften verschiedene „Standpunkte“ zur Verfügung haben. Aus der Waffen- und Gerätefabrik der gewerkschafts-Blabacher Jesuitenpolitik wird im gegebenen Arbeiter gestört und die der Unternehmer gestärkt worden! Geeigneten erscheint, die Zentrumsinteressen am sichersten zu wahren.

Es ist gut, daß dies hin und wieder dokumentarisch belegt werden kann. Für heut seien zwei Stellen aus Artikeln zitiert, die beide im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ erschienen sind, und nur drei Wochen auseinanderliegen.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ schrieb am

12. Dezember 1910.

**Die Lohnbewegung im Ruhrgebiet.**  
Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband richtete am 16. November an die übrigen Bergarbeiterorganisationen den Antrag, eine gemeinsame Sitzung der Vertreter aller Verbände abzuhalten, weil es an der Zeit sei, Lohnforderungen zu formulieren.

Eine am 27. November abgehaltene Konferenz erklärte dazu: Die heutige Konferenz der Gewerkschaftsgruppen des Ruhrgebietes erklärt sich gegen das vom alten Verband vorgeschlagene Zusammengehen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß es dem alten Verbande gar nicht um ein Zusammengehen und um eine christliche und streng gewerkschaftliche, gemeinsame Arbeit zur Erzielung besserer Verhältnisse für die Arbeiter zu tun ist. Die Taten der Verbandsführer beweisen es.

Also innerhalb drei Wochen erklärte die Leitung der christlichen Gewerkschaften einmal, daß sie mit den freien Gewerkschaften nichts zu tun haben wolle, denn diese meinten es ja doch nicht ehrlich mit ihren Forderungen an die Unternehmer, und zum anderen sprach sie sich dahin aus, daß die freie Organisation sie leider gar nicht gefragt hätte, ob sie mitkämpfen wollen, und dadurch sei natürlich die Macht der Arbeiter gestört und die der Unternehmer gestärkt worden! In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß im Ruhrgebiet das Zentrumsinteresse es verbot, mit den modernen Arbeiterorganisationen gleiche Sache zu machen. Bei dem Pforzheimer Kampfe kam kein anderes als das rein gewerkschaftliche Moment in Frage, und da bekehrten sich die lieben Christen natürlich sofort, daß man sie so behandelt hat, wie sie es im Ruhrgebiet ausdrücklich erzwungen haben. Gächte Jesuitentaktik. Zugleich ist dadurch wieder einmal bewiesen, daß der ausschlaggebende Faktor der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften nicht das Wohl der in ihnen organisierten Arbeiter, sondern der politische Vorteil der Zentrumsparterie ist. Und diese fürchtet sich zu sehr vor den kommenden Wahlen, die ihr im Ruhrgebiet leichtmöglichstweise arg zusetzen können, und deswegen mußten die Führer der christlichen Organisationen Vorspann leisten! Eine feine Arbeiterpolitik!

## Berlin und Umgegend.

### Achtung, Metallformer und Gießereiarbeiter!

Der Streik der Aluminiumformer des Kabelwerkes Oberspree in Ober-Schöneweide ist beendet. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

### Der Fensterputzstreik bei der Glaserinnung

Ist auch am gestrigen Tage noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Streikenden beharren fortwährend darauf, daß weitere Zugeständnisse gemacht werden müssen, ehe sie sich in ihrer Wehrheit zur Wiederaufnahme der Arbeit entschließen können. Sie wurden in dieser Haltung bestärkt durch eine öffentliche Fensterputzerversammlung, die am Mittwoch im Anschluß an die Streikerversammlung stattgefunden hatte und eine Resolution annahm, worin den Streikenden dringend empfohlen wurde, im Kampfe auszuhalten und sich mit den Zugeständnissen nicht zufrieden zu geben. — Die Streikenden hatten sich gestern vormittag von neuem versammelt, um über die Lage zu beraten. Die Vertreter der Lohnkommission und der Organisationsleitung, unter ihnen auch der Bezirksleiter Werner, sprachen für die Annahme des Angebots, aber wiederum ohne den gewünschten Erfolg. Die Versammlung nahm dann einen Antrag an, wonach man sich zufrieden geben wollte, wenn die Firma statt 24 R. 25 M. ohne Abzug als Anfangslohn bewilligte. Da die Lohnkommission sich entschieden weigerte, unter diesen Umständen weiter zu fungieren, wurde eine neue Kommission aus der Mitte der Streikenden gewählt, die dann zum Direktor Kubart ging, um ihm die Sache vorzustellen.

Das Ergebnis, das in der Nachmittag von neuem eröffneten Versammlung mitgeteilt wurde, war, daß Herr Kubart nunmehr darauf bestand, daß die als provisorische, höchstens auf sechs Wochen geltendes Uebereinkommen gedachten Zugeständnisse für den Fall, daß ein General- oder Einzelstark nicht zustande kommen sollte, von vornherein als Tarifvertrag auf mindestens zwei Jahre festgelegt werden sollten. Wollten die Streikenden darauf nicht eingehen, so werde der Betrieb vorläufig geschlossen, und später werde man sich dann die Leute auswählen, die man vielleicht brauche. Herr Kubart behauptete der neuen Kommission gegenüber, daß sich die Lohnkommission und die Organisationsvertreter mit dem Angebot — wie wir es gestern veröffentlichten — einverstanden erklärt hätten. Das ist jedoch, wie die Vertreter der Lohnkommission und des Verbandes in der Versammlung betonten, durchaus nicht richtig. Sie hatten Herrn Kubart und den betreffenden Innungsmeistern ausdrücklich gesagt, daß sie das Angebot den Streikenden vorlegen wollten, und daß die Streikenden zu entscheiden hätten. — In der Versammlung wurde nun nochmals über die Vereinbarungen in ihrer ursprünglichen Form, die der Glaserinnung zur Unterschrift vorgelegt werden sollten, abgestimmt. Aber das Ergebnis war ungefähr daselbe wie am Abend vorher. Es wurden 36 Stimmzettel für und 51 gegen die Vereinbarungen abgegeben. Daß sich die Streikenden mit dem neuen, verschlechterten Angebot zufrieden geben sollten, dafür war auch nicht die mindeste Aussicht vorhanden.

Die alte Lohnkommission ging dann nochmals zu Herrn Kubart, um ihn von dem Ergebnis und der Stimmung der Ver-

sammlung in Kenntnis zu setzen. Sie gab der Firma anheim, nochmals zu überlegen, ob es nicht besser sei, einen Tarifvertrag auf Grundlage des Anfangslohnes von 25 R. abzuschließen. Herr Kubart versprach dann, zum Freitag den Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaft zu einer Sitzung zusammen zu berufen, um die Sache nochmals zu besprechen. Es soll danach abermals verhandelt werden.

**Achtung, Töpfer!** Ueber die Sperre bei der Firma Krause u. Neuschke ist zu berichten, daß auf Wunsch von Krause unser Vertreter nochmals verhandelt hat zwecks Beilegung der Sperre. Krause war auch geneigt, sich zu einigen, jedoch sein Kompagnon Reuschke war zu nichts zu bewegen, sondern steckte weiter den Herrenstandpunkt heraus. Schuld daran ist hauptsächlich, daß sich wieder jene nützlichen Elemente gefunden haben, um Hausreicherdienste zu leisten. Darunter befinden sich auch mehrere Töpfer, mit ihrem Vorsitzenden August Rode an der Spitze. Weiteres über jene Elemente zu sagen, erübrigt sich. Alles Nähere über die Sperre im „Töpfer“. Die Verbandsleitung.

## Deutsches Reich.

### Ein gelber Bauarbeiterverband.

In Bremerhaven hat sich ein „Verein ständiger Arbeitnehmer im Vaugetriebe“ gegründet, der alle vaterländisch gesinnten Bauarbeiter an der Unterwerfung unter feiner gelben Flagge sammeln will. Welchen Erfolg diese Strähwinkerei haben wird, ist allerdings eine andere Frage.

Der Streik auf den Norddeutschen Automobilwerken in Hameln dauert unverändert fort, da die Firma durch ihr Verhalten eine Verständigung unmöglich gemacht hat. Wir erlauben den Bezug aller Branchen strengstens fernzuhalten.

Metallarbeiter-Verband. Zastelle Hameln.

### Lohnbewegung im Lithographiegewerbe Leipzigs.

Die Arbeitsverhältnisse im Lithographiegewerbe in Leipzig haben durch das von den Großunternehmern gezielte Zwischenmeisterium bedenklichen Charakter angenommen. Durch die starke Ueberfüllung des Berufs mit Arbeitskräften werden sehr viele, zumest junge Leute nach Beendigung ihrer Lehrzeit aus dem Berufe herausgedrängt. Die Intenstivität der Arbeit vermindert es, daß 81 Prozent der Kranken an schweren nervösen Störungen und 25 Prozent an Erkrankungen der Lungen und Atmungsorgane erwerbsunfähig sind. In umgekehrtem Verhältnis hierzu stehen Entlohnung, Stellungsdauer und die berufliche Ausbildung. Das hat zu großer Unsicherheit der Existenz und zu schlechter Lebenshaltung geführt. — Die Lithographen in Leipzig streben jetzt eine Besserung dieser mangelhaften Arbeitsverhältnisse an. Den Privatlithographen wurden Vereinbarungen unterbreitet und Verhandlungen angeboten. In stark besuchter Versammlung beschlossen die Arbeiter, alle Betriebe zu sperren, die sich einer Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse widersetzen; am 21. Januar soll eventuell das Arbeitsverhältnis gekündigt werden.

## Ausland.

### Frieden im Sittlicher Kohlenrevier.

Ueber die den Frieden bestimmenden beiden Versammlungen der Bergarbeiterföderation Sittlich wird uns noch von unserem Korrespondenten mitgeteilt:

In der Montagversammlung der Föderation wurden die Resultate der Verhandlungen der Grubendirektoren mit den Arbeiterdelegierten bekanntgegeben und die Aussichten des Friedens erogen. Als Resultat dieser Verhandlungen wurde folgendes bekanntgegeben: 48 Unternehmer hatten die Bedingungen der Bergarbeiter, die im wesentlichen auf die Anerkennung der alten Grubenreglements hingen, akzeptiert. Drei Direktoren machten Vorbehalte, sechs Direktoren hatten noch keine Antwort erteilt, da sie nicht zu entscheiden waren. — Ein Teil der Delegierten sprach sich dafür aus, daß gegebenenfalls der Streik für jene Gruben aufrechtzuerhalten wäre, deren Direktoren sich den Bedingungen nicht fügen wollten. Indes kam es in dieser Versammlung nicht zur Entscheidung über den Streik, sondern erst in der Dienstagversammlung der Föderation, die sich dann angesichts der gemachten Zugeständnisse seitens der Unternehmer endgültig für den Frieden und das Ende des Streiks erklärte. Die mit 21 gegen 2 Stimmen und sechs Stimmenthaltungen angenommene Tagesordnung stellt fest, daß der letzte Brief des Arbeitsministers die Anerkennung der früheren Situation und die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse garantiert. Sie stellt ferner fest, daß sich noch eine weitere Anzahl Unternehmer für die Forderungen erklärt haben. — Was die Arbeiter jener Gruben betrifft, deren Direktoren starrsinnig blieben, so empfiehlt der Verband den betreffenden Arbeitern, ihre Situation zu überprüfen, und sichert ihnen die Unterstützung des Verbandes für ihre Aktion zu. Mit Rücksicht auf die den Bergarbeitern gewordene Genugung bezüglich ihrer Forderungen erklärt sodann die Tagesordnung, daß der Streik zu Ende ist.

Die Tatsache, daß im ganzen bloß drei Unternehmer die Arbeiterforderungen abgelehnt haben, zeigt den siegreichen Ausgang dieses Streiks und die große moralische und materielle Tragweite dieses Sieges an. Hoffentlich geht der in der Tagesordnung des Bergarbeiterverbandes ausgesprochene Wunsch auch in Erfüllung, daß sich für die neuen Kämpfe eine kräftige Organisation findet.

Amerikanische und mexikanische Lokomotivführer der südlichen Pacificbahn in Mexico sind auf einer Strecke von 1000 Meilen wegen Lohnhöhen in den Aufstand getreten.

## Gerichts-Zeitung.

### Der umwünschte 153 der Gewerbeordnung

sollte nach der Auffassung des Amtsrichters Anwendung finden in einer Strafsache gegen den Former L., in der vor dem Schöffengericht Köpenick am Mittwoch Termin anstand.

Im November v. J. verlangte das Allgemeine Deutsche Metallwerk in Oberschöneweide von den Arbeitern des Betriebes, sie sollten in Zukunft des Sonntags bis 4 Uhr arbeiten, statt wie bisher bis 3 Uhr. Dies Ansuchen lehnten die Arbeiter ab. Darauf wurden sie sofort entlassen.

Die entlassenen Arbeiter hatten nun naturgemäß ein Interesse daran, daß sie nicht durch andere Arbeitskräfte ersetzt wurden. Auch der Angeklagte übte sein gesetzliches Recht, die zur Arbeit Gebenden auf die Differenzen aufmerksam zu machen, aus. Bei Erfüllung seiner Pflicht geriet er an den Streikbrechergerichten **Rahmard**, der als Arbeitswilliger eingetreten war und noch eine Anzahl anderer angeworben hatte. Der Angeklagte will den **Rahmard** und zwei andere Arbeitswillige lediglich auf die Differenzen aufmerksam gemacht haben. Zwei Gendarmen, die ganz in der Nähe standen, hätten seine Äußerungen nicht beanstandet. Einer der Arbeitswilligen namens **Dahn** behauptet jedoch, der Angeklagte habe erklärt, daß gestreikt werde und habe hinzugefügt: Wenn Ihr noch mal kommt, sollt Ihr sehen, was passiert. Bedroht habe er sich durch diese Äußerung nicht gefühlt.

Der ebenfalls als Zeuge geladene **Rahmard** war nicht erschienen; das Gericht verhängte gegen ihn eine Ordnungsstrafe von 6 R. oder einen Tag Haft. Einer der arbeitswilligen Zeugen erwähnte bei dieser Gelegenheit, **Rahmard** werde wohl als Arbeitswilliger unterwegs sein. Nach Angabe des Angeklagten hat **Rahmard** ihn gefragt, ob er — der Angeklagte — ihn — **Rahmard** — an der Arbeit hindern wolle, worauf der Angeklagte erwidert hat, daß falls ihm nicht ein.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt die Tatbestandsmerkmale des § 153 der Gewerbeordnung für vorliegend und be-

antragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen.

Bei dem Amtsrichter hatte die Sachverhalte des Ministers des Innern vom Dienstag bereits Schulte gemacht, er bezog sich auf diese Rede und verlangte energischen Schutz des „vornehmsten Rechts des Arbeiters auf Arbeit“.

Der Verteidiger, Genosse Dr. Siegfried Weinberg, konnte der neuesten ministeriellen Scharfmacherrede Äußerungen des ehemaligen Richters v. Berlesch und namhafter Kommentatoren der Gewerbeordnung entgegenstellen, die sich dahin ausließen, daß der § 153 der Gewerbeordnung ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiterklasse darstelle, das niemals ausdehnend interpretiert werden dürfe. Er wies in interessanten Ausführungen darauf hin, daß es sich hier bei dem Vorgehen der Arbeiter des Betriebes nur darum gehandelt habe, daß der Unternehmer zur Innehaltung der gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen angehalten werden sollte, daß es sich deshalb nicht um „Verabredungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen“ — der Voraussetzung der Anwendbarkeit des § 153 der Gewerbeordnung — handele, und daß das Kammergericht sowohl wie das Reichsgericht in solchen Fällen den § 153 der Gewerbeordnung für nicht anwendbar erklärt habe. Der **Mas** des Unternehmers, in dessen Betrieb mehr als 20 Arbeiter beschäftigt wurden, sei nach § 125 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig. Er entbehre der gesetzlichen Form, da eine Abänderung der Arbeitsbedingungen in Fabriken nur durch Änderung oder Schaffung einer Arbeitsordnung — die in dem fraglichen Betriebe überhaupt nicht vorhanden war — in rechtswirksamer Weise erfolgen könne. (§ 134 u. f. der Gewerbeordnung.) Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung. Außerstenfalls könnte der Versuch der Nötigung in Frage kommen. Bei einem solchen Delikt sei Geldstrafe zugelassen und, wenn das Gericht sich auf diesen Standpunkt stelle, sei nach Lage der Sache auf eine geringfügige Geldstrafe zu erkennen.

Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung, daß die Sache an die Strafkammer zu verweisen sei. Es komme nicht Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung in Frage, sondern eventuell Nötigung.

### Die Raubritter Vorzüge vor dem Schwurgericht.

Der Zigarrenfabrikant Bösenberg, Klostoder Straße 21, ersucht uns um Mitteilung, daß er mit dem Jugeu Bösenberg nicht identisch ist, der am Mittwoch bekundete, das Publikum habe die Polizei gereizt. Diesem Wunsch kommen wir hiermit nach.

Heute beginnen die Plädoyers in diesem Schwurgerichtsprozeß.

### Der Bod als Gärtner.

Der Polizeikommissar Schreiber wurde vom Bromberger Schwurgericht wegen Amtsunterschlagung in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte für inhaftierte Prostituierte affewierte Geldbeträge in Höhe von 45 und 100 R. unterschlagen.

### Die verpönten „Simplicissimus“-Bilder.

Im Sommer 1910, als in der Hamburger Bürgererschaft ein Antrag zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur zur Verhandlung stand, entrißte sich der prominente Abgeordnete Dr. Roenleberg, ein Bruder des verstorbenen hamburgischen Bürgermeisters, über die von der Kunstanstalt von Hulbe im Schaufenster ihres Ladens am Jungfernstieg ausgestellten „Simplicissimus“-Reproduktionen. Die Originale sind von dem verstorbenen Künstler Reznicek und stellen die bekannten Entkleidungsszenen mit dem Vetti im Hintergrunde dar. Die Stimme des Herrn Dr. Roenleberg, der schon bei Beratung der hamburgischen Leg Heinze sich kolossal fittlich entrißte hatte über den „Schand und Schmutz“ in dem genannten Bild, fand bei der Polizei einen Resonanzboden. Die ausgestellten Bilder wurden beschlagnahmt, von der Staatsanwaltschaft zunächst freigegeben, dann aber wieder eingezogen. Dann wurde gegen den Aussteller Anklage aus § 184 des Strafgesetzbuches erhoben. Der Angeklagte, der am Mittwoch vor dem Landgericht Hamburg stand, bemerkt, nicht das Sujet, das er keineswegs für anstößig halte, sondern das künstlerische Moment habe ihn veranlaßt, die Reproduktionen herzustellen. Der Staatsanwalt meint, durch das öffentliche Zur Schau stellen an einem so belebten, dem Publikum zugänglichen Orte könnten selbst Bilder eines Tizian in fittlicher Beziehung Anstoß erregen. Der Antrag lautet auf eine Geldstrafe von 100 R. Der Verteidiger Dr. Brauband beantragte die Ladung von Sachverständigen sowie die des spiritus rector der Sache, damit dieser ausjage, was er bei Betrachtung der Bilder empfunden habe. Außer diesem Herrn habe sich niemand aus dem Publikum über die Bilder beäußert, die übrigens im „Simplicissimus“ in etwa 150 000 Exemplaren in Deutschland unbekannt öffentlich verkauft und ausgestellt gewesen seien. Das Gericht lehnte diese Anträge ab und verurteilte H. zu 50 R. Geldstrafe und erkannte auf Einziehung der drei beschlagnahmten Bilder. Den weitergehenden Antrag des Staatsanwalts auf Einziehung der gesamten Bilder lehnt das Gericht ab, da es sich nur um eine relative Unzüchtigkeit handle. Der Verkauf und die Ausstellung der Bilder an geeigneten Orten solle nicht getrossen werden.

## Letzte Nachrichten.

### Der Studentenstreik in Hannover.

Hannover, 19. Januar. (B. L. B.) Infolge des Beschlusses der Studenten der tierärztlichen Hochschule, den Besuch der Vorlesungen und Übungen solange einzustellen, bis die Einführung des Rektors bewilligt sei, ruhte heute der Unterricht an der Hochschule vollständig. Die Direktion der Hochschule erklärt zu diesem Vorgehen der Studentenschaft, daß sie die Sache, die sie fördern wolle, eher geschädigt habe, weil sich der Minister nicht zwingen lassen könne, ihre Forderung zu erfüllen. In diesem Sinne ist die Studentenschaft auch von der Direktion der Hochschule unterrichtet und vor übereilten Schritten gewarnt worden. Der Direktor, Geheimrat Dammann, der selbst die Einführung des Rektors lebhaft befürwortet, steht auf dem Standpunkt, daß der Minister der Hochschule gegenwärtig keine Rektorsverfassung geben kann, weil dadurch Änderungen im Etat bedingt sind, zu denen es in diesem Jahre zu spät ist. Der Direktor hat an den Minister, bei dem die letzte Entscheidung liegt, über die Vorgänge berichtet.

### Der wahnsinnige Attentäter.

Paris, 19. Januar. (B. L. B.) Da **Gizolme** in seiner Zelle immer heftigere Wahnsinnsanfälle hat, verzichtete der Untersuchungsrichter auf ein weiteres Verhör und beauftragte drei Irrenärzte mit der Untersuchung des geistigen Zustandes **Gizolmes**.

### Der Justizmord in Japan.

Tokio, 19. Januar. (B. L. B.) Für zwölf von den vierundzwanzig verurteilten Anarchisten ist die verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt worden. **Kotoku** und die verurteilte Frau sollen hingerichtet werden.

### Unruhen in Port Louis.

Port Louis (Mauritius), 18. Januar. (B. L. B.) Große Unruhen sind aus Anlaß der Wahlen in Gurepipe ausgebrochen. Die Truppen wurden in der letzten Nacht alarmiert. Heute morgen brachen auch in Port Louis Unruhen aus, die bis zum Nachmittag andauerten. Verschiedene Läden und Geschäftsbureaus wurden geplündert. Die Banken werden von den Posten bewacht. Die Truppen sind im Besitz der Stadt. Die Zahl der Toten ist nicht bekannt.

Reichstag.

111. Sitzung. Donnerstag, den 19. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am: Bundesratspräsident: Wermuth.

Ar: der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Wertzuwachssteuergesetzes.

Abg. Graf Westarp (L.) befragt einen Antrag zu § 10a, Aufwendungen für Bauten, Umbauten und sonstige Verbesserungen auch beim dem Erwerbspreis zuzurechnen, wenn sie der laufenden Unterhaltung dienen und dadurch notwendig geworden sind, daß sie von einem Besitzvorgänger unterlassen sind. Der Antrag solle keineswegs bloß den Landwirten zugute kommen.

Abg. Dr. Weber (natl.) äußert Bedenken gegen den Antrag, wenn er auch auf städtische Grundstücke ausgedehnt werden sollte.

Abg. Dr. Pothhoff (Sp.): Die berechtigten Abzüge für Meliorationen sind bereits in § 10 Ziffer 3 gestattet; daher muß der Antrag abgelehnt werden.

Direktor im Reichschatzamt Kühn meint ebenfalls, daß der § 10 Ziffer 3 genügt und der Antrag daher überflüssig sei.

Abg. Graf Westarp zieht hierauf den Antrag zurück.

Nach § 10b sollen Entschädigungsentscheidungen und Entschädigungen für Bergschäden von dem Erwerbspreis abgezogen werden.

Abg. Herold (Z.) beantragt namens des Zentrums, den § 10b zu streichen; es liege kein Grund vor, Entschädigungen für Entschädigungen und für Bergschäden vor anderen zu bevorzugen.

§ 10b wird angenommen.

§ 10c bestimmt, daß dem Erwerbspreis vom dem Betrag bis zu 100 M. pro Ar, bei Weinbergen bis zu 200 M. pro Ar, für jedes Jahr 2 1/2 Proz. zuzurechnen sind, von dem überschreitenden Betrag bei unbebauten Grundstücken 2, bei bebauten 1 Proz. kommen für die Steuerberechnung nicht mehr als 5 Jahre in Betracht, so sollen die Berechnungen auf die Hälfte reduziert werden.

Abg. Trimborn (Z.) befragt, im Absatz 1 zu setzen „300 M. pro Ar“ statt „200 M. pro Ar“ und den Unterschied zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken fallen zu lassen und allgemein 2 Proz. zu setzen. Absatz 2 bittet er, so zu fassen, daß die Ermäßigung nur eintritt, wenn das Grundstück inzwischen nicht bebaut ist.

Abg. Dr. Weber (natl.) will im Absatz 1 für bebauten Grundstücke den Betrag von 1 Proz. auf 1 1/2 Proz. heraufsetzen und im Absatz 2 die Ermäßigung nur bei unbebaut gebliebenen Grundstücken gestatten.

Abg. Cuno (Sp.) beantragt, dem der Vergütung zu Grunde zu legenden Erwerbspreis noch die Erwerbskosten mit 4 Proz. zuzurechnen. Nachdem die Rechte der landwirtschaftlichen Grundbesitzer so sehr bevorzugt hat, sehen wir nicht ein, warum wir den städtischen Grundbesitz so sehr belasten sollen. Jetzt wollen wir das Gesetz schon lieber so gestalten, daß überhaupt nichts übrig bleibt.

Abg. Graf Westarp (L.) bestreitet den agrarischen Charakter des Gesetzes.

Abg. Dr. Pothhoff (Sp.): Die Regierungsvorlage enthält einen Bodenreformerschen Grundgedanken, der aber jetzt fast ganz verschwunden ist und immer mehr verschwindet, je weiter diese sogenannte Plenarberatung, die eigentlich eine vierte Kommissionsberatung ist, vorschreitet. Ich werde gegen den ganzen § 10c stimmen.

Unterstaatssekretär Kühn: Durch die Kommission ist das Gesetz bereits so gestaltet, daß in einer ganzen Reihe von Dingen, welche eine Wertzuwachssteuer haben, durch Einführung dieses Gesetzes die Steuerzahler erheblich entlastet werden; bei der Beratung hier im Plenum wird dies Bestreben der Entlastung der Steuerzahler noch fortgesetzt. Danach liegt die Gefahr vor, daß das Gesetz für die verbündeten Regierungen wertlos, weil ertraglos wird.

Reichschatzsekretär Wermuth: Ich möchte diese Ausführungen noch unterstreichen und dringend warnen, über die Kommissionsbeschlüsse hinauszugehen.

Abg. Raab (wirtsch. Vg.): Auch ich bitte, keineswegs über die Kommissionsbeschlüsse hinauszugehen; noch besser wäre es, den § 10c ganz zu streichen.

Abg. Doerffler (Sp.): Nach den Ausführungen des Staatssekretärs werden wir, um das Gesetz nicht scheitern zu lassen, für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Damit schließt die Diskussion. Die Abschwächungsanträge Cuno (Zurechnung der Erwerbskosten), des Zentrums (300 M. statt 200 zu setzen) und Weber (1 1/2 Proz. statt 1 Proz. zu setzen) werden angenommen und dann der so gestaltete § 10c.

§ 11 befragt im Absatz 1, wenn der Erwerb des Grundstücks auf einem steuerfreien Rechtsvorgang beruht, so ist für die Bemessung

des Wertzuwachses von dem Preis zurzeit des letzten steuerpflichtigen Rechtsvorganges auszugehen. Dann wird dem Gesetz rückwirkende Kraft bis zum 12. April 1910 beigelegt. Liegt der letzte steuerpflichtige Rechtsvorgang mehr als 40 Jahre vor Eintritt der Steuerpflicht, so soll als Erwerbspreis der Wert gelten, den das Grundstück 40 Jahre vor Eintritt der Steuerpflicht hatte; liegt der letzte steuerpflichtige Rechtsvorgang vor dem 1. Januar 1885, so soll als Erwerbspreis der Wert gelten, den das Grundstück am 1. Januar 1885 hatte.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Der erste Absatz ist mit Recht eine indirekte Erbschaftsteuer genannt worden. Trotzdem macht er für mich das Gesetz noch nicht unannehmbar, aber ganz unannehmbar ist es für mich durch die rückwirkende Kraft und die Rückbeziehung auf den Wert vor 40 Jahren und auf das Jahr 1885.

Abg. Westarp (L.) und Cuno (Sp.) erklären die Bedenken Arendts für übertrieben.

Die Bestimmungen über die rückwirkende Kraft und die Rückbeziehung auf den 1. Januar 1885 werden zurückgestellt, Absatz 1 und 3 des § 11 werden angenommen.

§ 12 ist von der Kommission gestrichen worden. Er lautete in der Fassung der Regierungsvorlage: „Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind berechtigt, mit Genehmigung der Landesregierung durch Satzung zu bestimmen, daß bei Bemessung des Wertzuwachses Erwerbsvorgänge berücksichtigt werden, die vor dem im vorigen Paragraphen bezeichneten Zeitpunkt liegen.“

Hierzu liegt vor ein Antrag Albrecht (Soz.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Brähne (Soz.):

Es ist hier bei der Beratung dieses Gesetzes uns mehrfach zugerufen worden, wir seien ja die reine Regierungspartei. (Heiterkeit.) Unsere Stellung beweist, daß wir das Gute, und wenn es auch nur relativ gut ist, auch von einer Regierung entgegennehmen, die wir sonst aufs schärfste bekämpfen. — Unser Antrag ist gestellt worden, namentlich im Interesse der rheinisch-westfälischen Gemeinden, die geradezu zusammenbrechen unter der Steuerlast — sind doch Zuschläge von 350 Proz. dort keine Seltenheit. (Hört, hört!) Andererseits ist gerade dort der allergrößte Wertzuwachs zu verzeichnen gewesen. Ich weiß, daß auch in Süddeutschland stark Stimmungen für die Annahme unseres Antrags vorhanden ist. So ist z. B. der bayrische Städtetag für die Wiederherstellung des von der Kommission gestrichenen Paragraphen eingetreten. (Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten. Wir bitten dringend im Interesse der Gemeinden, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abgeordneten Dr. Weber (natl.), Dr. Neumann-Hofer (Sp.) und Dr. Arendt (Sp.) wenden sich gegen den Antrag, der in der Praxis zu großen Unzuträglichkeiten führen werde.

Abg. Brähne (Soz.) weist die Einwände zurück und tritt erneut für den Antrag Albrecht ein.

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Es bleibt also bei der Streichung des Paragraphen.

§ 13 wird debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 14 lautet in seinem letzten Abschnitt in der Kommissionsfassung: „Werden Teile eines örtlich und wirtschaftlich zusammenhängenden Grundbesitzes durch verschiedene Rechtsvorgänge von demselben Veräußerer oder von dessen Erben innerhalb zweier Jahre übertragen, so ist der Steuerpflichtige berechtigt, von dem Wertzuwachs des einen Teils des Grundstücks einen bei der Veräußerung anderer Teile eingetretenen Verlust abzuziehen. Die Zuwachssteuer wird bei den einzelnen Rechtsvorgängen fällig; etwa zuviel gezahlte Steuer wird nach dem letzten Rechtsvorgang erstattet.“

Die Abgg. Cuno und Gen. (Sp.) beantragen statt „zweier Jahre“ zu setzen „dreier Jahre“.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen Streichung des Absatzes.

Ein Regierungsvertreter spricht sich für die Streichung und gegen die Verlängerung der Fristerstreckung aus.

Abg. Bietzsch (Soz.):

Bei den Verschlechterungen der vorigen Paragraphen konnten wenigstens scheinbar mittelständische Interessen ins Feld geführt werden. Bei der Verschlechterung dieses Paragraphen ist es ganz ersichtlich, daß die Kommission sie im Interesse der Großgrundbesitzer und der großen Terrainbesitzer beschloffen hat. Ich freue mich, daß hier endlich einmal ein Regierungsvertreter offen für unseren Antrag eingetreten ist. Es liegt wirklich kein Grund vor, der dem Großgrundbesitz aller Schattierung eigenen Steuersehen irgendwie entgegenzukommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Es kommt bei dem Gesetze

doch nicht bloß auf Wahrung der Interessen der Kleinen Leute, sondern auch auf Gerechtigkeit an, und zwar auch auf Gerechtigkeit gegenüber den „Großen“. (Sehr richtig! rechts.) Auf unseren Antrag auf Verlängerung der Fristerstreckung legen wir keinen entscheidenden Wert, wenn wir natürlich auch um seine Annahme bitten. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Weber (natl.) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners gegen den Abg. Bietzsch an.

Abg. Graf Westarp (L.) protestiert in erregtem Tone gegen die Angriffe, die Abg. Bietzsch (Zurufe: Bietzsch!) gegen die Kommission gerichtet habe.

Die Abstimmung über den Antrag Cuno (Verlängerung der Fristerstreckung) bleibt zweifelhaft. Für den Antrag stimmen Fortschrittler, Nationalliberale (mit wenigen Ausnahmen) und der größere Teil des Zentrums. Dagegen Rechte und Sozialdemokraten sowie ein paar Nationalliberale und einige Zentrumsmitglieder. Durch Hammersprünge ergibt sich sodann Annahme des Antrags Cuno mit 126 gegen 118 Stimmen. Der so geänderte Abschnitt 3 des § 14 wird mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beibehalten.

§ 15 zählt die vom Veräußerungspreise zulässigen Abzüge auf. Die Abgg. Cuno u. Gen. (Sp.) beantragen die Zulassung noch weiterer Abzüge. U. a. sollen nach dem Antrage auch die Anlaufkosten, Reklame- und Propagandakosten in Abrechnung gebracht werden.

Abg. Vogel (natl.) beantragt weitere Abzüge im Interesse der Vergewerksbeter.

Staatssekretär Wermuth bittet um Ablehnung der Abänderungsanträge. Man könne da ein wahres Labyrinth von Abzügen und Berechnungen auf.

Abg. Binder (Soz.):

Zuerst suchten die Vergewerksinteressenten die Einbeziehung der Bergwerke überhaupt zu hintertreiben, unter dem Vorgeben, daß es beim Bergwesen überhaupt keinen unveränderten Wertzuwachs gebe. (Heiterkeit bei den Soz.) Nachdem ihnen das nicht gelungen ist, suchen die Herren ihr Ziel auf dem Umwege von Durchlöcherungsanträgen zu erreichen. Wir bitten dringend um Ablehnung dieser Anträge. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raab (wirtsch. Vg.): Der scheulichste von allen Abschwächungsanträgen ist wohl der Antrag auf Einberennung der Propaganda- und Reklamekosten (Heiterkeit und Zustimmung). Auch der mindestbegabte Kapitalist kann sich bei Annahme dieses Antrages von der Steuer drücken. Ich bitte, den gräßlichen Antrag abzulehnen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Cuno (Sp.) polemisiert gegen den Vorredner. Es sei durchaus berechtigt, die Propagandakosten in Abzug zu bringen.

Die nationalliberalen und fortschrittlichen Abschwächungsanträge zum § 15 werden teils abgelehnt, teils zurückgezogen; der Paragraph im wesentlichen in der Kommissionsfassung angenommen.

Die §§ 16 bis 19 werden debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 20 enthält die Steuerskala.

Abg. Marx (Z.) beantragt Herabsetzung der Sätze für den vor dem Jahr 1910 seit Jahrzehnten in feinen Händen befindlichen Besitz.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.):

Ich bin dem Herrn Vorredner dafür dankbar, daß er in dieser offenen Weise den Klassencharakter des Gesetzes enthüllt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also die Kreise des Volkes, die schon lange im Besitz sind, sollen erneut vor den Besitzlosen privilegiert werden. In den Gedankenang der im Zentrum maßgebenden Kreise paßt das ja vortrefflich hinein; aber es fragt sich, ob die katholischen Arbeitermassen des Zentrums mit dieser neuen agrarischen Privilegierung einverstanden sein werden. Wir bitten dringend um Ablehnung auch dieses Abschwächungs- und Verschlechterungsantrages. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Es liegt ein durchaus berechtigter Gedanke in dem Antrag Marx. Daß die Sozialdemokratie ihn auszusprechen würde, stand natürlich zu erwarten. Es handelt sich aber nicht etwa nur um wohlhabende Kreise, sondern auch um den festen Besitz anständiger Arbeiterfamilien. Die Sozialdemokratie freilich hat keinen Sinn für eine bodenständige Arbeitererschaft. Die bürgerlichen Parteien aber können in keine Vermögenskonfiskation und in keine Verinträglichung wahlverwehener Rechte einwilligen. — Wir sind für den Antrag Marx. (Bravo! bei den Nationalliberalen, rechts und im Zentrum.)

Staatssekretär Wermuth bittet das Haus um Ablehnung des Antrages.

Abg. Dr. Köhler (L.) wendet sich gegen Dr. Siedekum.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Der Antrag des Zentrums ist gut gemeint; er will den Übergang erleichtern; ich glaube aber nicht, daß

— Bonn und Reinhardt. Herr Bonn, der seit einiger Zeit vergebliche Versuche machte, dem geliebten deutschen Volke seine Kunst nahe zu bringen, hat endlich wieder die große Arena gefunden, von der aus er wirken kann. Reinhardt hat ihn ausserlesen, in den zur Erneuerung der deutschen Kunst und allgemeinen Volkshebung bestimmten Zirkusaufführungen mitzutun und zwar als — König Oedipus.

— Rainz-Karen. Als vor einiger Zeit die alten und neuen Sachen des großen Nimen Rainz in Berlin verauktioniert wurden, beklagte einer der Stimmungsmacher, die die Theaternotizen und damit einen Teil des Welttribuns beherrschen, daß manches Andenken gar so billig weglam. Die Versteigerung der Rainz'schen Wäckerlei, die das jüngste Berliner Kunstereignis war, wird ihn sicher trösten. Denn da wurden für die gleichgültigsten Schmöder Hunderte von Mark bezahlt, wenn der erhabene Rainz gerührt hätte, seinen Namen oder gar eine Notiz hinzuzuschreiben. Es soll sich jetzt eine G. m. b. H. gebildet haben, die die überreichlichen Dörfer bereisen lassen will, um Rainz'sche Schutzhefte und Windeln aufzulassen.

— Wilhelm II. Doktor nach Prager Ritus. Aus Prag wird gemeldet: Es steht nunmehr fest, daß die Promotion Kaiser Wilhelms nach dem Prager Ritus im Thronsaal des königlichen Schlosses in Berlin vollzogen werden wird. In diesem feierlichen Akt werden sich der Rektor der deutschen Universität, der Dekan der medizinischen Fakultät sowie der Professor, der den Antrag auf Ernennung Wilhelms zum Ehrendoktor gestellt hat, gegen Mitte Februar nach Berlin begeben. — Wie der Prager Ritus vor sich geht, können wir leider nicht verraten.

— Die Bewachungskosten der Monarchen. Wie eine Korrespondenz ausgerechnet hat, kostet die Bewachung des englischen Königs durch Deutsche täglich etwa 240 M. Die Anstalten zur Bewachung des deutschen Kaisers sind bedeutend ausgedehnter und beanspruchen ungefähr 500 M. täglich; jene des Zaren gar 1000 M. pro Tag. Die Zeiten scheinen endgültig vorbei zu sein, da ein Fürst sagen konnte: „Ich mein Haupt kann lässlich legen jedem Untertan in Schoß.“

— Das Wiener Volksbildungshaus, das wieder mit dem hier schon gefällterten Ottakringer Volksheim noch mit dem Urania-Theater zu verwechseln ist, wurde dieser Tage anlässlich des 25jährigen Bestandes des Wiener Volksbildungvereins eröffnet. Das im 5. Bezirk, Margarethen, errichtete, nun vollständig ausgebaute Haus enthält Säle und Vortragszimmer für insgesamt 1500 Personen. Das Geld zu dem Bau wurde dem Volksbildungverein durch das Vermächtnis des Oberlandesgerichtsrat v. Wisknab vererbt, der sein ganzes Vermögen der Volksbildung gewidmet hatte.

Kleines feuilleton.

Altvenetianischer Sklavenhandel. Der Sklavenhandel, der uns heute wie ein Mafel an der Vergangenheit der Menschheit anmuten mag, galt im Mittelalter nicht nur als selbstverständlich, sondern auch als rühmlich und ehrenvoll. Ein lähner Sklavenjäger, der unter Gefahren und Kämpfen seine Beute eroberte, erwartete Anerkennung und Bewunderung. Ein Hauptplatz des europäischen Sklavenmarktes war damals Venedig, die und die Korarensschiffe, die im Mitteländischen und im Schwarzen Meere kreuzten, um die Küsten Nordafrikas, Kleinasiens und Griechenlands zu überfallen, schleppten alljährlich ganze Heere von Gefangenen in sie Sklaverei, weiße wie schwarze, ja sogar mongolische Sklaven wurden in Venedig und Genua in großem Maßstabe verkauft. Eine der Folgen der Kreuzzüge war auch die Reubelegung und Erweiterung des Sklavenhandels zwischen dem Osten und dem Westen. Auf der Piazza in Venedig, wo heute der Tourist sorglos die Lachen von San Marco sättert und sich vielleicht dabei fotografieren läßt, wurden im Mittelalter große Märkte abgehalten, auf denen die menschliche Ware verhandelt wurde. „Der Kauf eines Sklaven oder einer Sklavin“, so führt De Gubernatis auf Grund neuer Studien im Popolo Romano aus, „war keineswegs ein Luxus, der den großen und reichen Herren vorbehalten blieb. Jede bürgerliche Familie, die auf Bedienung Anspuch erhob, hielt ihre Sklaven. Man hat festgestellt, daß die Kopfsteuer für die Einführung von Sklaven allein in Venedig in den Jahren 1414—1423 dem Staate nicht weniger als 50 000 Goldgulden einbrachte, die Zahl der Sklaven, die alljährlich nach Venedig transportiert wurden, betrug durchschnittlich 10 000 Köpfe. Von hier wurden die Gefangenen nach Florenz, Lucca und Pisa gebracht. In einem Register der Stadt Lucca aus dem Beginn des 15. Jahrhunderts wird die Geburt von 165 Kindern verzeichnet, von denen nur 16 von freien Bürgerinnen geboren waren. 94 dieser Kinder wurden als von unbekannter Herkunft bezeichnet, und 55 als die Kinder von Sklaven, meist tartarischen und mongolischen Ursprungs. Das erklärt auch die merkwürdige Tatsache, die Livy bei seinen umfangreichen Messungen in Venedig feststellen konnte: in der Umgegend von Venedig findet man noch heute viele Menschen von mongolischer Gesichtsbildung und Schädelform, Nachkommen jener Sklaven, die im Mittelalter aus dem fernen Osten in die Lagunenstadt geschleppt und dort verkauft wurden.

Die Muskelkraft der Insekten. Alle Welt kennt die überraschende Kraft kleiner Tiere (insbesondere der Insekten) und ihre oft beispiellos dastehende Schnelligkeit und Gewandtheit, die sie bei der Verfolgung der Beute oder im Falle der Selbstverteidigung zeigen.

Aber so bekannt diese Tatsachen an und für sich sind, so wenig genau sind unsere Vorstellungen über die in Wirklichkeit entwickelten Kraftleistungen; dies mag daher kommen, daß es uns oft an geeigneten Vergleichspunkten fehlt. Indessen ist es, wie die interessanten Untersuchungen der französischen Forscher Jélic Plateau und M. de Lucy bewiesen haben, nicht gerade schwer, solche Vergleiche zu finden und sie auf Grund der angeführten Berechnungen anschaulich zu machen. — Für die fliegenden Insekten gilt der Satz, daß sie im allgemeinen keine Last forttragen können, die wesentlich schwerer ist, als das Gewicht ihres eigenen Körpers; die Größe und Festigkeit der Flügel spielt dabei merkwürdigerweise keine Rolle. Zugleich nimmt die relative Größe der Flügel in dem Maße ab, wie das Körpergewicht wächst; man braucht sich nur an die Hummeln und die großen, schwerfälligen fliegenden Käfer sowie andererseits an die leicht schwebenden Mücken zu erinnern. Die Untersuchungen haben nun ergeben, daß gewisse Insekten unter bestimmten Bedingungen eine Muskelkraft entwickeln, die unsere gewöhnliche Vorstellung von solchen Leistungen weit übersteigt. Nimmt man zum Beispiel eine Stubenfliege bei den Flügeln und hält sie so in der Luft, daß sie mit ihren Füßen eine Streichholzergreife fassen kann, so vermag sie dieses ohne einen Stützpunkt festzuhalten. Wollte ein Mensch eine ähnliche Muskelleistung vollbringen, so müßte er einen Niesendallen von 8,50 Meter Länge und 1600 Quadratcentimeter Seitenfläche auf der Schulter tragen. Spannt man den bekannten Ohrwurmfächer an einen kleinen, mit acht Streichhölzern beladenen „Bogen“, so vermag er diesen mit Leichtigkeit von der Stelle zu bewegen. Die hierbei aufgewandte Muskelkraft würde der Leistung eines Pferdes entsprechen, das einen mit 890 biden Zimmerbalken beladenen Lastwagen zu ziehen hätte. Noch erstaunlicher ist die Kraft des Flohs und der Auster. Der Floh springt zweihundertmal höher, als er selbst groß ist; dem entspricht die Riesensprung eines Meisterturners über den 300 Meter hohen Eiffelturm. Die Auster endlich ist imstande, ihre Schalen mit einer Zugkraft von 15 Kilogramm zu schließen; wollte ein Mensch es einer solchen Leistung gleich tun, so müßte er die Kraft eines Niesen aufwenden, der die ungeheure Last von 80 übereinandergestärkten schweren Schnellzuglokomotiven über seinem Kopfe balanciert!

Notizen.

— Theaterchronik. Herr Fickel bildet sich trotz der drohenden Konzeptionszeit immer mehr zum Bühnenbesitzer aus. Schon versorgt er neben dem Lustspielhaus das Ausstellungs-Theater mit lustspielender Kost. Jetzt wird er auch das Moderne Theater betreten und zwar mit dem unsterblichen „Feldherrnhügel“, der von Ende Januar die Wöste des Modernen Theaters bilden wird.

Seine Fassung geeignet ist, diesen Zweck zu erreichen. Wir werden daher gegen den Antrag stimmen, behalten uns aber unsere Stellung für die dritte Lesung vor.

Abg. Marx (Z.) wendet sich gegen die Bedenken des Abg. Krenndt und befreit gegenüber dem Abg. Sadelum, daß es sich um ein Klaffengeßel handle.

Abg. Dr. Sadelum (Soz.): Mit Recht hat der Staatssekretär darauf hingewiesen, daß die Annahme des Antrages Marx den ganzen Zweck des Gesetzes vereiteln würde. Herr Weber hat behauptet, daß von der Annahme des Antrages Marx bezw. des national-liberalen Antrages, die Rückbeziehung beim Jahre 1895 statt beim Jahre 1885 eintreten zu lassen, auch weite Kreise der Arbeiterchaft Vorteil haben würden. Nun, er lege die Arbeiter auf den Tisch des Hauses nieder (Große Heiterkeit), die von dieser Privilegierung des letzten Grundbesitzes Vorteil haben würden. Selbst wenn sich einzelne Arbeiter finden sollten, die davon Vorteil haben, so würde das doch unsere Stellung gegenüber diesen Anträgen nicht ändern. Es handelt sich hier doch, wie wir immer und immer wieder hervorheben müssen, um keine Vermögenssteuer, sondern um Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. — Man spricht von den Wohlthäten des „festen“ Grundbesitzes. Am Westen unseres Vaterlandes gibt es Großstädte von mehr als amerikanisch schnellem Wachstum, für die eine schnellere Mobilisierung des Grundbesitzes geradezu ein Segen wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Privatbesitz an Grund und Boden hat geradezu einen Monopolcharakter angenommen; die Besitzer von Grund und Boden haben sich die übrigen Volksgenossen geradezu frönpflichtig gemacht. Darum eben ist die Wertzuwachssteuer eine unbedingte politische wie soziale Notwendigkeit, an deren Einführung die Nichtbesitzer im hohen Maße beteiligt sind. Ich bitte nochmals um die Ablehnung der Abmilderungsanträge. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß schließlich auch die Spekulation des Zentrums auf die Einseitigkeit der katholischen Arbeiter schlagend wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.) bittet dringend, doch nicht die Verschärfung des Gesetzes durch unaufrichtige Abänderungs- und Abmilderungsanträge aufhalten zu wollen.

Zwischen ist ein Antrag Weber (natl.) eingegangen, in dem Zentrumsanträge 1 1/2 Proz. statt 2 Proz. zu setzen, also die Schonung des lange in derselben Hand befindlichen Grundbesitzes nicht ganz so weit zu treiben.

Abg. Guss (Sp.) bekämpft den Antrag Marx; es sei doch merkwürdig, daß in den Städten, deren Stadtverordnetenvereinigungen nach dem Dreiklassenwahlrecht und mit dem Hausbesitzerprivileg gewählt seien, brauchbare Wertzuwachssteuerordnungen eingeführt seien, die Steuer also als gerecht zu empfinden sei; hier aber solle der Grundbesitz ständig geschont werden. Die Steuer werde da für das Reich kaum noch 12 Millionen bringen und den Städten, welche bessere Wertzuwachssteuern haben, die Erträge derselben rauben.

Der Antrag Marx wird abgelehnt, der Antrag Weber und mit ihm § 20 wird angenommen.

Dann wird Absatz 7 des § 11. (Rückbeziehung auf den 1. Januar 1885) nach Zurückziehung des dazu gestellten Antrages angenommen, desgleichen § 21.

§ 22 befreit von der Steuerpflicht das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden, gemeinnützige Vereinigungen, die sich mit innerer Kolonisation, Arbeiteranstellung, Grundenschulung, Wohnungsbau für die minderbemittelten Klassen befassen.

Abg. Korffantj (Pole) begründet den Antrag, die Bundesstaaten zu streichen und den gemeinnützigen Vereinen die Steuerbefreiung nur zu gewähren, wenn sie ihre Tätigkeit ohne Rücksicht auf die Abstammung derjenigen, denen sie zugute kommen soll, ausüben. Nur dadurch werde man verhindern, daß die Bestimmung zu einem Ausnahmestück gegen die Polen werde.

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 1 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwig.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Kronsohn (Sp.) und Genossen betreffend

### Uebergriffe von Landräten und anderen Regierungsbeamten im einseitigen Parteinteresse.

Abg. Pippmann (Sp.): Ich halte die Ansicht allgemein, daß wir in Preußen unter der Herrschaft einer konservativ-agrarischen Minorität stehen. (Sehr wahr! links.) Das zeigt sich vor allem bei dem Wahlrecht zum Landtag, bei der Zusammensetzung der Kreisvertretungen und bei der Auswahl der Landräte und anderer Regierungsbeamten. Der Herr Minister hat uns nun eine Aufstellung vorgelegt, wonach die Landräte nicht ausschließlich aus konservativ-agrarischen Kreisen, sondern auch aus Beamten und anderen Kreisen stammen sollen. Diese Aufstellung kann und aber nicht befriedigen. Ich will nicht fragen wie Herr Pösch wie viel Katholiken dabei sind, auch nicht etwa, wie viel Juden! (Sehr gut! links.) Tatsache bleibt, daß von 481 Landräten 268 adelig sind.

Von den anderen hat Herr Wiemer gesagt, sie sind gelehrte Adelige und die sind vielleicht noch schlimmer. (Sehr wahr! links.) Aber bei den Landräten ist es ausgeschlossen, daß wie in der Justiz Söhne kleiner Handwerker und Bauern, Söhne von jüdischen Bankiers in die höheren Stellen eintreten. (Sehr gut! links.) Wenn die Regierung es ernst meint mit ihrer Forderung, daß die Landräte über den Parteien stehen sollen, möge sie es machen wie die Justiz und die Landräte nicht nur aus den Kreisen des Adels nehmen und denen, die gern geduldet werden wollen. (Lachen rechts.) Ich behaupte nicht, daß alle Landräte einseitig vorgehen, aber wir haben doch eine große Zahl solcher Uebergriffe zu verzeichnen.

Ich erinnere zunächst an den

#### Fall des Landrats Schröder

in Wittgenstein. Einen jüdischen Lehrer beschied er zu sich, weil er ihn nicht richtig gegrüßt habe, von einem Milchhändler verlangte er, daß er ihm zuerst die Milch liefere, und als er das ablehnte, entzog er ihm die Milchlieferung für das Kreisfrankenhaus; seine Untergebenen behandelte er so, daß verschiedene Selbstmordgedanken äußerten, usw. Das alles ist im Sommer gerichtlich festgestellt, aber ein Disziplinarverfahren gegen den Landrat Schröder ist bisher nicht eingeleitet. (Hört! hört! links.) Einem untergebenen Beamten, der sich infolge der Behandlung seitens des Landrats hatte pensionieren lassen, verweigerte der Landrat Schröder die Erlaubnis, darüber vor Gericht auszusagen. (Hört! hört! links.) Dabei ist nach dem Gesetz die Verlegung einer solchen Genehmigung nur statthaft, wenn das Wohl des Staates Preußen gefährdet ist.

Das Wohl des Staates Preußen kann aber nicht durch eine solche Auslage gefährdet werden, sondern vielmehr dadurch, daß ein Abgrund klafft zwischen Bürgerchaft und Bureaukratie. (Sehr wahr! links.) Der

#### Landrat in Vollenhain

in Schlessien hat einen königstreuen Gastwirt nicht als Schöffen bestätigt,

welch er Sozialdemokraten in seinem Lokal duldet.

(Hört! hört! links.) Noch schlimmer wird es in Döbriuchen. Dort müssen wir uns über einseitige Wahlbeeinflussungen von Seiten der Landräte beklagen. Trotz der Anweisung des früheren Ministers

des Innern v. Moltke, daß die Wählerlisten jedermann zur Einsicht stehen müßten, wurde von dem

#### Landräten in Labiau-Weßlau

dies Liberalen wiederholt verweigert. Und der Landrat v. Hippel in Labiau ließ sich auch nach dem Eingreifen des Regierungspräsidenten nicht dazu herbei, dem Gesetz entsprechend zu handeln. (Hört! hört! links.) Saalverweigerungen an Liberalen waren an der Tagesordnung. Gemeindevorsteher wurden von dem Landrat v. Hippel zum Verteilen konservativer Flugblätter veranlaßt; das Kreisautomobil wurde dem konservativen Kandidaten zur Verfügung gestellt usw. Der Landrat von Weßlau hat das Vereinnahmen des sogenannten „dunklen Punktes“ im Vorleben des Bürgermeisters Wagner in den Wahlkampf geduldet, obwohl er wußte, daß Bürgermeister Wagner in dem betreffenden Fall vollkommen korrekt gehandelt hatte. (Hört, hört! links.) Jurist bei den Sozialdemokraten: Sehr vornehm! Unerbört war auch der Ueberrumpelungsversuch bei Anlegung des Stichwahltermins. Nach seiner Wahl als Vertreter der Liberalen in den Reichstag, wurde dem Bürgermeister Wagner die Verwaltung des Kreisarmenhauses mit Dienstwohnung auf Beschluß des Kreisauschusses entzogen. (Zuruf links: Unerbört! Abg. Leinert (Soz.): Es ist eine Frechheit! Sie hören die Stimme des Volkes. (Weiterheit rechts.)

Rechtliche Uebergriffe haben sich die Landräte in Rastenburg und Darkehmen erlaubt. Was den

#### Fall Weder

anlangt, so will ich, da das Verfahren noch schwebt, von der Schuldfrage im juristischen Sinne nicht sprechen. Die Höhe der Strafen hat nicht nur Herr Wiemer kritisiert, sondern auch Dr. Friedberg und Herr v. Hedlich. An absichtliche Voreingenommenheit der Richter denkt niemand von uns. Aber für das Volksempfinden ist die Strafe viel zu hoch zum Beispiel im Verhältnis zu der Verurteilung von Soldatenskindern. Die Verhandlung gegen Weder hat im übrigen klar ergeben, daß der Landrat des Kreises Grimmen in einseitig agrar-konservativer Weise vorgegangen ist. Diesen Uebergriffen gegenüber hat Herr Weder ein Rechtsgefühl gezeigt, das wir achten und ehren müssen. (Bravo! links.) Redner geht ausführlich auf den Weder-Prozess ein. In einem langen geheimen Bericht an den Regierungspräsidenten von 1906 legt der Landrat dar, man könne Weder eventuell wieder Amtsvorsteher werden lassen. Denn er halte sich in letzter Zeit von der liberalen Agitation fern und könne viellecht für die Konservativen gewonnen werden. (Hört! hört! links.) Das heißt doch einseitige politische Propaganda treiben. (Sehr wahr! links.) Selbst zugegeben hat der Landrat, das liberale „Greifswalder Tageblatt“ als „Schweineschädel“ bezeichnet zu haben und einem Oekonomierat abgeraten zu haben, Pferde von Weder zu kaufen. (Hört! hört! links.) Auch in diesem Prozeß stand die Regierung auf dem Standpunkt: Nur nichts herauslassen. Das ist der Standpunkt der gemeinsamen Interessen des Beamtenkörpers. Den Beweis dafür, daß der Landrat tatsächlich einseitig gegen die Liberalen Propaganda getrieben habe, hat der Minister der Verteidigung dadurch abgeknippt, daß er die Herausgabe der Akten verweigerte. (Hört! hört! links.) Ein Lehrer wurde verpflichtet, eine Erklärung zu unterschreiben, daß er nicht mehr politisch tätig sein werde, sonst würde er vom Amte suspendiert werden. (Hört! hört! links.) Das ist unzulässig, verstößt gegen die Verfassung und fordert das stärksten Widerspruch heraus. (Sehr wahr! links.) Ueber den liberalen Wahlverein sind

#### Geheimhalten

geklärt worden und über ihn geheime Berichte an die Regierung gesandt worden. Der Minister sagte neulich, Beamte könnten allen Parteien angehören, nur nicht der Sozialdemokratie. Warum denn nicht? Und übrigens scheint man die Grenze zwischen Sozialdemokratie und Freisinn allmählich verwischen zu wollen. Wollen Sie auch die Liberalen außerhalb der Verfassung stellen, die Königstreuen sind, die sich als Staatsbürger fühlten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Als Staatsbürger fühlen wir uns auch.) Wir verbitten uns solche Geheimnisse über liberale Vereine auf Grund der Verfassung. (Bravo! links.) Wir verlangen von der Regierung, daß ein Wahlrecht geschaffen wird, das allen Bürgern gleiche Rechte gibt und daß die Vorrechte der Minorität, die uns augenblicklich beherzigt, beseitigt werden als der Kreisordnung, der Provinzialordnung, bei Besetzung der Landräte und der höheren Stellen in der inneren Verwaltung. Wir stehen mit diesen Forderungen auf dem Boden der Verfassung. (Lebhafte Bravo! links.)

Minister v. Dallwig: Die Forderung des Interpellanten ist ganz unbegründet, denn solche Vorrechte bestehen nicht. (Lauter Lachen links.) Das ergibt sich aus der von mir vorgelegten Tabelle. Von 481 Landräten stammen nur 152 aus landwirtschaftlichen Kreisen, 281 aus Beamtenkreisen usw. Regierungsseitig findet also eine Bevorzugung agrarisch-konservativer Kreise statt. Ich weise diese Behauptung entschieden zurück, die durch nichts bewiesen ist. (Bravo! rechts. Lachen links.) Das Verfahren gegen den Landrat Schröder schwebt noch. Ehe es beendet ist, kann ich meinerseits keine Einschüchtigungen treffen. Im Falle Vollenhain ist Bericht erforderlich, aber noch nicht eingegangen. Im übrigen eignen sich Gastwirte wenig zu Gemeindevorstehern infolge ihrer Abhängigkeit von der Bevölkerung. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Daß Herr v. Hippel die Absicht gehabt hat, die Abschrift der Wählerliste zu erschweren, befreite ich. Er hat die Abschriftnahme im Gegenteil dem freisinnigen Parteisekretär ausdrücklich auf Verlangen verschafft. (Hört! hört! rechts.) Jurist bei den Sozialdemokraten: Woher denn die Beschwerden? Die Festsetzung des Stichwahltermins ist so rasch wie möglich erfolgt,

#### damit nicht wieder eine große Agitation einsetze

(Hört! hört! links) bei allen Parteien. Nach dem vorliegenden amtlichen Bericht kann von einer Ueberrumpelung keine Rede sein. Auch sonstige Behauptungen liberaler Blätter haben sich nach den amtlichen Ermittlungen als Erfindungen resp. Mißverständnisse herausgestellt. Der Minister widerlegt unter anderem auch eine gar nicht aufgestellte Behauptung. (Zuruf links: Das ist ja gar nicht behauptet worden. Abg. Hoffmann (Soz.): Aber es steht auf seinem Fettel! (Weiterheit.) Wichtig ist auch, daß das Kreisautomobil zur Wahlagitiation benutzt sei. — Dann ist dem Landrat vorgehalten worden, er habe Wagner gegen den Vorwurf des „dunklen Punktes“ nicht in Schutz genommen. Tatsächlich hat er in der Sitzung des konservativen Wahlvereins, der er als Gast beivohnte, darauf hingewiesen, daß die betreffende Sache zugunsten Wagners erledigt sei. Von der Drehnotiz darüber hat er keine Kenntnis gehabt und sie nachher bedauert. (Hört! hört! rechts.)

Die Verbreitung des „Volkstums“, eines Organs zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Landräte, halte ich für sehr erwünscht. (Bravo! rechts.) (Hört! hört! links.) Jurist bei den Sozialdemokraten: Wovon wird bezahlt?

Präf. v. Kröcher: Nach der Verfassung haben die Minister das Recht nicht nur zu sprechen, sondern auch gehört zu werden. (Weiterheit.) Ich bitte, den Herrn Minister nicht zu unterbrechen.

Minister v. Dallwig: Auf den noch schwebenden Weder-Prozess kann ich nicht eingehen. Das Altentstück über den liberalen Wahlverein mußte nach dem Vereinsgesetz angelegt werden. (Zuruf links: Und warum nicht über den konservativen Verein?) Weil er nicht annähernd so viel Arbeit macht. (Weiterheit rechts.) Auch im Ministerium des Innern ist ein besonderes Altentstück über diesen liberalen Wahlverein angelegt worden, weil Duhende von Beamten von ihm an das Ministerium eingingen. Es enthält nichts anderes als andere Altentstücke über Vereine. — Die Absicht, Herrn Weder geschäftlich zu schädigen, hat nach dem Ergebnis des Prozesses der Landrat nicht gehabt. Ich habe überhaupt aus dem Prozeß den Eindruck gewonnen, daß eigentlich der Landrat der Verfolgung gewesen ist. (Große Heiterkeit links.) Er war umgeben von einem Reg von Spionen. Seit zehn Jahren wurde jede seiner Aeußerungen in seinem Hause

hinterbracht. — Ich kann nach alledem nur erklären, daß dem Minister Ratssachen nicht bekannt geworden sind, welche es wünschenswert oder notwendig machen, besondere Maßnahmen zu treffen, um einseitigen parteipolitischen Uebergriffen von Landräten entgegenzutreten. (Hört! hört! links. Lebhafte Bravo! rechts.)

Auf Antrag der Abgg. v. Heydebrand (L.) und Dr. Pachtke (Sp.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. v. Hennigs-Zechlin (L.): Klagen über Uebergriffe von Landräten haben wir ja schon oft hier gehört, es ist zu einer Art Suggestion geworden, daß solche Uebergriffe vorkommen. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Es kommt das ganze Milieu in Betracht, in dem sie passiert sein sollen, Wahlkampfe nach amerikanischer Art mit dem Gelde des Reichsbundes. (Zuruf: Der Bund der Landwirte mit den Kaligeldern!) Nach meinen Erfindungen ist die Behauptung bezüglich der Kaligelder eine Unwahrheit. Der Landrat ist, wenn er seine Stellung richtig ausfüllt, der Vertrauensmann der Einwohner seines Kreises. Er muß vor allem darauf sehen, daß er seine Autorität wahr. — Was nun die vorgebrachten Fälle anlangt, so hat der Fall Schröder mit der Interpellation nichts zu tun. Schröder ist kein Parteimann, auch sind die Vorwürfe gegen ihn noch nicht bewiesen. Der Fall in Vollenhain liegt ganz klar.

### Gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, ist geradezu die Pflicht des Landrats.

(Lebhafte Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) (Präf. v. Kröcher: Ich weiß nicht, worüber Sie zu den Sozialdemokraten sich so aufregen, der Redner spricht ja bloß gegen die Freisinnigen.) (Große Heiterkeit rechts.) Ebenso wenig sind die Vorgänge in Labiau-Weßlau geeignet, von den Liberalen in der Agitation ausgenutzt zu werden. Was den sogenannten „dunklen Punkt“ anlangt, so hat der Regierungspräsident das Verhalten Wagners durchaus nicht für so korrekt erklärt. (Zuruf links: Ja jetzt, nach der Wahl!) Die Sache mit dem Kreisarmenhaus ist ganz ungeklärt, darüber können wir hier nicht urteilen. Die Herren der Linken sollten doch die

#### Selbstverwaltung auf dem Lande

auch ruhig arbeiten lassen und sie nicht immer angreifen, wenn sie ihnen nicht paßt. — Was nun den Fall Weder anlangt, so ist Herr v. Rathahn einer der höflichsten und friedfertigsten Menschen, aber Herr Weder hat es ihm äußerst schwer gemacht, mit ihm in Frieden zu leben, indem er sich als Querulant bewiesen hat. Seinerzeit hat er sich beschwert, daß er nicht vom Landrat zum Wahlvorsteher ernannt sei. 1907 bei den Wahlen wollte der Landrat v. Rathahn ihm besonders entgegenkommen, ernannte ihn zum Wahlvorsteher und sofort richtete Herr Weder telegraphische Beschwerden an den Reichskanzler, daß er zum Wahlvorsteher ernannt sei, ohne gefragt zu sein. (Große Heiterkeit rechts.)

Außerst bedauern muß ich es, daß der Führer einer großen Partei, wie Herr Dr. Friedberg, auf Grund ungewisener Behauptungen dem Landrat v. Rathahn an den Kopf geworfen hat, seine Handlungsweise sei nicht vornehm. Ich halte diese Vorwürfe für unkorrekt und für den Mißbrauch der Immunität eines Abgeordneten. (Große Unruhe links. Lebhafte Bravo! rechts.) Bezeichnend für den Charakter des Herrn Weder ist z. B., daß er in Eingaben an seine Vorgesetzten geschrieben hat, die Richter im Disziplinarhof hätten sich nicht zusammengefunden, das Recht zu finden, sondern das Recht zu beugen. Der Staatsanwalt hat mit Recht gesagt, ein solcher Vorwurf sei ihm in seiner langen Praxis noch nicht vorgekommen. In einer anderen Eingabe schreibt Herr Weder: Herr Minister, wenn Sie den Landrat nicht erzählen, dann werde ich seine Erziehung in die Hand nehmen. (Große Heiterkeit rechts.) Nicht erwähnt worden ist auch, daß Weder schon einmal wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten mit 4 Wochen verurteilt ist. Die Strafe gegen ihn ist jedenfalls so hart ausgefallen, weil Herr Weder mit großer Hartnäckigkeit auch all die Sachen vor Gericht aufrecht erhalten hat, deren Gegenteil bewiesen war. Daß die Akten vom Ministerium nicht hergegeben worden sind, halten wir für durchaus richtig. Jedes Vertrauen zwischen Untergebenen und Vorgesetzten müßte völlig untergraben werden, wenn solche Geheimnisse dem Gericht überliefert würden. Landrat v. Rathahn hat mir gesagt: Meinem Herrn kann alles vorgelegt werden, das würde meine Stellung nur verbessern. Aber aus staatsrechtlichen Gründen können wir nicht geben, daß solche vertraulichen Akten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts. Abg. Liebknecht (Soz.): Richtscheit Verwaltung!) — Seit langer Zeit ist nun von der Linken Material gesammelt worden, um den Vorwurf der einseitigen Parteimeinung gegen die Landräte zu begründen. Es ist aber bei der ganzen Interpellation nichts herausgekommen. In Labiau-Weßlau ist nichts vorgekommen, was die Interpellation rechtfertigt (Lachen links) und der Prozeß Weder hat eine glänzende Rechtfertigung des Landrats v. Rathahn gebracht. (Stürmischer Beifall rechts. Zischen links.)

Darauf verlag das Haus.

#### Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Friedberg: Herr v. Richtofen hat gesagt, ich hätte meine Immunität gemißbraucht. Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er mich gegen den beleidigenden Vorwurf in Schutz nehmen wird.

Präsident v. Kröcher: Ich glaube, der Herr Abgeordnete ist in der Lage, sich selbst dagegen in Schutz zu nehmen. Ich kann an dem Ausdruck Mißbrauch der Immunität ebenso wenig eine Beleidigung sehen, als wenn einer dem anderen sagt, er mißbrauche keine geistige Ueberlegenheit ihm gegenüber. (Lachen links.) Das Haus kann mir höchstens sagen, ich habe zu Unrecht zur Ordnung gerufen, aber Sie können von mir nicht verlangen, daß ich gegen meine subjektive Ueberzeugung einen Ordnungsruf erteile.

Abg. Dr. Friedberg: Ich gebe Herrn v. Hennigs zu, daß ich vielleicht einen weniger scharfen Ausdruck hätte wählen können. Jedenfalls war kein Angriff gegen mich (zumal er selbst Herrn Weder für nicht ehrenwert erklärt hat) eine Ueberhebung und eine Freisinnigkeit, die ich zurückweise. (Bravo! links.)

Abg. v. Hennigs (L.): Ich war zu diesem Angriff auf Grund des Prozesses und in der Abwehr gegenüber schwerer Vorwürfen gegen einen hohen Staatsbeamten berechtigt. (Bravo! rechts.) Auf das Wort „Ueberhebung“ antworte ich nicht, darüber mag das Haus entscheiden.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Fortsetzung der Besprechung und Interpellation über die Winternot). Schluß 6 1/2 Uhr.

## Die Wedding-Ereignisse vor Gericht.

Vierter Tag.

Gestern wurde der

#### Fall Friesner

zu Urthe gebracht, dessen Forderung am Mittwoch durch die vom Verteidiger Rechtsanwalt. Eohn eingereichten Beweisurteile über die von Friesner behaupteten Mißhandlungen eine neue Wendung erhalten hatte. Die hierzu geladenen Zeugen waren sämtlich zur Stelle, auch der auf der Polizeiwache nötig gewesene Telegraphist Bismann, der dort Friesners Mißhandlung mitangelesen haben soll.

Die Eltern des Angeklagten, der Schriftföher Friesner und seine Ehefrau, die beide unverteidigt bleiben, bekunden, am anderen Tage sei ihnen an ihrem Sohn aufgefallen, daß sein Gesicht in der Gegend der Augen sowie an der Nase und den Lippen geschwollen war und an der Wade ein paar Verletzungen aufwies. Frau F. bezeugt sie als Kratzwunden, Herr F. spricht von zerquetschten Stellen. Die Rutter hatte an jenem verhängnisvollen 29. Oktober eigentlich selber veranlaßt, daß ihr Sohn nicht den ganzen Abend in der Wohnung zubradete, sondern noch ein wenig in die frische Luft ging. Als sie ihn am nächsten Tage gegen Mittag wieder sah, erzählte er auf Verfragen, daß er von Polizeibeamten bei der Festnahme und auf der Wade mißhandelt worden sei, und er klagte besonders über Schmerzen an den Augen. Seine Joppe sei, sagt Zeugin, blutig gewesen, aber nur ein bißchen. Herr F. sah den

Sohn erst am Nachmittag. Er würde, sagt er, sofort ein Arztbesuch beschaffen haben, wenn er gewußt hätte, daß sein Sohn am Tage darauf obendrein noch aus der Wohnung heraus verhaftet werden würde. Seine Frau zeigte ihm ein Taschentuch voll blutigen Wassers, in dem sie das Blut aus zwei Taschentüchern ausgewaschen hatte. Frau Fr. gibt an, beide Taschentücher seien ganz voll dicken, geronnenen Blutes gewesen. — **Bors.:** Er hatte doch aber nur ein paar Krampfwunden oder war ein bißchen aufgeschunden, davon kann doch nicht soviel Blut gekommen sein! — **Angell. Friesner:** Mir war das Blut aus Mund und Nase gekommen. — **Frau Friesner:** Sollte ich gewußt, daß das alles so kommt, dann hätte ich die Taschentücher vorgelegt.

Frau Friesner teilte an einem der nächsten Tage diese Beschuldigungen einem Schuhmann Hein mit, der in die Wohnung kam, um eine dem Sohn erteilte Bescheinigung über seine freiwillige Meldung zur Marine einzufordern. Dieser Schuhmann Hein ist, ebenso wie der Telegraphist Jilmann, ein Bekannter von Frau Friesner. Sie befand, Hein habe ihr geantwortet, daß er selber nichts mitangehen habe, aber nachher auf Jilmanns Veranlassung zusammen mit diesem sich den jungen Friesner in der Zelle besuchen habe. Dabei soll Jilmann gesagt haben: „Na, ich will nichts gesehen haben. Wer weiß, was nachkommt!“ — Herr Friesner ging dann zur Wache und erklärte, den Schein gebe er so ohne weiteres nicht heraus. Dabei erwähnte er, so befand er vor Gericht, gleichfalls die Beschuldigung, daß sein Sohn mißhandelt worden sei, und fügte hinzu, wenn's nachher an die Öffentlichkeit komme, werde keiner der Beamten sich erinnern. Ein Wachtmeister soll ihm geantwortet haben: „Na, das können Sie doch den Beamten nicht verdenken, wie die belästigt worden sind!“

Arbeiter Fesch befand, er habe Friesner abends vor 8 Uhr auf der Straße noch unverletzt gesehen.

Arbeiter Wegner war bei der Festnahme in Friesners Nähe. Er gibt an, Friesner sei von zwei oder drei Kriminalschutzeuten mit Gummiknüppeln über den Rücken geschlagen und dann von denselben Beamten abgeführt worden. Er selber sei nachgegangen und habe Fr. noch vor der Wache unverletzt gesehen. Bis zur Entlassung habe er unten auf ihn gewartet, und nun habe er bemerkt, daß Fr. im Gesicht und in den Haaren voll Blut war. Auch sei „auf der ganzen Zoppe alles ranter voll Blut“ gewesen. **Bors.:** Das haben Sie genau gesehen? — **Zeuge:** Ja. Er sagte, von Kriminalbeamten habe er rechts und links eins reingekriegt. Unterwegs wusch ich ihn auf einem Fußhof in der Reindendorfer Straße an einer Pumpe ab und dann brachte ich ihn bis zur Haustür. — **Zeuge** befand, er sei, als er Fr. vor der Verhaftung traf, auf dem Wege von seiner Wohnung nach einem in der Wiesenstraße gelegenen Lokal gewesen. Er habe sich an keinem Unfug beteiligt, und auch von Friesner habe er in der Zeit bis zur Verhaftung nichts bemerkt, auch nicht den Ruf „Muthunde“. — Wegen der Vernehmung des zunächst unvereidigten Zeugen Wegner protestieren die Vertreter der Staatsanwaltschaft. Staatsanwalt Bräuning hält ihn für verdächtig der Mittäterschaft, Staatsanwalt Linde meint, die Nichtvereidigung liege im Interesse des Zeugen selber, dessen Aussage über die angeblich ganz mit Blut besudelte Zoppe in keinem Gegensatz zu den von Frau Friesner bekundeten paar Blutspitzen stehe. Das Gericht beschließt, Wegner wegen Verdachts der Teilnahme am Aufruhr nicht zu vereidigen.

Die Mutter dieses Zeugen, Frau Wegner, befand, daß Friesner schon am Vormittag zu ihr gekommen sei. Ich bemerkte, wie er entsetzt war. Die Augen hielt er zu als er reinkam. Die Nase war bis, der Mund auch. Ich sagte: „Wie siehst Du denn aus!“ Da sagte er: „Ich bin arretiert worden.“ Ich bemerkte, daß seine ganze Zoppe voll Blut war. „Das ist ja, wie wenn ein Schwein geschlachtet worden ist!“ sagte ich, und ich fragte: „Bist Du denn das nicht gesehen?“ Er sagte: „Gesehen habe ich es, aber ich habe Mutter nichts gesagt.“ Da sagte ich: „Komm her, ich werde sie Dir auswaschen.“ — **Angellagter Friesner** macht hierzu die Angabe, er habe sich mit der Zoppe unbemerkt aus der Wohnung seiner Eltern entfernt, weil er seine Mutter nicht den vollen Sachverhalt erfahren lassen wollte.

Der Telegraphist Jilmann ist zwar erschienen, es fehlt aber noch die Genehmigung des Polizeipräsidenten, auszusagen. Die weitere Verhandlung des Falles Friesner wird vertagt. Während der Verhandlung des Falles Lube meldet Leutnant Schow, der Polizeipräsident fordere, wenn er auf vorherige dienstliche Vernehmung Jilmanns verzichteten solle, einen besonderen Antrag des Gerichts. Rechtsanwält Cohn: Ich kenne diesen Geschäftsgang, den ich für einen ordentlichen nicht halten kann. In einem anderen Prozeß haben wir es immer wieder erlebt, daß die Polizeibehörde sich für berechtigt hielt, die als Zeugen zu ladenden Beamten erst zu vernehmen. Das Gericht hat immer den Standpunkt eingenommen, es sei da machtlos. Mit dieser der Majestät des Gerichts geradezu ins Gesicht schlagenden Praxis muß endlich einmal aufgeräumt werden. **Vorsitzender:** Dagegen muß ich protestieren, so scharf brauchen wir uns nicht auszubräuen. Rechtsanwält Cohn beantragt, dem an das Polizeipräsidium zu richtenden Genehmigungsantrag das Ersuchen beizufügen, daß keine Vernehmung stattfinden möge. Staatsanwalt Bräuning hält daran fest, daß der Polizeipräsident die Möglichkeit einer Vorvernehmung haben müsse. Das Gericht beschließt, den Polizeipräsidenten zu eruchen, dem Jilmann die Genehmigung zur Aussage nur darüber zu geben, ob die Kriminalschutzeute Mühlenbeck und Dettbarn den Friesner auf der Wache mißhandelt haben. Dem Ersuchen, nicht vorzunehmen, stimmt das Gericht nicht zu, weil es hierfür nicht zuständig sei.

Nachdem dann auch noch der Fall Rudolph verhandelt worden ist, trifft endlich für die Nachmittags-Sitzung die Genehmigung des Polizeipräsidenten ein und Telegraphist Jilmann kann vernommen werden. — **Bors.:** Friesner behauptet, auf der Wache sei er von den Schutzeuten Mühlenbeck und Dettbarn, auf die es uns ankommt, mißhandelt worden. — **Zeuge:** Ich sah nicht, daß Mühlenbeck und Dettbarn ihn schlagen. Als der Mann festgestellt wurde, blutete ihm schon die Nase. — **Bors.:** Wie er zur Wache kam, was war da? — **Zeuge:** Das habe ich nicht gesehen, ich sah am Apparat. — **Bors.:** Haben Sie Verletzungen? — **Zeuge:** So genau sah ich ihn nicht an, weil ich noch nicht wußte, wer er war. — **Bors.:** Sie sollen nachher gesagt haben, daß Sie von nichts wissen wollten. — **Zeuge:** Ich sprach nur, als ich den Namen gehört hatte, mit einem Kollegen darüber, daß ich die Eltern kenne. — **Rechtsanw. Cohn:** Sagten Sie: „Wenn was nachkommt, ich weiß von nichts?“ — **Zeuge:** Ich erinnere mich solcher Worte nicht. — **Bors.:** Waren denn die beiden Kriminalbeamten nachher noch auf der Wache? — **Zeuge:** Da habe ich gar nicht nach gesehen, ich hatte mit meinen Vätern zu tun. — **Bors. (zu Friesner):** Wo bekamen Sie den Schlag ins Auge? — **Angell. Friesner:** Im Zimmer bei Herrn Jilmann, bei der Personalienfeststellung. — **Zeuge Jilmann:** Das kann nicht sein! Da hat keiner geschlagen, wie ich drin war. Ich habe nichts gesehen. — **Bors.:** Sollten Sie es sehen müssen? — **Zeuge:** Na, das hätte ich doch sehen müssen, wenn er am Tisch einen Schlag bekommen hätte. — **Zeuge** behauptet, er selber habe Friesner auch gar nicht aufgeschrieben, das sei Wachtmeister Schlüter gewesen. — **Bors.:** Also Sie haben nicht gesehen, daß geschlagen wurde? — **Zeuge:** Nein. Wenn der das sagt, daß er geschlagen wurde, so bin ich nicht dabei gewesen. — **Rechtsanw. Cohn:** Ich möchte Sie mal allgemein fragen, ob es nicht auf der Wache ein bißchen stürmisch... — **Der Vorsitzende** verlinbert diese Frage unter Hinweis auf die Grenzen der vom Polizeipräsidenten erteilten Genehmigung. — **Jilmann** hat schließlich den Friesner aus der Arrestzelle holen müssen, als er entlassen werden sollte. — **Rechtsanw. Cohn:** Erinnern Sie sich, daß er ein verjährtes Gesicht hatte? — **Zeuge:** So genau habe ich ihn mir nicht angesehen. Bei so vielen Personen! — **Rechtsanw. Cohn (zum Zeugen Wegner):** Sie begleiteten den Transport Friesner bis zur Wache? — **Zeuge:** Ja. — **Rechtsanw. Cohn:** Sie haben ihn hincingehen? — **Zeuge:** Ja. — **Rechtsanw. Cohn:** Blutete er da noch nicht? — **Zeuge:** Nein.

Wegen den

Angellagten Arbeiter Lube,

der in der Nacht zum 30. Oktober vor Schererstraße 12 wiederholt

„Muthunde“ geschimpft haben soll, treten nur Zivilpersonen als Zeugen auf.

Frau Döring, die im Hause Schererstraße 12 die Portierstelle hat, befand, der in demselben Hause wohnende Lube habe, gegen Mitternacht heimkehrend, von der Haustür her aus mehrfach „Muthunde“ gerufen. Er sei stark betrunken gewesen, so daß er laumelte. Polizei habe zu dieser Zeit mehrfach die in der Straße befindlichen Personen aufgefordert, aneinanderzugesehen; auch sei aus dem Hause auf die Polizei gemerkt worden. Auf Befragen des Rechtsanwalts Cohn sagt Zeugin zunächst, sonst kenne sie Lube und seine Familie nicht weiter, sie kümmerle sich überhaupt nicht so um die Mieter. Auf eindringlichere Fragen gibt sie dann an, sie kenne Lube als ordentlichen, arbeitsamen Mann, er sei ihr stets höflich entgegengetreten, und auch von seinen Kindern habe sie einen guten Eindruck. — **Lubes Trunkenheit** und die Rufe „Muthunde“ werden auch von Frau Dörings vierzehnjähriger Tochter bekundet.

Eine andere Bewohnerin des Hauses, Frau Brak, hat gleichfalls beobachtet, daß Lube „Muthunde“ rief. Er habe, sowie Polizei kam, die Leute ins Haus gelassen und abgeschlossen, um sie nach dem Vorbeigang der Polizei wieder herauszulassen. Für betrunken hat sie ihn nicht gehalten. Lube gibt an, 20 Glas Bier und zehn Cognak getrunken zu haben.

Laternen soll der

Angellagte Hilfsmonteur Rudolph

eingeworfen haben. Er sagt, geworfen habe er, aber nicht getroffen. Verletzt habe ihn ein Mann, den er jetzt für einen Laßpöbel halte.

Gegen Rudolph tritt ein Zeuge Leo Schreiber auf, nach dessen Verur bei der Feststellung der Personalien nicht gefragt wird. Schreiber hat in der Nacht zum 30. Oktober an der Ecke Reindendorfer und Wiesenstraße den Angellagten auf eigene Faust festgenommen und der Polizei übergeben. Er befand, daß er kam aus der Gerichtstraße vom 91. Revier und sah in der Reindendorfer Straße etwa 40–50 Personen stehen. Ich stand eine Weile dabei und hörte zu, was sie sich erzählten. Da stürzten drüben Scheiben, und ich sah, daß mehrere die Laternen zerhauen. Ich merkte mir einen, der drei Laternen mit Steinen eingeworfen hatte. Dann kam er rüber, wo die Leute alle standen, und wollte auch da noch Laternen einwerfen. Er traf aber nicht, und die Leute wollten sich drüber hermachen und ihm die Fäuste vollhauen. **Bors.:** Wie waren Sie nach dem Revier gekommen? — **Zeuge:** Mehrere Leute aus einem Lokal in der Adoliner Straße hatten Laternen ausgedreht. Als Polizei vorbeikom, machte ich sie darauf aufmerksam. Da wurden die Leute alle aus dem Lokal vertrieben und nach dem Revier gebracht. Ich ging mit und kam dann zurück. Zeuge Schreiber behauptet, Rudolph sei jener Werfer gewesen, und bleibt dabei trotz eindringlicher Verragung. **Bors.:** Sie sollen herumgegangen sein, auffällig, mit dem „Vorwärts“ in der Tasche und mit einem roten Schlops, so daß anzunehmen war, Sie seien von der sozialdemokratischen Partei. — **Zeuge:** Ich habe noch nie einen roten Schlops getragen, ich lese auch keinen „Vorwärts“. — **Bors.:** Sie sollen ihn ja nur bei sich getragen haben. — **Zeuge:** Nein. Ich kann auch Zeugen bringen, daß ich den Abend denselben Schlops hatte wie heute. — **Bors.:** Na, er schiller so etwas, wie rot. Der Vorstehende beginnt dann zu eraminieren: Sind Sie bestraft? — **Zeuge:** Ja. — **Bors.:** Weshalb? — **Zeuge:** Wegen Diebstahl. — **Bors.:** Rechtmäßig? — **Zeuge (die Frage überhörend):** Das ist schon lange her, 10 Jahre. — **Bors.:** Sind Sie noch wegen einer anderen Straftat bestraft? — **Zeuge:** Nein. — **Bors.:** Na, erinnern Sie sich mal! — **Zeuge:** Ja, aber die Strafe ist noch nicht verbüßt. — **Bors.:** Warum nicht? — **Zeuge:** Ich habe Aufschub bekommen. — **Bors.:** Weshalb? — **Zeuge:** Wegen Krankheit. — **Bors.:** Haben Sie nicht auch angegeben, daß Sie ein wichtiger Zeuge sind? — **Zeuge:** Ich habe gebeten, mir Strafaufschub zu geben, weil es mir unangenehm wäre, als Zeuge hier vorgeführt zu werden. — **Bors.:** Weshalb sind Sie denn bestraft? — **Zeuge:** Ich will es wegen der Juhörer nicht sagen. — **Der Vorstehende** gestattet ihm, ganz leise zu sprechen und verflüchtigt dann: wegen § 242 (Diebstahl).

Darauf beginnen die Verteidiger, den Zeugen auszufragen. Rechtsanw. Karl Liebnecht: Sie bezeichnen sich als Arbeiter. Wo arbeiten Sie jetzt? — **Zeuge:** Ich habe jetzt keine Arbeit. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Aber damals! Oder wovon lebten Sie? — **Zeuge:** Von Krankenunterstützung. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Damals boten Sie sich als Zeugen an gegen Leute, die die Laternen ausgedreht hatten? — **Zeuge:** Ja. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Sie hörten zu, was andere sich erzählten? — **Zeuge:** Wenn mehrere Leute dastehen, darf ich doch zuhören! — **Rechtsanw. Liebnecht:** Sie haben doch zweifellos der Polizei alle möglichen Dienste zu leisten gesucht; z. B. auch im Fall Rudolph. Wollten Sie der Polizei mitteilen, was Sie da hörten? — **Zeuge:** Nein. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Haben Sie für das, was Sie da angeigten, irgend welche Entschädigung bekommen? — **Zeuge:** Nein. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Sonst von irgend jemand? — **Zeuge:** Das ich nicht wüßte. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Das müssen Sie doch wissen, ob Sie was bekommen haben! — **Zeuge:** Ich habe nichts bekommen. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Haben Sie keinen „Vorwärts“ in der Tasche gehabt? — **Zeuge:** Nein. — **Rechtsanw. Liebnecht:** Sehr merkwürdig. Vielleicht wird Rudolph Ihnen eine Vorhaltung machen. — **Angell. Schreiber** hat sich als Kriminalbeamter ausgegeben, hat mich selber verhaftet und mich einem Beamten übergeben. Er hatte eine rote Kravatte und den „Vorwärts“. — **Zeuge** bestritt, sich als Kriminalbeamten ausgegeben zu haben. In dem weiteren Verhör sagt er, daß vier Personen, darunter bestimmt Rudolph, zugleich nach den Laternen warfen. **Rechtsanw. Liebnecht:** Traf er denn? — **Zeuge:** Na, er hatte doch geworfen! — **Rechtsanw. Cohn** fragt, ob Schreiber sich mal bei seinen „Ermittelungen“ für seinen Bruder Johann ausgegeben habe? **Zeuge** bestritt das und läßt sich über den fraglichen Vorfall aus: Ich ging in ein Lokal und fing ein Gespräch an. — **Rechtsanw. Cohn:** Wollten Sie da was ermitteln? — **Zeuge:** Ja. Mehrere machten anpöhlige Reden, das habe ich nachher den Polizeioffizieren gesagt. — **Rechtsanw. Cohn:** Wie kamen die Leute in dem Lokal auf die Idee, den Schlosser Johann Schreiber vor sich zu haben? — **Zeuge:** Das weiß ich nicht.

Ueber Schreibers Tätigkeit im Dienste der Polizei wird Leutnant Maurer vernommen, den Schreiber zur Austräumung jenes Lokals angeregt hat. Schreiber habe auf Revier 91 die einzelnen Personen festgestellt und sei später auch noch auf Revier 107 gewesen. Wir waren, sagt Maurer, ihm gegenüber sehr skeptisch. Wir wunderten uns, daß er als Arbeiter quasi immer Schuhmannsdienste tat. Wir hatten Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit. Nachher sagte ich noch: „Na, sehr schön ist das auch nicht!“ Wir fragten ihn, ob er schon mal der Kriminalpolizei Dienste geleistet habe. Er bejahte das. Ich fragte ihn nach dem Grund, da sagte er: „Ich habe mich so darüber geärgert.“ Wenn er den „Vorwärts“ in der Tasche gehabt hätte, dann hätte ich gesagt: „Wären Sie mal, Sie haben wohl die Sache provoziert?“ Schreiber wird auch darüber befragt, ob Rudolph mißhandelt worden sei, wie er behauptet. Zeuge bejahtet das als ausgeschlossen, auch er selber habe ihn nicht geschlagen. Uebrigens hat er ihn dem Schuhmann Otto, der ihn dann abführte. Auch der weiß nichts von Mißhandlung, doch hält er es für möglich, daß Rudolph auf dem Wege zur Wache von hinten geschlagen wurde. Vernommen wird noch ein Zeuge Reudling über seine Aneignerei mit Rudolph — in ½ Stunden jeder 9 Glas Bier und 4 Schnäpse — und ein Arzt Dr. Steibel über die Folgen dieses Alkoholmißbrauchs für die Willensbestimmung.

Rudolphs früherer Fortbildungsschullehrer Thoma beschneidet ihm ein sehr gutes Verhalten in der Schule.

Eines Steinwurfs nach Schutzeuten wird der noch jugendliche Angellagte Tischlerlehrling Schulz

beschuldigt. Er erklärte das aus einer Verwechslung mit einem anderen jungen Mann, der gleich ihm eine graue Mütze trug.

Schuhmann Bröcker hat längere Zeit den Träger der grauen Mütze verfolgt, hat dann die Verfolgung aufgegeben und später den Schulz, den er für den Täter hielt, festgenommen. In seiner polizeilichen Vernehmung hat Zeuge gesagt, auch der Anzug des Täters sei grau gewesen, während erwiesenermaßen Schulz's Jackett schwarz war. Jetzt gibt Zeuge zu, die Farbe der Anzüge

könne er verwechselt haben. Aber, sagt er, die Mütze befehle ich im Auge und eine andere Jackemütze sah ich nicht.

Ein Gehwirts Hauptwage und eine Gehwirtsfran Schmidt, bei denen Schulz vorher gekneipt hatte, bestätigen, daß er in dunklem Jackett ging. Ein hiebzehnjähriger Zeuge Hoffmann, der mit ihm gekneipt hat, macht dieselbe Angabe. Dieser Zeuge berichtet über einen Alkoholverbrauch von acht bis neun Glas Bier in 1½ Stunden.

Schulz behauptet, auch er sei mißhandelt worden. Auf dem Wege zur Wache habe ein Verittener ihn auf den Mund geschlagen, daß die Lippen aufspalteten, und auf der Wache sei er vom Kriminalschutzmänn Dettbarn, der am Transport beteiligt war, mit dem Gummiknüppel verhandelt worden. Schuhmann Bröcker weiß nichts darüber, und Dettbarn ist als Zeuge bereits entlassen worden.

Eine Polizeibeleidigung wird dem

Angellagten Arbeiter Brandt

zur Last gelegt. Er soll auf die Polizei geschimpft haben: „Räuber! Räuberbande! Halunken!“ und ähnlich. Er selber versichert, nur im Übermut „Zuleht die Räuber!“ gerufen zu haben, womit er keinen gemeint habe.

Schuhmann Schufste befand, gehört zu haben: „Zuleht die Räuber!“ aber auch: „Räuberbande!“ und „Halunken!“ Schuhmann Glinther hörte: „Räuber!“ und „Halunken!“ und meint, Brandt könne nur die Beamten gemeint haben.

Am Schluß der Sitzung beantragt der Verteidiger Rechtsanwält Cohn, nunmehr Friesner und auch Lube aus der Haft zu entlassen, da die Beweisaufnahme einen minder bestimmten Tatbestand ergeben habe, als die Anklage ihn annahm. Staatsanwalt Bräuning widerspricht bezüglich Lubes, das Gericht beschließt, Friesner zu entlassen.

In der heute 10 Uhr beginnenden Sitzung wird die Beweiserhebung sich den übrigen Anklagesfällen zuwenden.

## Aus aller Welt.

### In den Flammen umgekommen.

Mehrere schwere Brandkatastrophen, bei denen eine Anzahl Menschenleben vernichtet wurden, verzeichnet die Unfallchronik des gestrigen Tages. In Saalfeld a. S. kam in der Abwesenheit der Eltern in der Wohnung eines Arbeiters Solbrig ein Brand aus. Die vier Kinder des Ehepaares im Alter von einem bis fünf Jahren kamen bei dem Brand ums Leben. — In der belgischen Stadt Dinant zerstörte in der letzten Nacht eine Feuersbrunst mehrere am Grand Place gelegene Wohnhäuser. Eine Magd und eine 58jährige Witwe sind in den Flammen umgekommen; lebhafte, als sie versuchte, ihre Ersparnisse in Sicherheit zu bringen. Ferner wurde ein Feuerwehrmann lebensgefährlich verletzt. Ein anderes Dienstmädchen erlitt ebenfalls beim Sprunge aus dem Fenster lebensgefährliche Verwundungen. Der durch das Feuer verursachte Schaden beläuft sich auf über 100 000 Franc.

### Ein flugtechnisches Wagnis.

Einen bemerkenswerten Flug unternahm am Mittwoch der amerikanische Flieger Elh im Hafen von San Francisco. Er flog mit einem Doppeldecker in der Nähe der Stadt auf und flog dann nach dem vor San Francisco vor Anker liegenden Kreuzer „Pennsylvania“. Auf einer Plattform des Schiffes landete er glatt und flog nach einiger Zeit auf demselben Wege zurück. Der lähne Flug war durch den herrschenden Nebel ganz besonders erschwert; um die Orientierung des Fliegers zu erleichtern, wurden an Bord des Schiffes von Zeit zu Zeit gelende Sirensignale gegeben.

### Aus einer schwarzen Gegend.

In Neurobe i. Schl. sollten auf Veranlassung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker „Der Pfarrer von Kirchdorf“ von Augengruben und Max Halbes „Jugend“ zur Aufführung kommen. Da ein bürgermeisterliches Verbot der Aufführung vom Landrat aufgehoben wurde, setzten die Schwarzen alles in Bewegung, um die Aufführung zu verhindern. Von der Kanzel und in Versammlungen wurde mit dem Erfolge gegen den Wirt, der das Lokal zur Verfügung stellen sollte, gearbeitet, der Wirt seine Zulage schließlich zurückzog. Ganz offen wurde von den Schwarzen der Boykott angedroht, so daß sich keiner der Schwarzlokalbesitzer getraute, seinen Saal herzugeben. Als es endlich gelang, einen Saal in einem Vororte zu erhalten, wurde hier wieder vom Amtsdorfsieber und sogar vom Landrat, der die Aufführung in der Stadt gestatten wollte, die Genehmigung versagt. Beide wurden aber vom Regierungspräsidenten eines anderen belehrt. Die Vorstellungen finden nun doch statt, wenn auch nicht in der Stadt, so doch in deren unmittelbarer Nähe.

### Saubere Frächthen.

In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch verhaftete in der französischen Hafenstadt Dünkirchen ein Polizeikommissar auf die Anzeige eines Schneiders zwei junge, elegant gekleidete Leute, die ersteren überfallen und gewürgt hatten. Während der eine von ihnen den überfallenen zur Erde warf und ihm ein Bein auf die Brust setzte, raubte ihm der andere seine goldene Uhr nebst Ketten sowie das Portemonnaie. Es handelt sich, wie man feststellte, um zwei Apachen, die den besten Gesellschaftskreis entstammen. Der eine ist der Sohn des bekannten Generals Sauret, des Generalstabschefs des Militärgouverneurs von Paris und war erst kürzlich vom Gericht in Rochefort zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er einen seiner Kameraden ermordet hatte. Sein Komplize entstammt ebenfalls einer angesehenen französischen Familie und ist der Sohn eines pensionierten Majors namens Lachapelle.

### Keine Notizen.

Arbeiterrisiko. Auf der Becke Königsgrube bei Bochum fiel ein italienischer Arbeiter in den 40 Meter tiefen Schacht. Der Verunglückte wurde tot zutage gefördert. — Bei einem Brande auf dem Dittentwerl Kastmir an der deutsch-russischen Grenze sind ein Ausherer und drei Arbeiter erstickt.

Lebensgefährliches Spiel. In Ehrenfeld bei Köln hat brim Räuber- und Gendarmenspielen ein 13jähriger Junge einen siebenjährigen Kameraden mit einem Revolver geschossen und ihn schwer verletzt. Der Knabe wurde in das Hospital gebracht, sein Zustand ist bedenklich.

Begnadigt. Der alldeutsche Redakteur Wilhelm Drendi aus Temesvar in Ungarn, der wegen Aufreizung zu zwei Monaten Gefängnis und 400 Kronen Geldstrafe verurteilt war, ist begnadigt worden. Die Gefängnisstrafe wurde ihm erlassen.

Blinder und Sohn im Strafengraden erfroren. Ein blinder Wanderer Korbmacher legte sich, wie aus Trier gemeldet wird, mit seinem zwölfjährigen Sohne, von Blindheit überwallt, bei Diringen in einen Strafengraden. Beide wurden am Morgen erfroren aufgefunden.

Wetterbericht der Süddeutschen Wetterbalken-Direktion über den Großhain in den Zentral-Wetterbalken. Wetterlage: Gleichmäßig nachgebend. Wind: Nuhde reichlich, Westwind ziemlich lebhaft, Breite behauptet. Gellage: Nuhde mäßig, Westwind ruhig, Breite normal. Höhe: Nuhde mäßig, Westwind ruhig, Breite wenig verändert. Wetter: Dolk und Regen; Westwind ruhig, Breite unverändert. Gemüte: Dolk und Regen; Westwind ruhig, Breite anfangs mäßig, später lebhafter, Preise gedrückt.

Sonntag, den 22. Januar, mittags 12 Uhr:

# Oeffentliche politische Volksversammlungen

## Berlin:

### 1. Kreis.

City-Säle, Reichstagsufer 17.

### 2. Kreis.

Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.  
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.  
Nible, Drenowitzstr. 13.

### 3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.  
Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59.

### 4. Kreis.

Graumann, Nannystr. 27.  
Gesellschaftshaus Südost, Waldemarstr. 75.

Referenten: Bahn. Bauer. Dr. Bernstein. Dr. Borchardt. Cohen. Dr. Oskar Cohn. Davidsohn. Düwell. Faß. Th. Fischer. Groger. Grunwald. Dr. Herzfeld. Paul Kirsch. Ledebour. Rosa Luxemburg. Pfannkuch. Pötzsch. Dr. Rosenfeld. Sabath. Schenk. Schmidt (Arbeitersekretär). Schmidt (Redakteur). Schmidt (Reichstagsabgeordneter). Schmit. Ströbel. Ucko. Dr. Weyl. Woldt. Frida Wulff. Luise Zietz.

Drachenburg, Vor dem Schlesißen Tor.  
Litln, Memeler Str. 67.  
Elysium, Landsberger Allee 40/41.  
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151.  
Boeker, Weberstr. 17.  
Borgmann, Andreasstr. 21.  
Keller, Kopenstr. 29.

### 5. Kreis.

Brauerei Lipps, Friedrichshain.  
Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18.

### 6. Kreis.

Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/24.

Prater-Theater, Kastanien-Allee 7-9.  
Mila-Säle, Schönhauser Allee 130.  
Borusla-Säle, Ackerstr. 6/7.  
Swinemünd. Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.  
Ballenschmieders Etablissement, Badstr. 16.  
Frankes Festsäle, Badstr. 19.  
Raabes Festsäle, Kolberger Str. 23.  
Cranz' Festsäle, Köstliner Str. 8.  
Pharus-Säle, Müllerstr. 142. (2 Versammlungen.)  
Bock-Brauerei (II. Abt.), Chausseest. 64.  
Artus-Hof, Perleberger Str. 26.  
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47-49.

## Teltow=Beeskow:

Adlershof: Eschner, Bismarckstr. 60.  
Britz: Raddah, Chausseest. 39.  
Charlottenburg: Volkshaus, Köstlinerstr. 3.  
Köpenick: Stadt-Theater.  
Groß-Besten: Zum deutschen Kaiser.  
Gr.-Lichterfelde: Zur Schützenraße, Bahnh. Botanischer Garten.  
Johannisthal-Nieder-Schöneweide: Bürgergarten, Johannisthal, Park, Ecke Friedrichstraße.

Königs-Wusterh.: Altes Schützenhaus, Ww. Wedhorn, nachm. 2 Uhr.  
Mariendorf: Zum Feldschlösschen, Kurfürstenstr. 44.  
Nowawes: Volksgarten, Priesterstr. 31.  
Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.  
Feldschlösschen, Ellenstraße.  
Felsch, Knefbeckstr. - Passage-Festsäle, Bergstraße.  
Schöneberg-Friedenau: Obsts Festsäle, Schöneberg, Meiningen Straße. - Klubhaus, Hauptstr. 5/6.

Steglitz: Birkenwäldchen, Schützenstraße.  
Tempelhof: Wilhelmgarten, Berliner Straße 9.  
Teltow-Zehlend.: Gesellschaftshaus, Zehlend., nachm. 12 Uhr.  
Trebbin: Gesellschaftshaus, Inh. Emil Schulz, nachm. 3 Uhr.  
Trepow-Baumschulenweg: Konkordia-Säle (früher Karpfenteich), Trepower Park 69.  
Wilmerdorf: Gesellschaftshaus, Wilhelmsane 112.  
Zossen: Kurzer, Garuther Straße, nachm. 1 Uhr.

Referenten: Ottilie Baader. Bohm-Schuech. Brühl. Conrad. Glocke. Korlitz. Jeserich. John. Kubig. Küter. Kloth. Leid. Manasse. Müller (ParteiSekretär). Obst. Pagels. Sassenbach. Dr. Silberstein. Sonnenburg. Ulm. Klara Weyl. Zenner. Zuehl.

## Nieder=Barnim:

Bernau: Lokal Elysium.  
Borsigwalde-Wittenau: Lokal Hahn, Wittenau.  
Erkner-Woltersdorf: Gasth. Volkmann in Woltersdorf.  
Friedrichsfelde: Lokal Hube, Prinzenallee 30.  
Friedrichshagen: Courads Festsäle, Friedrichstr. 137, nachmittags 2 Uhr.  
Lichtenberg: Schwarz. Adler, Frankfurter Chaussee 5.  
Neuenhagen-Petershagen: J. alt. Dessauer, Petershag.

Niederschönhausen: Stephans Kindergarten,  Lindenstr. 43.  
Oberschöneweide: Wilhelminenhof, Wilhelminenhofstr. 14.  
Oranienburg: Waldhaus Sandhausen, Schützenstraße.  
Pankow: Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102.  
Reinickendorf-Ost: Hubertus-Säle, Provinzstr. 77-79.  
Reinickendorf-West: Hartmanns Brauerei, Schwarzweberstr. 101-101.  
Rüdersdorf-Kalkberge: Gasthof z. Linde, Heinißstr. 19.

Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 2.  
Stralau: Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.  
Tegel: Crapps Festsäle, Bahnhoffstr. 1.  
Weißensee: Schloß Weißensee.  
Wilhelmsruh: Lokal Deutschmann, Hauptstraße.  
Spandau: Gähle: Havelstr. 20.  
Referent: Liebknecht.

Referenten: Block. Büchner. Dittmer. Freter. Regina Friedländer. Hartmann. Haß. Hildebrandt. Ad. Hoffmann. Anna Kiesel. Lehmann. Link. Berta Lungwitz. Müller (Arbeitersekretär). Nathow. Stadthagen. Stähler. Wermuth. Wissel.

### Tagesordnung:

# Kein gerechtes Wahlrecht in Preußen.

### Diskussion.

Wer mit uns ein besseres Wahlrecht in Preußen erkämpfen will, ist zum Besuche dieser Versammlungen verpflichtet!  
Genossen und Genossinnen! Erscheint in Massen und agitiert für Massenbesuch!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Berlin, Liefenstr. 16.

Stadtverordneten-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Nischeit eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In die gemischte Deputation für die Errichtung eines Spezial-Krankenhaus für Brustkranke wird an Stelle des früheren Stadtv. Runge Dr. Herzberg (A. L.); desgleichen für den verstorbenen Stadtv. Seeger (Fr. Fr.) in die Armenverwaltung Stadtv. Goldschmidt (Fr. Fr.), in die Schuldeputation Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) gewählt.

Die Ausschüsse zur Vorberatung der Vorlagen betr. die Veranlagung der Anlieger des Scheunendierzeils zu den Kosten der Riederlegung und betr. den Ankauf der Buhelheide sind gewählt und haben sich konstituiert. Im ersten ist die sozialdemokratische Fraktion durch Manasse, Rosenfeld, Stadthagen, Kolfsdorf, im letzteren u. a. durch Hinze und Dr. Wehl vertreten.

Mit der Eingiehung der 72. (ehemaligen Hedwigs-Pfarrschule) und der 14. Gemeindeschule (Kesselfstraße) hat sich der eingesehete Ausschuss einverstanden erklärt.

Ohne Debatte nimmt die Versammlung die bezügliche Vorlage des Magistrats zur Kenntnis.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist am 9. d. M. der Antrag Krons eingereicht worden, eine städtische Arbeitslosen-Unterstützung unter Zugrundelegung des nachfolgenden Statuts zu gewähren und die erforderlichen Mittel in den Etat 1911 einzusetzen.

Der Statutenentwurf einer Arbeitslosen-Unterstützungsordnung, den wir bereits veröffentlicht haben, sieht die Unterstützung der Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten gegen Arbeitslosigkeit und die Förderung der freiwilligen Mitgliedschaft einzelner Gemeindeglieder bei der von der Gemeinde eingerichteten Arbeitslosenunterstützungsstelle vor (§ 1). Nach § 2 kann jedes Mitglied eines Berufsvereins zu seiner Arbeitslosenunterstützung einen städtischen Zuschuß von 50 Proz. erhalten. Für die gemeindliche Arbeitslosenunterstützung sollen Wochenbeiträge von 20 Pf. für die 1. und 2. Lohnklasse und 30 Pf. für die übrigen Lohnklassen entrichtet werden und nach 52 Wochenbeiträgen kann bis zu 60 Wochenlagen Unterstützung von mindestens 1 M. pro Tag gewährt werden.

Ein weiterer Antrag Krons ersucht die Versammlung, zu beschließen:

„Einen städtischen Arbeitsnachweis unter Zugrundelegung des nachfolgenden Statuts und in enger Angliederung an die Nachbargemeinden zu errichten und die erforderlichen Mittel in den Etat 1911 einzusetzen.“

Nach dem Statutenentwurf soll der Arbeitsnachweis für alle Berufe und Betriebe (eingeschlossen der kommunalen) und auch für die Diensthöfen und Lehrlinge in Funktion treten, aus einem Allgemeinen Arbeitsnachweis und aus Facharbeitsnachweisen bestehen und von einem Hauptvorstand und Kuratorium verwalten werden. Die Arbeitsvermittlung soll unentgeltlich sein; die Kosten trägt die Stadt.

Die Beratung beider Anträge wird verbunden.

Stadtv. Dupont (Soz.): Es ist das erste Mal, daß sich die Versammlung bei einer aufsteigenden Konjunktur mit einem solchen Antrag beschäftigt. Man kann aber bei einer aufsteigenden noch nicht von einer günstigen Konjunktur sprechen; das geht aus den Ziffern des Reichsarbeitsblattes“ unüberleglich hervor. In der Eisenindustrie hat nach dieser Quelle im November 1910 die Konjunktur nachgelassen, in der Holzindustrie in fast allen Fächern sich weiter verschlechtert; im Bäckergewerbe kann die Lage nicht als günstig bezeichnet werden; von den Schuhmachern und von der Wäscheindustrie wird auch sehr ungünstig berichtet; auch die Tätigkeit im Baugewerbe hatte sehr nachgelassen. Die unglückselige Wirtschaftspolitik drückt ja gerade auf die Massen, und solange müssen wir uns immer wieder mit diesem Problem beschäftigen. Ich sage mit Vorbedacht „Problem“, denn eine volle Lösung wird auch hier nicht zu schaffen sein, was wir bringen, ist nur ein Weg zu dem gedachten Ziele. 1897 brachten meine Freunde zum erstenmal einen Antrag auf Maßnahmen zur Abhilfe der großen Arbeitslosigkeit ein; eine gemischte Deputation wurde eingesetzt und kam zu dem Ergebnis: Erweiterung des Obdachs um 500 Lagerstellen, Ermächtigung zur Erhöhung der Almosen und der Subventionen für Wohltätigkeitsvereine; es wurden 400 000 M. zur Verfügung gestellt. Es wurde damals wie später erst dann etwas getan, als das Feuer auf den Hageln brannte, so daß selbst der Bürgerliche der Bürgerlichen sich gedungen fühlte, etwas zu tun; unsere Anträge während der letzten Krise haben Sie meistens abgelehnt. Darum schlagen wir jetzt den Weg der Prophylaxe vor, die wie bei leidenden Personen auch bei leidenden Gesellschaftskörpern von hoher Bedeutung ist. Von den letzten 20 Jahren waren 9-10 Krisenjahre; und das wird sich wiederholen. Außer dem Hinweis auf die Armenpflege hatte man sich bisher begnügt, Notstandsarbeiten zu empfehlen. Erfolgreichere hat neuerdings der Magistrat von Schöneberg seinen Standpunkt geändert und an die Vertretung der Bürgerschaft eine Vorlage gebracht, mit der sich unser Antrag im Prinzip deckt. „Notstandsarbeiten im eigentlichen Sinne des Wortes“, sagt er, „sind in diesem Winter nicht annähernd zur Deckung des Bedürfnisses zur Verfügung“; er weist darauf hin, daß Erdarbeiten auch nicht allen Arbeitern zugemutet werden können, und auch unvirtschaftlich sind, weil sie um 50 Prozent teurer sind als unter normalen Verhältnissen. Diese Anschauungen scheinen mir unbedingt richtig; es kommt hinzu, daß immer nur ein ganz winziger Teil der Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden kann. Mit Armenunterstützung und Vergrößerung des Obdachs ist auch in Berlin der Arbeitslosigkeit nicht mehr beizukommen. Sobald in den Vorstädten Berlins ein anderer Boden gesüßt hat, sind wir verpflichtet, dem unfernerseits näher zu treten. 1909 waren in Berlin circa 233 000 freigeberisch organisiert Arbeiter; davon wohnten aber zwei Fünftel in den Vororten und arbeiteten dort, was ich hervorhebe, damit man nicht sofort wieder einen Scheid kriegt, wie vor zwei Jahren in der Kommission, wo man von 7 Millionen jährlichen Kosten sprach, eine Ueberreizung obliegt. Mit den Hirsch-Dunderschen und den Hirsch-Organisierungen kommen vielleicht im ganzen doch 200 000 organisierte Arbeiter in Betracht. Die Organisationen haben für die Arbeitslosigkeit 1909 zwei Millionen geleistet, außerdem an Armenunterstützung 50 000, an Krankenunterstützung über 1 Million, Sterbegeld 140 000, Invalidenunterstützung 130 000 und für besondere Notfälle 150 000, insgesamt circa 4 Millionen Mark in einem Jahre.

Das ist doch sehr beachtenswert. Es sind vielleicht noch Herren hier, die gleichwohl in diesen Organisationen nur Streikvereine sehen; für diese bemerke ich, daß die Ausgaben für die Verbesserung der Lohnverhältnisse, also für Streiks, Aussperrungen und Mahnregelungen 745 000 M. betragen.

Der Armenetat Berlins war 1909 belastet mit circa 10 Millionen, eine gewiß beachtenswerte Leistung; aber jene 4 Millionen sind mindestens ebenso beachtenswert. Wir wollen, daß 50 Proz. der Gewerkschaftsleistungen als Zuschuß von der Stadt gezahlt werden. Dabei bleibt ein Zuschuß der Gewerkschaft außer Betracht, auch eine Rücksicht unsererseits, um Ihnen die Annahme mindestens zu erleichtern. Bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage ist eine Erhöhung der Beiträge der Gewerkschaften ausgeschlossen, und da ist es wohl begreiflich, wenn wir an Sie ein Ersuchen stellen.

Von der preussischen Regierung ist nach der Richtung wenig zu erwarten; die Regierung greift ja bei Kulturzwecken nicht gern

in den eigenen Säckel, es sind dabei auch keine Geschäfte zu machen. Darum muß Berlin selbst der Frage näher treten, und es darf nicht auf dem rückschrittlichen Standpunkt stehen, daß deshalb nichts getan werden darf, weil dann vielleicht Elemente zufließen könnten, die auf die Unterstützung keinen Anspruch hätten. Ich halte ein Zustromen tüchtiger Arbeiter für einen Segen, nicht für ein Uebel. Es ist nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn über den Maßnahmen der Armenunterstützung hinaus etwas gewährt wird, was man als ein Recht auf Unterstützung bezeichnen könnte. In Preußen ist von Staats wegen keine Aussicht dafür; ergo müssen die Kommunen vorangehen. Das bayerische Scherzspiel, daß die Regierung etwas den Gemeinden empfiehlt, diese aber sagen, das sei Sache des Staates, dieses Spiel, welches die regierende Zentrumsparlei mit ihrem Dr. Heim dort treibt, wünschen wir für uns nicht. Vielleicht haben wir sogar im Reich eher die Arbeitslosenversicherung als in Preußen. Darum empfehlen wir Ihnen unsere Anträge zur genaueren Würdigung und bitten Sie um Ihre Zustimmung. Die von uns eingesehete gemischte Deputation hatte beschlossen, daß ein deutscher Städtetag sich mit dieser Frage befassen möge. Es war das vielleicht ein Verlegenheitsakt; immerhin hatte ich Hoffnung, daß ein solcher Städtetag baldigt berufen würde. Inzwischen kam die etwas bessere Konjunktur, und jetzt scheint das nicht mehr zu eilen. Wenn wir es aber ernst meinen, dürfen wir nicht bis zur nächsten Krise warten. Es sollte auch eine Aussprache der Gemeinden Groß-Berlins über die Frage stattfinden. Sie hat stattgefunden, aber herausgekommen ist lediglich, daß man das Material austauschen will. Vielleicht ist das inzwischen geschehen. Schöneberg aber hat nicht gewartet, sondern frisch zugegriffen, mit Hilfe der liberalen Mehrheit und angetrieben durch die sozialdemokratische Fraktion. Hier genügt es uns nicht, gewollt zu haben; darum haben wir Ihnen etwas Arbeit abgenommen und Ihnen eine Vorlage gemacht. Statt Arbeitslosenversicherung haben wir absichtlich Arbeitslosenunterstützung gesetzt; es kommt ja faktisch auf dasselbe heraus, bewahrt uns aber vor gewissen staatsanwaltlichen Gefährten, die Gewerkschaften unter das Versicherungsgesetz zu stellen und sie daraufhin zu drangsaliieren. Die Unterstützung kann geleistet werden; ein kluges Recht ist damit ausgeschlossen. Aus der gemischten Deputation, die vor zwei Jahren eingesetzt wurde, haben wir nur wenig im „Kommunalblatt“ erfahren, u. a., daß Stadtrat Fischbeck sich dort gegen eine solche städtische Einrichtung geäußert hat. Es sei unmöglich, für Berlin eine solche Versicherung einzuführen. Die Schwierigkeiten seien für Berlin unüberwindbar.“ Wir sind ja vorwärts gekommen, aber nur Schritt für Schritt, und befände die Sozialdemokratie nicht eine solche Lebenskraft, so hätten wir wohl schon manchenmal die Lust verloren. Deshalb kommen wir auch mit diesem neuen Vorschlag; es ist nicht wahr, daß die Sache für Berlin unmöglich ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Burm (Soz.): Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis bedingen einander; wir müssen bei städtischer Arbeitslosenunterstützung auch einen Arbeitsnachweis haben, auf den die Stadt selbständigen Einfluß hat. Was wir verlangen ist nicht neu. Schon vor 88 Jahren ist in Berlin ein städtischer Arbeitsnachweis verlangt worden; schon 1824 erscholl dieser Ruf, verhallte aber, und trotz vielfacher späterer Anregungen geschah bis 1892 in Berlin auf diesem Gebiete nichts. 1893 kam der erste Antrag meiner Fraktion auf Einführung eines städtischen Arbeitsnachweises. Trotzdem es in der Ära der Hochflut der Sozialreform war, wanderte der Antrag mit 47 gegen 33 Stimmen auf Antrag Spinola in den Papierkorb! 1894 machten die Gewerkschaften eine Eingabe, gez. Goldschmidt (unser jetziger Kollege), worin der Arbeitsnachweis für die Berufsorganisationen in Anspruch genommen, eventuell verlangt wurde, daß diese in der Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises vertreten seien. Inzwischen hat man eingesehen, daß sozialpolitische Kämpfe und Arbeitsnachweisforderung nicht veräußert werden sollte. Der inzwischen eingerichtete paritätische Zentralarbeitsnachweis hat eine allmählich gesteigerte Subvention von der Stadt erhalten. Wenn wir jetzt fordern, diesen Zentralarbeitsnachweis durch die Stadt selbst verwalten zu lassen, so hat sich auf diesen Standpunkt auch der Kollege Kelle gestellt. In seinem letzten Bericht hat nun der Direktor des Arbeitsnachweises Dr. Freund bereits gegen unseren Antrag polemisiert; in Uebereinstimmung mit dem Räumlicher führt er aus, daß die Verwaltung dann weit teurer und schlechter werden würde. Wir glauben lehteres nicht, denn wir wünschen nicht einen bürokratischen Arbeitsnachweis, sondern einen solchen, der paritätisch unter Hinzuziehung von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern unter städtischer Aufsicht arbeitet. Deswegen haben wir einen Entwurf vorgelegt, der die wesentlichen Grundlinien für eine solche Organisation bieten soll. Eigentlich ist es ja Aufgabe des Magistrats, mit solchem detaillierten Entwurf an uns zu kommen; da das nicht geschehen ist, haben wir zeigen wollen, daß wir schließlich auch den Juristen des Magistrats zeigen können, wie diese Grundlinien beschaffen sein sollen. In der Ausschuhberatung werden wir uns darüber einigen können.

Die gemischte Deputation war seinerzeit nur eine Veranstaltung für ein Begräbnis erster Klasse. In diesem Sinne hat die Deputation auch das Vertrauen der Mehrheit gerechtfertigt. Wollen wir ohne Verschleppungstatistik zum Ziele kommen, dann müssen wir die Frage in einem Ausschuh weiter erörtern. Daß der Zentralarbeitsnachweis 20 Pf. Gebühr erhebt, ist doch ganz ungebührlich und ein schreiendes Unrecht, denn das verhindert ja oft geradezu den Zweck des Nachweises. Wird die Gebühr aufgehoben, dann muß Berlin statt 40 000 M. Subvention einige 80 000 M. geben, sonst ist der Verein morgen früh alle. Da die Gemeinde unter allen Umständen schließlich auch bei einem Staatsgesetz die Kosten aufgebürdet bekommt, so halten wir dafür, daß wir so lange nicht warten sollen. Die Zahl der städtischen Arbeitsnachweise ist in steilem Steigen begriffen. Scheinbar verdient größere Beachtung das Motiv des Dr. Freund, es sei dem privaten Nachweis leichter, in den Vororten Filialen zu errichten, als diesem Berliner städtischen Arbeitsnachweise. Chorlottenburg, Schöneberg, Rixdorf haben aber bereits städtische Nachweise; es ist also eine Kleinigkeit für Berlin, mit diesen zusammenzuarbeiten; und dann bleibt doch offensichtlich die Entwicklung nicht stehen, sondern geht auch auf diesem Gebiet in den anderen Vorortskommunen vorwärts. Unser Antrag wird ja auch gleichzeitig in allen Vorortsgemeinden Berlins von meinen Freunden eingebracht werden. Ueber Kompetenzstreitigkeiten und über die Aufforderung der Mittel brauchen wir uns den Kopf wirklich nicht zu zerbrechen. In der Auffassung, daß der Ruf nach Kommunalisierung des Arbeitsnachweises aus der Forderung der Unentgeltlichkeit entspringt, hat Herr Dr. Freund ganz recht. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes haben die Arbeiter zunächst für nötig und nützlich gehalten, den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu nehmen; diese Auffassung hat sich aber modifiziert, und der Gedanke der paritätischen Arbeitsnachweise hat sich durchgesetzt. Die Arbeiter sind bereit, alle ihre Nachweise aufzugeben, sofern ein städtischer geschaffen wird; ob die Unternehmer ebenso bereit sind, wissen wir nicht; sie bemühen ja ihre Arbeitsnachweise zu ihren besonderen Zwecken und haben es dahin gebracht, daß sie den wirtschaftlichen Streit verschärfen, die Streiks vermehren. Auf diesen schwarzen Fleck in unserem heutigen Wirtschaftsleben müssen wir hinweisen, daß die Unternehmer sich mit ihren Nachweisen öffentlich als Friedensvermittler hinstellen, während sie in Wirklichkeit Unfrieden stiften und die Arbeiter quälen. (Unruhe.) Was für einen gut geleiteten Arbeitsnachweis ausgedenkt wird, wird an Armenunterstützung und Verelendung gepart. Ich beantrage Ueberweisung unserer Anträge an einen Ausschuh von 15 Personen. (Beifall bei den Soz.)

Es geht ein Antrag Kettich ein, die Anträge an die erwähnte gemischte Deputation zu verweisen.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Diese überaus wichtige Frage kann nicht einseitig von der Versammlung entschieden werden. Ich stimme den Begründern der Anträge in diesem Teil, muß aber doch bekennen, daß der Einfluß der großen Gewerkschaften auf den Arbeitsnachweis manchmal auch keinen anderen Charakter trägt als den der Ausnutzung zu politischen Zwecken. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Redner verweist auf Vorgänge im Berliner Holzgewerbe und in der Jalouiefabrik von Freese. Er setzt dann auseinander, daß eine Zentralisierung des gesamten Arbeitsnachweises schon räumlich unmöglich sein würde und man wieder zur Errichtung von Filialen würde greifen müssen. Zur Arbeitslosenversicherung wiederhole ich die Frage, ob der Städtetag demnächst damit befaßt werden wird. Ueber die Kostenfrage hat sich Herr Dupont ausgesprochen. Die Leistung der Organisationen dafür darf gewiß gerühmt werden. Man kann aber nicht ohne weiteres Schöneberg als Beispiel für Berlin anführen. Schöneberg mit 175 000 Einwohnern gibt 15 000 M.; nach diesem Maßstab kämen rund 200 000 M. für Berlin heraus. In Berlin ist das Verhältnis des Proletariats zur Gesamtzahl aber viel größer als anderswo und als in Schöneberg; die Sache würde also teurer werden; aber wäre sie mit einigen hunderttausend Mark durchzuführen, so würde sich Berlin darum ein großes soziales Verdienst erwerben. Die Unorganisierten sollen mitberücksichtigt werden, aber nach dem Antrag Krons ginge das nur mit dem Organisationszwang, und ich möchte doch an der Koalitionsfreiheit festhalten. Die Gemeindefasse würde sich auch kaum halten können.

Stadtrat Fischbeck: Die Angriffe gegen die Verschleppungstatistik des Städtetages sind ungerochtfertigt. Der Antrag bezüglich der Arbeitslosenunterstützung will ja nur denen etwas geben, die ohnehin etwas bekommen, während die große Masse derer, die wirklich Not leiden und eventuell der Kommune zur Last fallen, leer ausgehen würde. Der Vorstand des Städtetages hat einen Ausschuh für die Frage eingesetzt, dem Herren aus allen Teilen Deutschlands angehören. Die Referenten haben Befehle aufgestellt, die in den nächsten Wochen an den Vorstand kommen werden, so daß dann die Sache für einen Städtetag gründlich vorbereitet sein wird. Die Frage ist außerordentlich kompliziert, und ernste Sozialpolitiker sind der Meinung, daß das Vorgehen von Strahburg und Schöneberg der einheitlichen Regelung, der Regelung von Reich wegen, nur schaden kann.

Stadtv. Kettich (A. L.): Es wird zu prüfen sein, ob sich die Verhältnisse seit 1908 schon so geändert haben, daß man den Vorschlägen näher treten muß. Auf die Arbeitgebernachweise sind ganz unbegründete Vorwürfe gehäuft worden. (Beifall und Widerspruch.) Schöneberg kann für uns nicht maßgebend sein. Wenn Sie Schöneberg ein Jahr Karenzzeit bewilligten, warum Berlin nur ein halbes? Berlin geht man eben immer schäfer zu Leibe. Im Punkte des Sparens sind wir auch anderer Meinung als die Antragsteller.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Neues in der Sache zu sagen, ist nicht leicht. Ich schließe mich dem Antrage Kettich an. Es hat wirklich keinen Zweck, diese so schwierige Frage immer an mehreren Stellen zugleich zu behandeln. Auch aus dem Ausschuh würde nichts herauskommen als der Antrag auf Ueberweisung an die gemischte Deputation. Die Antragsteller haben sich die Statuten doch gar zu leicht gemacht; auch die Grundgedanken sind nicht recht akzeptabel. Bieviel Prozent oder Promille der Nichtorganisierten werden sich der Sache bedienen? Niemand. Dieser Teil des Statuts ist eben nur Ausschuhgeschäft; die Stadt soll nur den freien Gewerkschaften dauernd unter die Arme greifen. Eine solche soziale Frage läßt sich für eine einzelne Stadt wie Berlin nicht lösen, unter den heutigen politischen Verhältnissen in Preußen am allerwenigsten. Wie kommen wir dazu, uns zur Erfüllung einer Aufgabe zu drängen, die zweifellos keine kommunale, sondern eine Aufgabe des Reichsganges ist?

Von dem Stadtv. Dupont u. Gen. ist beantragt, die gemischte Deputation um 6 Mitglieder und 3 Magistratsmitglieder zu verstärken.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-Fortshr.) stellt sich auf den Boden der Auffassung, daß diese Aufgabe gerade von den Kommunen in Angriff genommen werden kann und muß. Vom Reichstage und von den Agrariern sei doch ohnehin nichts zu erwarten. Berlin wäre bald im schweren wirtschaftlichen Nachteil, wenn außer Schöneberg noch andere Vororte mit der Einrichtung vorgingen. Hausbesitzer und Arbeitgeber wären gleichmäßig daran interessiert, daß ein solcher Zustand vermieden werde. Auch höhere Kosten als 200 000 M. könnten im Hinblick auf das Endziel nicht vom Verstande abhelfen. Eines schönen Tages werde übrigens die Stadt auf den Zentralarbeitsnachweis die Hand legen; beide Fragen solle man aber nicht verpöppeln. Zur Förderung der Materie empfehle ich doch ein Ausschuh.

Stadtv. Berger (A. L.) weist die Angriffe Burms auf die Arbeitgebernachweise zurück. Die Arbeiter seien damit zufrieden; die Unternehmer mühten sich den Terrorismus der verhehrenden Sozialdemokratie zu erwehren. (Unruhe.)

Der Antrag auf Ausschuhberatung wird zurückgezogen.

Stadtv. Glöde (Soz.): Nach dem Gang der Beratung ergibt sich ja bereits die Aussichtslosigkeit unseres Antrages; aus der gemischten Deputation wird nichts herauskommen, als daß man unsere Anträge als undurchführbar bezeichnen. Stadtrat Fischbeck hat sich seine Aufgabe hier ebenso leicht gemacht wie in der gemischten Deputation. — Immerhin müssen wir ja mit der Verweisung an diese einverstanden sein. Die Stadt muß wie für die Kranken, Schwachen und Siechen, die nicht arbeiten können, auch für diejenigen sorgen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können (zunehmende Unruhe). Die ganze wirtschaftliche Entwicklung drängt darauf hin. Ueber den Arbeitsnachweis sind ganz eigenartige Auffassungen von den Herren Kettich, Berger und Goldschmidt vorgetragen worden. Auf dem Leipziger Arbeitgeber-Verbandsstag ist der Zweck der Arbeitgebernachweise wohl genügend beleuchtet worden. In München wurde 1908 direkt ausgesprochen, daß sie dem Zweck der Ueberwachung dienen sollen, die das wirksamste Kampfmittel der Arbeitgeber bildet. Der städtische Arbeitsnachweis ist eine Notwendigkeit. Die Verstaatlichung ist schon deshalb notwendig, weil wir bereits jetzt zu dem paritätischen den größten Teil der Kosten beitragen. Wenn Herr Goldschmidt auf den Holzarbeiterarbeitsnachweis zu sprechen kam, so ist dieser Nachweis ein Teil des Vertrages zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Holzindustrie; er ist ein obligatorischer Arbeitsnachweis und muß auch die Bestimmungen enthalten, daß auch die Arbeitgeber von diesem Nachweis beziehen sollen und von keinem anderen beziehen dürfen, abgesehen von ganz bestimmten Ausnahmen. Diese letztere Bestimmung ist daher modifiziert, daß, wer durch die Zeitung sucht, nach dem Nachweis gehen muß, um sich eine Beschneidung zu holen; dabei hat auch ein Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mitgewirkt. Daß jemand, der anderswo angefangen hat, eventuell dort aufhören muß, ist auch mit Zustimmung des Vertreters der Hirsch-Dunderschen beschlossen worden. Wenn Goldschmidt auf Freese anspielt, so hat Freese den Nachweis anerkannt, so lange er im Verband der Jalouiefabrikanten war, dann ist er ausgetreten. Die Differenz liegt hier in ganz anderen Punkten, als Herr Goldschmidt erwähnt hat. Der Arbeitsnachweis für die Holzindustrie hat auch bereits die Zentralisierung der Arbeitsvermittlung über Groß-Berlin bis nach Stralitz hin; wir verhandeln auch schon mit den Rixdorfer Behörden, um auch dort möglichst diese Zentralisierung durchzuführen.

Stadtv. Goldschmidt: Es bleibt bestehen, daß der große Verband der Holzarbeiter, der angeblich keinen Terrorismus übt, in

**Berlin keinen Arbeiter, der nicht dort organisiert ist, aufkommen läßt.** (Aufe bei den Sozialdemokraten: Unwahr! Beweis!) Es ist ein durchaus unbilliges Verlangen, die so zahlreichen Fälle einzeln anzuführen. Auf dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße tritt man immer an unsere Kollegen heran mit der Bemerkung: „Wenn Du Arbeit haben willst, komm erst in unsere Organisation!“ Ueber die Vorgänge der Freie bin ich sehr gut unterrichtet. Die Freiheit der Arbeiter, sich ihre Organisation zu wählen, muß gewahrt werden; dazu brauchen wir keine Ausnahmegerichte, sondern freientende Arbeiter und freientende Arbeitgeber, die die persönliche Freiheit des Arbeiters wahren!

Damit schließt die Debatte.  
**Stadtd. Burm:** „Wenn man nicht widerlegen kann, fängt man den Terrorismus an.“ (Heiterkeit und große Unruhe.) Wir schlagen Ihnen eine völlig unparteiische Institution vor; Sie erzählen uns eine Geschichte von Terrorismus, die Sie nicht einmal beweisen können. Ich habe mich vorher auf Altmaterial gestützt bei meinen Behauptungen über den Terrorismus der Arbeitgeberverbände. Wenn die Sperren jetzt nicht mehr so oft von ihnen ausgingen, so liege das an der ergiebigeren Wirkung der Arbeiterkrisis (Heiterkeit); sie seien aber trotzdem als geheime Vereine gefährlich — das ist auch von bürgerlicher Seite bekräftigt worden. Daß im Kampf herüber- und hinübergehoben wird, brauche ich nicht erst zu erzählen. Kollege Berger hat selbst den besten Beweis dafür geliefert, wie er sich die Unparteilichkeit denkt: Wenn bei seinem Verbands 80 Prozent Inorganisierte vermittelte werden, so beweist das, daß er andere überhaupt nicht vermittelte, sondern hinauswimmelt. Sie ziehen diese Dinge an den Haaren herbei, weil es Ihnen unbequem ist, daß wir einen städtischen Nachweis fordern. Wer sich so sehr über den Terrorismus entzündet, mag den Ruf des Herrn Rahardt und seiner Innungsmeister lesen, die die Ausweisung gallscher Tischlermeister verlangen, die ihnen Konkurrenz machen. (Süßl hört! bei den Sozialdemokraten. Unruhe.)

**Stadtd. Dupont:** Herr Goldschmidt, Ihre Position ist in dieser Versammlung gewiß eine sehr unangenehme; Sie sind Vertreter einer Arbeiterorganisation und Mitglied einer Fraktion, die auf ganz anderem Standpunkte steht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sagen nach wie vor, die Kommunen können in dieser Frage in Deutschland sehr viel tun. Die gemischte Deputation soll prüfen, ob die Kommune den Gedanken durchführen kann; die Reichsversicherung geht uns hier absolut nichts an. Herr Kommissar, unsere Vorlage sei nur Dekoration. Es steht bei Ihnen, unsere Vorlage zu verbessern. Eine Kommission des Stadttages soll sich mit der Sache befassen haben; sehr gut! In die Presse ist nicht viel davon gedrungen. Gerade hier bei diesem Problem hätten die Budgetierten am meisten zu leiden, heißt es; die bekamen nichts. Bei der Reichsversicherung ist das doch genau das Gegenteil. Alles das heißt doch nur: wir wollen nichts machen. Erfreut bin ich darüber, daß man sich wenigstens mit der Sache befaßt; früher war das nicht der Fall. Stimmen Sie dem Antrag auf Verstärkung der gemischten Deputation zu.

Der Antrag auf Verstärkung der gemischten Deputation wird angenommen und darauf die Verweisung der Anträge an diese gemischte Deputation beschlossen.

Nach Erledigung einiger Gegenstände von untergeordnetem Interesse schließt die öffentliche Sitzung um 10 Uhr.

## Aus der Frauenbewegung.

### Das Amazonenkorps des Reichsverbandes.

Der Deutsche Frauenbund will keine Schutztruppe der Reaktion im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sein. Gleich und (vergl. Nr. 298 des „Vorw.“ 1910) hatte auch die bürgerliche Zeitschrift „Die Frauenbewegung“ auf Grund der halberständlichen Vorläufige festgestellt, daß der Deutsche Frauenbund unter falscher Flagge segelt, wenn er vorgibt, unpolitisch zu sein. Der „Frauenbewegung“ ging darauf vom Deutschen Frauenbunde eine Berichtigung zu, die in Wirklichkeit nicht berichtigt. Sie stellt nur fest, daß dem Herrn von Brochmann, der für den unpolitischen Bund so kompromittierende Versicherungen in Halberstadt tat, von der Geschäftsführerin wörtlich folgendes erwidert wurde:

Es ist hier wiederholt von der Sozialdemokratie in Verbindung mit dem „Deutschen Frauenbunde“ die Rede gewesen. Ich möchte daher, um Irrtümern vorzubeugen, ausdrücklich erklären, daß der Deutsche Frauenbund nicht beabsichtigt, an dem Kampfe der Männer gegen die Sozialdemokratie teilzunehmen.

Der Herr glaubt, kriegt einen Taler! Noch ist ein an den verflochtenen Reichsangler v. Bülows gerichteter Brief in frischer Erinnerung, in dem der Bund seine Hilfe zur Bekämpfung des Unruhiges andot. Und kürzlich erst hat das Bundesorgan anlässlich der Einrichtung eines Bezirkes in Brandenburg als „wichtigsten Hauptzweck“ des Bundes erklärt: „Aufklärung zu verbreiten über die Irrtümer, Verheerungen und Gefahren der Unruhpartei“. Na also! Jedenfalls ist es um die politische Ehrlichkeit des Bundes ebenso windig bestellt, wie um seine Neutralität.

### Zur Frauenwahlrechtsfrage in Dänemark.

Das dänische Folkething hat sich in der verflochtenen Woche vier Tage lang mit den Verfassungsänderungen befaßt, die den Frauen und auch den Dienstleuten das staatsbürgerliche Wahlrecht bringen sollen, sowie mit dem Gesetzentwurf über eine neue Wahlkreiseinteilung, deren Durchführung von der Verfassungsrevision abhängig gemacht wird. Gleichzeitig stand der sozialdemokratische Vorschlag auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zwecks Durchführung einer gründlichen Demokratisierung mit Abschaffung des Zweiklassen- und Privilegiertenwahlrechts zum Landthing und Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter zur Verhandlung. In den langen und lebhaften Debatten zeigte es sich, daß die Regierung, wie auch schon ihre Vorschläge erkennen lassen, vorläufig nicht die Absicht hat, an der Zusammenfassung des Landthings irgendwie zu rütteln, ja sie scheut sich, wie aus einer Äußerung des Ministerpräsidenten hervorging, auch davor, das Landthing samt den 12 vom König ernannten Mitgliedern aufzulösen, obwohl dieser Schritt zur Durchführung einer demokratischen Verfassungsänderung notwendig werden wird. Daß das Frauenwahlrecht eingeführt werden soll, darüber sind sich ja ziemlich alle Parteien einig, nur mit dem Unterschied, daß die Konservativen, die allerdings im Folkething sehr schwach vertreten sind und unter sich uneinig sind, aber im Landthing die Mehrheit haben, ein beschränktes Frauenwahlrecht haben möchten. Wenigstens erklärte einer ihrer Vertreter: „Ich bin durchaus kein Gegner des Frauenwahlrechts, aber ich bin Gegner der Ausdehnung, in der es hier durchgeführt werden soll.“ Der Redner wünschte Untersuchungen über die Wirkungen des Frauenwahlrechts in anderen

Ländern, wo es besteht, ähnlich wie sie die schwedische Regierung schon seit Jahren veranstaltet, ohne der Lösung der Frage näher zu kommen. Er meinte, es gäbe noch zu viele in politischer Hinsicht unentwickelte und kenntnislose Frauen, die wie Wachs in den Händen durchtriebener Agitatoren wären. Unser Parteigenosse Borgbjerg zerprühlte dies Gerede und jagte spottend, daß das vielleicht auf die „Kanonentfrauen“ zutreffe, womit die Damen gemeint sind, die sich vor den Bogen der nordspatrischen Militaristen spannen lassen. Im übrigen gäbe es auch Frauen, in deren Händen gewisse Männer wie Wachs seien. Der konservative Redner wollte natürlich nur die Frauen als kennntnisreich ansehen, die für die Konservativen zu haben sind, und diejenigen als unwissend, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. — Die verschiedenen Entwürfe wurden schließlich einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 16. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eduard Bellant. — Das französische Drama und die französische Poesie im achtzehnten Jahrhundert vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung. Von G. Fleckmann. Aus dem Russischen von Dr. Jenny Herzmant. — Praktische Kolonialpolitik. Von John A. Halem. — Karl Kautsky als Bevölkerungsökonom. Von Ludwig Duester.

Witterungsübericht vom 19. Januar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand man Wind Richtung	Wetter	Temp. in C. in G. in F.	Stationen	Barometer Hand man Wind Richtung	Wetter	Temp. in C. in G. in F.
Stromende	767 mm	5 Dunst	5	Kaparanda	755 mm	Rebel	-13
Damburg	773 mm	5 bedeckt	6	Petersburg	756 mm	2 bedeckt	-7
Berlin	769 mm	4 bedeckt	7	Sibir	780 mm	6 bedeckt	6
Frankfurt	776 mm	3 bedeckt	2	Aberdeen	774 mm	1 wolkenl	0
München	778 mm	5 bedeckt	1	Paris	779 mm	1 bedeckt	0
Wien	770 mm	5 bedeckt	3				

Wetterprognose für Freitag, den 20. Januar 1911.  
 Mild und teilweise aufklarend, vorwiegend frühe und neblig mit leichten Regenschauern und lebhaften westlichen Winden.

### Briefkasten der Redaktion.

**E. J. 22.** Ja, 48-50. — **E. S. Wittenberg.** Nein. — **B. W.** Ein solcher Brief ist uns nicht bekannt. — **F. S. 36.** Fragen Sie bei dem Vorstand der Gemeindefreier, Engelstr. 15, an. — **G. S. 1880.** Kommando der Feuerwehr, Lindenstr. 41. — **Guard.** 19. Kai. — **M. 38.** Halten Sie bei G. Redn, Wiener Str. 13 III, Vorkhender des Schwimmvereins Sreedort, nachfrage. — **Cur 113.** 1 u. 2. Der Zeitpunkt der Auslegung der Wahlrechte ist maßgebend. 3. Ja, falls Sie in der Wählerliste stehen. — **F. S. 23.** Sie müssen bei der Erhaltungskommission Genehmigung nachsuchen. Im übrigen halten Sie bei dem Polizeibureau, Unter den Linden 8, nachfrage. — **L. 50.** Hausbesitzer vom Polizeipräsidium. — **G. R. 333.** 1. Nein. Der Vater oder Vormund. Sie können sich aber denotwendigen lassen. 2. Das läßt sich nur nach Kenntnis des Tatbestandes beurteilen. 3. Nein. — **Fr. R. 223.** Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 12-15. Dort muß die Anmeldung unter Angabe Ihrer Personalien erfolgen. Sie bekommen dann eine Vorladung. — **L. W. 70.** Lassen Sie sich schriftlich den Anspruch zum Eigentum abtreten. — **D. S. 64.** Eine Verpflichtung besteht nicht, wohl aber die Berechtigung. Stellen Sie einen Antrag. — **A. 2. Ja.**

Vom 17. Januar, nachts 10<sup>1/2</sup> Uhr, entlich nach kurzen, schweren Leiden an den Folgen einer Operation meine innigstgeliebte Frau, unsere bergensgute Mutter, Schwiegertochter und Schwester

**Pauline Brusckhe**  
geb. Neumann  
im Alter von 33 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten  
der liebttrauende Gatte  
Otto Brusckhe nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 1<sup>1/2</sup> Uhr,  
vom Trauerhause Eibauer Str. 22  
aus nach dem Zentral-Friedhof in  
Friedrichsfelde statt. 2735b

**Sozialdemokratisch. Wahlverein  
Nieder-Barnim.**  
Bezirk Rummelsburg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der  
Herrnhandler

**Heinrich Leske**  
Rantstr. 12  
im Alter von 26 Jahren am Dienstag, den 17. d. M., verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 20. Januar, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Gemeindefriedhofs, Rüststraße, aus statt. 8/1

Die Bezirksleitung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
für den  
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Stralauer Viertel.**  
Bezirk 351, Teil II.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Genossin, Frau

**Pauline Brusckhe**  
Eibauer Str. 22  
gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 1<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause  
aus nach dem Zentral-Friedhof in  
Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung ersucht.  
215/11 Der Vorstand.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der  
Herrnhandler

**Eduard Richter**  
am 18. Januar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des  
Parochialfriedhofes in der Bog-  
hagener Straße aus statt.  
77/18 Die Ortsverwaltung.

Am Dienstagabend verschied  
unser Vater und Großvater

**Wilhelm Klink**  
im 80. Lebensjahr. 2736b

Im Namen der Hinterbliebenen  
Mag Klink nebst Familie.

Die Beerdigung findet Sonntag,  
nachmittags um 1<sup>1/2</sup> Uhr,  
von der Leichenhalle des Friedrichs-  
Friedhofes, Mariendorfer Weg,  
aus statt.

Allen Verwandten, Freunden  
als auch Bekannten die traurige  
Nachricht, daß am Dienstag, den  
17. d. M., nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr,  
meine innigstgeliebte Frau, unsere  
gute Mutter

**Pauline Seelisch**  
nach langen schweren Leiden (ausl)  
entschlafen ist. 2729b

Dies zeigt mit der Bitte um  
stille Teilnahme an

**Wilhelm Seelisch  
nebst Kindern.**

Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr von der Halle  
des Philipp-Lippsal-Kirchhofes,  
Rücker-Eds-Straße aus statt.

Am Dienstag, den 17. Januar,  
entschlief plötzlich nach kurzem  
Leiden unsere innigstgeliebte  
Tochter

**Selma Schüler**  
im 18. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzvoll an  
die trauernden Hinterbliebenen  
**Oskar Schüler und Frau  
nebst Kindern.**

**Otto Fröhlich.**  
Berlin, den 17. Januar  
Dürrenstr. 14.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, 21. Januar, nachm.  
3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Halle des Paul  
Herbardt-Kirchhofes in Nordend  
aus statt. 27442

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Sohnes **Otto Geidel** allen  
Verwandten und Freunden meines  
Sohnes meinen herzlichsten Dank.  
Wolfgang Geidel nebst Frau.

**Dankfagung.**

Für die liebevolle Teilnahme und  
die zahlreichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung meiner leider zu früh  
verstorbenen lieben Frau, unserer  
lieben Mutter sagen auf diesem Wege  
allen unseren herzlichsten Dank.

**Wilh. Milow  
nebst Kindern.**  
2730b

**Frack** Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 115/1, a. Crang.  
Tor. Weg. Frack, Gehrock  
1,50, Hose 1,00, Stiefel 50 Pf.

**Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfinnen**  
Freitag, den 20. Januar 1911, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den „Zophien-Festsälen“, Zophienstraße 17/18  
(an der Rosenhalestraße):

**Oeffentliche Versammlung.**

Tagesordnung: Der Kampf um das Kaufmännische Gericht. Referenten: Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn und Kollege Martin Meyer. Aussprache.

Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfinnen! Am 12. Februar d. J. finden die Wahlen zum Kaufmännischen Gericht Berlin statt. Die Zusammenfassung des Gerichts ist für alle Angestellten von weittragender Bedeutung. Erscheinen Sie in der Versammlung und dokumentieren Sie damit, daß Sie von der Wichtigkeit der Kaufmännischen Gerichte durchdrungen sind. Mit kollegialem Gruß  
Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin.  
A. U.: Otto Urban, Neue Königstraße 36.

**Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (E. V.)**  
Wallstr. 89, II.

**Oeffentliche Versammlung**  
am Freitag, den 20. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in „Kellers  
Festsälen“, Köpenicker Str. 29:

Vortrag des Herrn Prof. Brunner-Pforzheim:  
„Die Familie im Kampf gegen die Schundliteratur.“  
Hierauf freie Aussprache. [27015\*] Eintritt unentgeltlich.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-  
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Achtung!  
Zehrlinge u. jugendliche Arbeiter  
der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal  
im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Zehrlinge und  
jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der  
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Zehrlinge  
auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

**Montag, den 23. Januar 1911:**  
**Mitglieder-Versammlungen**  
Tages-Ordnung: 77/17

1. Vortrag.
2. Wahl der Delegierten für die General-Versammlungen.
3. Verbandsangelegenheiten.

Alle Mitglieder müssen in diesen Versammlungen erscheinen.

**Stoff-Reste**  
Tuchlager Gertraudenstr. 20/21,  
Hinter der Petzkirche.

Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume Alexanderstr. 12:  
Billiger reeller

**Räumungsverkauf**  
von  
**Arbeiter-Berufskleidung!**

Große Vorteile für jeden Käufer.  
Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen  
Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.

**Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.**  
Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.

Kranken- und Sterbefälle aller  
gewerblichen Arbeiter f. Schöne-  
berg und Berlin.  
(Eingefriedete Hiltstraße 115)

Sonntag, den 29. Januar 1911,  
vormittags 10 Uhr, in den neuen  
Rathauskeller (Großhof), Wöllinger  
Straße 8 (Kammer):

**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Näherer  
Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des  
geleiteten Vorstandes. 4. Verschiedene  
Angelegenheiten. 288/1\*

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreiches und pünktliches Er-  
scheinen der Mitglieder ersucht  
Der Vorstand.  
F. K.: Gustav Jaenicke.

**Verband der Sattler und Portefeuller.**  
Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung! Gruppenversammlung Achtung!**  
für Hauschulnweg, Adlershof und Umgegend

Sonntag, den 21. Januar 1911, im Lokal von Erbe, Baum-  
schulnweg, Baumschulnstraße, Ecke Gensstraße.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Weinschild über: „Klassenkämpfe  
in alter und neuer Zeit.“  
2. Wahl eines Vertrauensmannes.  
3. Verschiedenes. 156/4

Zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**„Silesia-Bad“**

11242\* Schlesische Str. 31  
Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume Alexanderstr. 12:  
Billiger reeller

**Räumungsverkauf**  
von  
**Arbeiter-Berufskleidung!**

Große Vorteile für jeden Käufer.  
Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen  
Extra-Rabatt bis zu 25 Proz.

**Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.**  
Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, den 20. Januar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Einförmige  
Königl. Schauspielhaus. Wallen-  
stein's Tod.  
Neues königl. Opernhaus.  
Deutsches Haus.  
Kammerstücke. Komödie der  
Verzungen. Heirat wider Willen.  
(Anf. 8 Uhr.)  
Römische Oper. Liebeli.  
Anfang 8 Uhr.

Zeffing. Anatol.  
Kleines. Die verführten Frauen-  
zimmer. 1. Klasse. Varietè.  
Neues Opernhaus. Die schöne  
Räuberin.  
Neues Schauspielhaus. M.  
Heldberg.  
Berliner. Bummelstudenten.  
Westen. Das Puppenmädchen.  
Neues. Der G. m. b. H.-Tenor.  
Trianon. Geflohen.  
Walden. Der Unterpräfekt.  
Thalia. Polnische Wirtschaft.  
Schiller u. Schiller Theater.  
Der Himmel auf Erden.  
Schiller-Charlottenburg. Der  
Bund der Jugend.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Die Erbtante.  
Lustspielhaus. Der Feldherrn-  
hügel.  
Ausstellungstheater. Neues.  
Luisen. Die Hosen des Herrn  
v. Bredow.  
Modernes. Das glückliche Gesicht.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Rote. Don Carlos.  
Gerrardsfeld. Eine verlorene Nacht.  
Er, Sie und Er.  
Volkstheater. Der Freischütz.  
(Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Folies Caprice. Der Feldwebel-  
hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Metropol. Surra - Wir leben  
noch!  
Kasino. Julie Wippen.  
Apollo. Spezialitäten.  
Vasage. Spezialitäten.  
Boigt. Der Erbsüßler.  
Reichshallen. Berliner Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Sandsouci. Wie werde ich reich?  
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Bravo! Da Capo! (An-  
fang 8 1/2 Uhr.)  
Wedding. Abgründe.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Urania. Tautenkranz 48/49.  
Abends 8 Uhr: Von San Remo  
nach Florenz.  
Hörsaal abends 8 Uhr: Konstrukt-  
Ingenieur A. Kessner: Die  
Stahlwerkindustrie.  
Sternwarte. Funkenstr. 57-62.

Lessing-Theater.  
Freitag 8 Uhr: Anatol.  
Sonnabend 8 Uhr: Die Ratten.  
Sonntag 8 Uhr: Die versunkene Glocke.  
Berliner Theater.  
Heute: Bummelstudenten, 8 Uhr.  
Morgen: Bummelstudenten.  
Neues Theater.  
Der G. m. b. H.-Tenor.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieselbe Vorstellung.  
Theater des Westens.  
8 Uhr: Das Puppenmädchen.  
Mittw. u. Sonnab. 4 Uhr: Rotkäppchen.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.  
Modernes Theater  
(früher Hobbeltheater).  
Abends 8 Uhr:  
Doppelmensch.  
Berliner Volksoper  
Selle-Alfanzstraße 7/8. - 1/2 Uhr:  
Der Freischütz.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.  
Freitag, 20. Januar, abds. 8 Uhr:  
Die Erbtante.  
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Faust.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jung-  
frau v. Orleans. Abds.: Die Erbtante.  
Residenz-Theater.  
Direktion: Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
Der Unterpräfekt.  
Schmunt in 3 Akten von L. Gumbel.  
Sonnabend: Pariser Menu.  
Sonntag nachm. 5 Uhr: Der Fied im Ohr.

Schiller-Theater.  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Himmel auf Erden.  
Schmunt in 3 Akten von Julius Hertz.  
Ende 10 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Das Urbild des Tartüff.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Die Ehre.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Himmel auf Erden.  
Urania.  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Von San Remo nach Florenz.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Konstrukt-Ingenieur A. Kessner:  
Die Stahlwerkindustrie.  
Kaiser-Panorama.  
Die Schweiz. Winter u.  
Sport i. Oberengadin. I. W.  
III. interess. Reise in Indien.  
Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.  
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.  
Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
Der Feldherrnhügel.  
Luisen-Theater.  
Freitag, den 20. Januar, Premiere:  
Die Hosen des Herrn von Bredow.  
Baterland. Schauspiel in 4 Akten nach  
Wilibald Alexis von Oskar Wagner.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Eneidmittchen.  
Abends 8 Uhr: Salemanns Töchter.  
ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende nach 11 1/2.  
Don Carlos  
Dramat. Gedicht in 5 Akten v. Schiller.  
Sonnabend nachm.: Hämel u. Gretel.  
Abends: Der Glöckchenlieb.  
Sonntag nachm.: Seltsamenregister.  
Abends: Don Carlos.  
Apollo  
Theater  
Ein Erfolg ohne Gleichen  
Otto  
Reutters  
neueste Schlager  
sowie das große  
Sensations-  
Programm.  
Metropol-Theater.  
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.  
Surra!  
Wir leben noch!  
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern  
v. A. Freund. Russl. u. B. Holländer.  
In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.  
WINTERGARTEN  
Januar Spielplan  
ETHEL LEVEY  
Amerikas Favorit.  
La belle Leonora  
Spaniens Stolz.  
Mlle. Donarbers  
Luftballonfahrt  
über den Köpfen des Publikums  
sowie weitere  
12 Star-Attraktionen 12  
Rauchen gestattet!  
Bosporus  
am Moritzplatz.  
Unser neues Programm ist der  
Gipfel der Varietèkunst.  
Wir behalten an Wochentagen  
das Varietè-Konsum-System bei.  
Nach Schluß der Vorstellung:  
Großer Bockbier-Trubel  
Tanz bis 2 Uhr, 2 Kapellen.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Bund der Jugend.  
Auffspiel in 5 Akte v. Dietrich Abten.  
Deutsch von W. Lange. Ende 10 1/2.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zum 1. Male:  
Nathan der Weise.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Nathan der Weise.  
Casino-Theater  
Doblinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Das Original Berliner Votivbild  
Julie Wippen.  
Urbesinner Humor! Urbesinner Tapen!  
Von Seite der ehem. Berliner-Bühne.  
Vorher erstklassiger dunter Teil.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Weihnachten.

„CLOU“  
BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerstr. 62. Zimmerstr. 90-91  
!!! Heute !!!  
Gastspiel der  
„Diavoli rossi di Pianella“  
Original italien. Harmonie-Orchester.  
Zum ersten Male in Deutschland!  
Eintritt 50 Pf.  
Sonntag von 1/2-3 Uhr: Große Konzert-Matinee, frei.

Brauerei Friedrichshain.  
Am Königtor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.  
Heute Freitag: Elite-Tag.  
Gratisverlosung  
v. 100 Wertgegenständen. - Jeder  
Besucher erhält 1 Los gratis.  
Größter Bock-Jubel u.  
„Trubel „Auf der Alm“.“  
Der berühmteste Festwirt  
Schorsch Schrengruber  
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Passierkarten haben volle Gültigkeit.

Arnold Scholz  
Hassenheide  
108-114  
Täglich:  
Das beliebte Bockbier-Fest.  
in sämtlichen Fest-Sälen (7000 Personen fassend).  
Im bayrischen Hochwald und im herrlichen Berchtesgaden.  
Barn Muckl's Bauernkapelle. - O' Deffregers Tiroler Truppe.  
Anf. 7 Uhr. Echt bayrische Madln- u. Bedienung. Entr. 30 Pf.

Einen wirklichen Genuß bietet eine Vorstellung im  
Excelsior-Lichtspielhaus  
Rixdori, Bergstr. 151/152. (Passage.)  
Wie stets, allen voran:  
Der Verzweiflungskampf der Anarchisten in Houndsditch.  
Dazu:  
Das dieswöchentliche Sensations-Programm.  
Anfang: Sonntags 3 nachm., wochentags abds. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.

Lichtspiele.  
MOZART-SAAL.  
Nollendorf-Platz.  
Beginn 6 Uhr.  
Königstadt-Kasino.  
Holzmärker 72. Ede Wegänderstraße.  
Täglich: Esmanoff-Truppe, russ.  
Sänger, Franz Sobanski, Pulwars.  
Puffstift, Gebrüder Kühn, The  
Mursellas, Falspringer usw.  
Die Erbtante.  
Vollst. mit Gesang von Ed. Sobanski.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Passage-Theater.  
Abends 8 Uhr.  
Affe Consul  
Menschendarsteller.  
P. Schneider-Duncker.  
Lina Loos  
u. d. großartige Januar-Programm.  
Burgtheater-  
Festsäle und Kinematograph  
vorm. Groterjan, Indab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 8, 9358  
Lebende Photographien.  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2 Uhr. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Freitag, den 20. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:  
Großer Gala-Abend.  
Gastspiel d. berühmten Dress.  
Hrn. Direkt. Pierre Althoff mit  
sein. ca. 90 dress. Pferden.  
Außerdem: Frau Direktor Adele  
Althoff mit ihren eleganten  
Freiheitsdresuren.  
Die Aros, kom. Trapezkünstler. -  
Troika geritt. v. Hrn. Hub. Mirow.  
Fredianis, bar. Reiterfamilie. -  
Gebr. Fratelli, urkom. Clowns.  
5 Cliftons 5.  
Um 9 Uhr ca. zum 29. Male:  
„Armin“

Freitag, den 20. Januar 1911,  
präzise abends 8 Uhr.  
feine Zirkus-Vorstellung,  
sondern  
Aufführung des Deutschen  
Theaters:  
König Oedipus  
von Sophokles.  
Sonnab. 21. Januar, abds. 7 1/2, 11:  
Grand Soirée high life  
Auffreten sämtlicher neuen  
Attraktionen.  
Der große Coup  
8 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.  
Schmuggler.  
Romant. Pantomime in 4 Akten.

Freitag, 20. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:  
Stettiner Sänger.  
Neu!  
Musikanten-Weihnacht  
Gemeinschaft von Reisel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Theater des Weddings  
Müllerstr. 102/103 - Sollerstr. 25.  
Täglich vor ausverkauftem Hause:  
Abgründe  
Drama in zwei Akten von Urban Gad.  
Aufführung des neue großartige  
Programms.  
Voigt-Theater  
Gesundbrunnen, Badstraße 68.  
Freitag, den 20. Januar 1911:  
Der Erbförster  
Trauerspiel in 5 Akte. v. Otto Ludwig.  
Aufführung 7, Anfang 8 Uhr.  
Trianon-Theater.  
Heute geschlossen.  
Sonnabend, zum 1. Male, Anf. 8 Uhr:  
Hippolyte's Abenteuer.  
Für den Jubel der Jazette  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Theater Sanssouci  
Hochbahnstation Rothbuser Tor.  
6 1/2 Uhr:  
Wie werde  
ich reich?  
Amerikanische Sensationsrevue.  
Lotte Sebus  
R. Neseemann  
Berlins Lieblinge.  
Karl Haverland-  
Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Kommandanten-  
str. 77/79.  
Das sensationelle  
Januar-Programm.  
mit sein. neuesten  
Schlagern.  
Victor Ritter

Herrnfeld  
Theater  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
Zwei Schlager:  
Eine verlorene Nacht.  
Er, Sie und Er  
mit Anton und Donat Herrnfeld in  
den Hauptrollen.  
Passage-Panoptikum.  
Lebend! Lebend!  
Das blaue  
Weib:  
Ein Opfer wilder Barbaren.  
Prinz Atom:  
Der kleinste Mensch aller Zeiten.  
Der Mann mit dem  
eisernen Schlund.  
Buddhas Wundertafel.  
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.  
Abends 8 Uhr.  
Affe Consul  
Menschendarsteller.  
P. Schneider-Duncker.  
Lina Loos  
u. d. großartige Januar-Programm.  
Burgtheater-  
Festsäle und Kinematograph  
vorm. Groterjan, Indab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 8, 9358  
Lebende Photographien.  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2 Uhr. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Freitag, den 20. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:  
Großer Gala-Abend.  
Gastspiel d. berühmten Dress.  
Hrn. Direkt. Pierre Althoff mit  
sein. ca. 90 dress. Pferden.  
Außerdem: Frau Direktor Adele  
Althoff mit ihren eleganten  
Freiheitsdresuren.  
Die Aros, kom. Trapezkünstler. -  
Troika geritt. v. Hrn. Hub. Mirow.  
Fredianis, bar. Reiterfamilie. -  
Gebr. Fratelli, urkom. Clowns.  
5 Cliftons 5.  
Um 9 Uhr ca. zum 29. Male:  
„Armin“

Freitag, den 20. Januar 1911,  
präzise abends 8 Uhr.  
feine Zirkus-Vorstellung,  
sondern  
Aufführung des Deutschen  
Theaters:  
König Oedipus  
von Sophokles.  
Sonnab. 21. Januar, abds. 7 1/2, 11:  
Grand Soirée high life  
Auffreten sämtlicher neuen  
Attraktionen.  
Der große Coup  
8 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.  
Schmuggler.  
Romant. Pantomime in 4 Akten.

Freitag, 20. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:  
Stettiner Sänger.  
Neu!  
Musikanten-Weihnacht  
Gemeinschaft von Reisel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Theater des Weddings  
Müllerstr. 102/103 - Sollerstr. 25.  
Täglich vor ausverkauftem Hause:  
Abgründe  
Drama in zwei Akten von Urban Gad.  
Aufführung des neue großartige  
Programms.  
Voigt-Theater  
Gesundbrunnen, Badstraße 68.  
Freitag, den 20. Januar 1911:  
Der Erbförster  
Trauerspiel in 5 Akte. v. Otto Ludwig.  
Aufführung 7, Anfang 8 Uhr.  
Trianon-Theater.  
Heute geschlossen.  
Sonnabend, zum 1. Male, Anf. 8 Uhr:  
Hippolyte's Abenteuer.  
Für den Jubel der Jazette  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Theater Sanssouci  
Hochbahnstation Rothbuser Tor.  
6 1/2 Uhr:  
Wie werde  
ich reich?  
Amerikanische Sensationsrevue.  
Lotte Sebus  
R. Neseemann  
Berlins Lieblinge.  
Karl Haverland-  
Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Kommandanten-  
str. 77/79.  
Das sensationelle  
Januar-Programm.  
mit sein. neuesten  
Schlagern.  
Victor Ritter

Herrnfeld  
Theater  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
Zwei Schlager:  
Eine verlorene Nacht.  
Er, Sie und Er  
mit Anton und Donat Herrnfeld in  
den Hauptrollen.  
Passage-Panoptikum.  
Lebend! Lebend!  
Das blaue  
Weib:  
Ein Opfer wilder Barbaren.  
Prinz Atom:  
Der kleinste Mensch aller Zeiten.  
Der Mann mit dem  
eisernen Schlund.  
Buddhas Wundertafel.  
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.  
Abends 8 Uhr.  
Affe Consul  
Menschendarsteller.  
P. Schneider-Duncker.  
Lina Loos  
u. d. großartige Januar-Programm.  
Burgtheater-  
Festsäle und Kinematograph  
vorm. Groterjan, Indab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 8, 9358  
Lebende Photographien.  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2 Uhr. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Freitag, den 20. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:  
Großer Gala-Abend.  
Gastspiel d. berühmten Dress.  
Hrn. Direkt. Pierre Althoff mit  
sein. ca. 90 dress. Pferden.  
Außerdem: Frau Direktor Adele  
Althoff mit ihren eleganten  
Freiheitsdresuren.  
Die Aros, kom. Trapezkünstler. -  
Troika geritt. v. Hrn. Hub. Mirow.  
Fredianis, bar. Reiterfamilie. -  
Gebr. Fratelli, urkom. Clowns.  
5 Cliftons 5.  
Um 9 Uhr ca. zum 29. Male:  
„Armin“

Freitag, den 20. Januar 1911,  
präzise abends 8 Uhr.  
feine Zirkus-Vorstellung,  
sondern  
Aufführung des Deutschen  
Theaters:  
König Oedipus  
von Sophokles.  
Sonnab. 21. Januar, abds. 7 1/2, 11:  
Grand Soirée high life  
Auffreten sämtlicher neuen  
Attraktionen.  
Der große Coup  
8 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.  
Schmuggler.  
Romant. Pantomime in 4 Akten.

Freitag, 20. Januar, abds. 7 1/2 Uhr:  
Stettiner Sänger.  
Neu!  
Musikanten-Weihnacht  
Gemeinschaft von Reisel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Theater des Weddings  
Müllerstr. 102/103 - Sollerstr. 25.  
Täglich vor ausverkauftem Hause:  
Abgründe  
Drama in zwei Akten von Urban Gad.  
Aufführung des neue großartige  
Programms.  
Voigt-Theater  
Gesundbrunnen, Badstraße 68.  
Freitag, den 20. Januar 1911:  
Der Erbförster  
Trauerspiel in 5 Akte. v. Otto Ludwig.  
Aufführung 7, Anfang 8 Uhr.  
Trianon-Theater.  
Heute geschlossen.  
Sonnabend, zum 1. Male, Anf. 8 Uhr:  
Hippolyte's Abenteuer.  
Für den Jubel der Jazette  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Theater Sanssouci  
Hochbahnstation Rothbuser Tor.  
6 1/2 Uhr:  
Wie werde  
ich reich?  
Amerikanische Sensationsrevue.  
Lotte Sebus  
R. Neseemann  
Berlins Lieblinge.  
Karl Haverland-  
Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Kommandanten-  
str. 77/79.  
Das sensationelle  
Januar-Programm.  
mit sein. neuesten  
Schlagern.  
Victor Ritter

Herrnfeld  
Theater  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
Zwei Schlager:  
Eine verlorene Nacht.  
Er, Sie und Er  
mit Anton und Donat Herrnfeld in  
den Hauptrollen.  
Passage-Panoptikum.  
Lebend! Lebend!  
Das blaue  
Weib:  
Ein Opfer wilder Barbaren.  
Prinz Atom:  
Der kleinste Mensch aller Zeiten.  
Der Mann mit dem  
eisernen Schlund.  
Buddhas Wundertafel.  
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.  
Abends 8 Uhr.  
Affe Consul  
Menschendarsteller.  
P. Schneider-Duncker.  
Lina Loos  
u. d. großartige Januar-Programm.  
Burgtheater-  
Festsäle und Kinematograph  
vorm. Groterjan, Indab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 8, 9358  
Lebende Photographien.  
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2 Uhr. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Walhalla-Theater.  
Rosenh. Tor. Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
Januar - Allerneuestes  
in  
Bravo! Da Capo!  
Eine Allerwelts-Revue in  
5 Bildern mit vielen neuen  
Einlagen, Coupletts und  
Attraktionen.  
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:  
Unsere Don Juans.  
Vollst. mit Gesang u. Tanz.  
Kleine Preise.

Josefetti JUNO BESTE 2 Pfg. CIGARETTE

(VO PUNONNY)



# Ein Sprung in's Ungewisse

Ist jeder Versuch, die bewährten Marken PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekanntem Marken nicht geboten wird.

**Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit**

**Jedes Paar Damen- oder Herren-Stiefel ohne Ausnahme**

**„Propago“**  
Gemeinlich geschützt  
Alleinverkauf für ganz Deutschland

**6<sup>75</sup> Mk.**

**„Schuh-Sport“**

Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Versand nach auswärts unter Nachnahme!

Zentralverband der freien Händler, Hausierer u. verw. Berufsge nossen Deutschlands.  
Sitz: Essen (Ruhr).  
Ortsverwaltung Rixdorf.  
Sonnenabend, den 21. Januar, abends 9 Uhr, im Lokale von Meier, Prinz-Händjery-Str. 3:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Der Kapitalismus und wir Händler.  
Referent: Kollege Komsys.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Nicht aller Kollegen und Kolleginnen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen und für dieselbe Propaganda zu machen!  
Gäste willkommen!  
286/10 Die Ortsverwaltung.

**Hygienische Bedarfsartikel**  
Drogerie Zarcuba.  
Weinbergstr. 1, dir. a. Rolenthaier Tor.  
Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Rindfleisch!

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**

**Sie sparen Geld!** Wenn Sie direkt zu **Engrospreisen** in der **Möbelfabrik**

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

**Nur in dieser Packung**

mit Toiletten- und Kosmetikartikeln  
Sie erhalten wegen seiner Billigkeit  
**Geschenk-Beilage**

so beliebt **Dr. Gentner's**  
Veilchen-Seifenpulver **Goldperle**

Dr. Gentner's Toiletten- und Kosmetikpulver **Goldperle**

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben- arbeitsung schlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort.  
**Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55.** (Hochbahnstr. Bülowstr.) 8-7.

**ZOMAROM**

**Bouillon-Würfel**  
der beste und billigste

Nährstoffabrik „Zomarom“ München, Promenadenstraße 6.  
Generalvertreter: **Alfred Hirsch, Berlin W. 36,**  
Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

**Ohne jede Anzahlung**

**Pianos**

erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 3/11\*

Für jedes Instrument gewähre ich 30jähr. schriftl. Garantie.

**Berlin, Ansbacher Str. 1**  
Conrad Krause Nachf. Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

**Schallplatten**  
Verleih-Institut.

Versand auch nach auswärts. Prospekt gratis und franko.  
**Karl Borbs, Berlin 50,**  
Neue Königstraße 53.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41,** Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Nach der Inventur**  
verkaufen wir einen Posten zurückgesetzter Abonnements-Anzüge für 8 M., 10 M. und 12 M.

**J. Stock & Co.,** Größtes Abonnements-Haus feiner Herren-Moden.  
Verkaufsstelle der getragen Anzüge Chaussee-Straße 1, Elsasser Str. Ecke

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annehmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Gadtrone, elegante, 10,-** Friedrichstraße 192/193, III, Sonnenbröt.

**Vorwärtsleiter erhalten** (für Projekt Extrarabat, selbst bei Gelegenheitskäufen).

**Teppich - Thomas, Oranienstr. 160, Oranienplatz; Rosenhallerstraße 54.** 19498\*

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn. Händeler Markt 4, Bahnhof Börse. (Liefer des „Vorwärts“ erhalten 5/ Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

**Sozialreform** oder Revolution von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 60 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Taschenbuch für Gartenfreunde.** Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gies-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hebböcker. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

**Germanienplan 6.** Handblichlein. Staunendbillige Winterpaletots. Jackentanzüge, Gedrucktwaren, Herren- und Damenkleider, Auswärtigen, Brautkleider, Personalbetten, Bettstühle, Sportbilliger Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Tischdecken, Steppdecken, Nissen, Auswärtigen, Schürchen, Taschen, Uhren, Banduhren, Strahlröhren, billiger Wäscheverkauf im Handblichlein Germanienplan 6. Auch Sonntags geöffnet.

**Damenhemden mit handgeftelter** Waife 1,15, Herrenhemden 1,15, Kor-malwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Herrenmüster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsh. Dirlenstraße 21, Alexanderplatz.

**Die Grundbesitzer der** Dirlenstraße. Eine populäre Einführung von Julian Vorkardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Teppiche (Gartenstühle), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Hobergarden, Sofa-stoffe, Sportbillig** Fabriklager Rauerkhoff, Große Frankfurterstraße 9, Klinkeringang. Dortwärtsfahren jeden Sonntag. Sonntags geöffnet. 24888\*

**Monatsanzüge und Winterpaletots** von 5 Mark (sowie Damen von 1,50, Gedrucktwaren von 12,00, Frack von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handblichlein verarbeitete Sachen laufen man am billigsten bei Rah, Wulfsstraße 14.

**Teppiche, Vorhänge, Tischdecken, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Bettvorlagen, Divandecken, Sportbilliger Hämungsverkauf.** Potsdamerstraße 109, Teppichhaus Komrad Händler. Vorwärtsleiter Extrarabat.

**Vorwärtsleiter** elegante Gedrucktwaren, Frackanzüge und Smoking aus feinsten Stoffen enorm billig. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 17648\*

**Gadtrone, dreifachmig 4,50, Bronzefronen 7,50, Gaszuglampen 7,00, Wäschere 1,40, Gasmandarine 0,50, Teilzahlungen gestattet.** Kronen-lager Große Frankfurterstraße 99; Filiale Rauenstraße 6. 12018\*

**Verbreiten und Prostitution als** soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,- Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Zwillingseidene Steppdecken 4,15** (Seidenstoff). Wolllas-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grau-rot, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. In-ventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Leffore, Oranienstraße 158.\*

**Inventur-Räumungspreise** nur kurze Zeit. Extrarabte gratis und franko. Teppichhaus Emil Leffore, Oranienstraße 158. 19988\*

**Herrenanzüge!** Herrenpaletots, zweifachmig, hochporchime, Sportbillig. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63 I. Firmabestellung. 27145\*

**Stianers Rädermaschinen** ohne Anzahlung, gebrauchte Sportbillig! Eitel-ligstraße 99, Wulfsstraße 67.\*

**Bilder kaufen Sie direkt** Habrit bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

**Geschäftsverkäufe.**  
Seifengeschäft preiswert zu ver-kaufen. Marktgrafenbamm 10. 27266

**Wohnwirtschaft, Bäckerei,** 900 Karl Niede, zu verkaufen. Licht-berg, Rummelsburgerstraße 4.

**Parcietotal, schöne Räume,** mehrere Vereine, Baugrund, sofort wegen Grundstücksübernahme. 28-30 Halbe monatlich. Preis 1500. Näheres bei Wollersdorf, Rantewulfstraße 42, Lokal. +57

**Grundstückverkauf, Kolonialwaren** verkauft preiswert weil Anfehlung außerhalb, Prinzessinnenstraße 22.

**Möbel.**  
Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben. Wir verkaufen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Köpen-bergerstraße 4, Schleichers Bahnhof. 19518

**Möbelangebot!** Sofas, Garni-turen, Kleiderbügel, Verticos, Bilderrah-men, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Küchenschrank, Pianinos, ganze Ein-richtungen, Sportbillig, große Ge-legenheit, Nissenaustrich, 5 Stagen. Möbelspekerei Neue Rönigstr. 5/6, Habritgebäude. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 24016\*

**Achtung, Brautkleide!** und Möbel-taufende, jetzt bietet sich Ihnen nie-wiederkehrende günstige Kaufgelegen-heit; während meines Inventur-verkaufs sämtliche Möbel und Wollst-waren bis 30 Prozent im Preise er-mäßigt! Bechtigung ohne Kauf-zwang gern gestattet. Möbel- und Wollwarenfabrik R. Hirschomig, Etalierstraße 25, an der Hochbahn!

**Verschiedenes.**

**Patentanwalt Bessel, Göttinger-**straße 94a.

**Patentanwalt Müller, Göttinger-**straße 81. 19558\*

**Platinabfälle, Gramm 4,40,** Goldabfälle, Silber, Altgold kauft Hilmel, Auguststraße 10, III. +115\*

**Friedrich Wilhelm, General-**agentur; O. 112, Mohrerstraße 24 II. Lebens-, Arbeiter-, Kinderversicherung. Nach Sonntags. 18238\*

**Schlagüber, Platina, Bruchgold,** Silber, Edelsteine, höchstzahlend, Berner, Pappelallee 8. 18948\*

**Kupfer, Messing, Platinabfälle** Silberabfälle, Goldschmelze Neper Köpenickerstraße 20a (gegenüber Ran-tenwulfstraße). 2068\*

**Jungengeschäft!** Sonnabend, den 14. Januar, von 11-1 vormittag. Frau überfahren Reichenderstraße zwischen Rantewulf- und Lauffer-straße. Fahrzeug nicht bekannt. Un-fallvergiät. Offerten: Filiale „Vorwärts“ Laufferplatz 14/15. +125

**Platina, alte Goldschmelze, Bruch-**gold, Silber, Doubleabfälle, Treffer, Gebisse, Kettgold, Goldwatten, Gold-gummis, Staniolabfälle, sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Broß, Goldschmelze, Köpen-ickerstraße 29. Telefon IV, 6958.

**Verlorengefallen.** Einige Sonnabende, Sonntags zu vergeben. Schönhäuser Allee 28. +44

**Schwarze Attentate** in aller Deutlich-Kraftbrockte auf der Fahrt von Rantewulf nach Göttingerstraße liegen geblieben. Abzugeben gegen Belohnung bei Gyner, Rantewulfstraße 94.

**Jungengeschäft.** Diejenigen, welche gehen, wie am 2. Januar morgens 6 Uhr 20, ein Mann von der Treppe zum Bahnhof Wulfsstraße fiel, werden um Abgabe ihrer Adresse ge-beten. Fischer, Remelerstraße 76, Seitenflügel IV links. 27326

**Goldschmelze, Jahngeselle, Zahn-**bis 70 Pfennig, kauft Anliquitäten-geschäft Rantewulfstraße 14, Roabit. 10/18

**Vermietungen.**

**Wohnungen.**  
**Balkonwohnungen, 2 Stuben,** Küche, 33,-, sofort, Kleine Rantewulf-straße 3. 1077\*

**Zu vermieten Rixdorf, Nähe Bahn-**hof Herrmannstraße 2 Stuben und Küche im Vorderhaus, 1 Stube und Küche im Hinterhaus, Laden für alle Geschäfte passend. Näheres Rixdorf, Wobbestraße 16. 2588\*

**Zimmer.**  
**Seere Ballonzimmer, Garten-**zimmer, Küchen, für anständigen jungen Mann, Bornhorferstraße 21.\*

**Schlafstellen.**  
**Wohlierte Schlafstelle** Bräden-straße 10 b, Hof rechts III rechts.  
**Wohlierte Schlafstelle** für 1 Herrn, Nähe Halesches Tor, Alexanderstr. 8, II vorn links. 27345

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**  
**Steinmetz-Bildhauerlehrling** über-38. +131\*

**Grundbesitzer auf Goldstellen** ver-langt Max Leonhard, Weihenstep-ferstraße 86. +142

**Tüchtige Einsemmelherin** im Hause verlangt Kullmeier, Frankfurterstr. 45.

**Berufsbildner** verlangt Max Leonhard, Weihenstepferstraße 86.

**Sortiererin, perfekte, im Lohn** verlangt Schröder, Hochstraße 43.\*

**Nährerin für Operationen** wolle und Friseur-Mittel. Burzel, Bräden-straße 13. 20198

**Zeitungsfrauen** (sofort) verlangt Potsdamerstraße 33. 10/11\*

**Zeitungsfrauen** verlangt Neue Wulfsstraße 7. 27225\*

**Zeitungsfrauen** verlangt Kronen-straße 2, I. 26895\*

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Heute, Freitag, abends 7 Uhr beginnend, Flugblattverbreitung

in den Bezirken Groß-Berlins.

Kein Mitglied der Organisation darf fehlen, damit die Arbeit prompt und schnell erledigt wird.

Die Versammlungen vom Sonntag, den 22. Januar sind im heutigen Inseratenteil annonciert.

Wir erwarten, daß alle Anhänger der Partei in diesen Versammlungen erscheinen und für einen Massenbesuch agitieren.

Der Aktions-Ausschuß.

Zur Lokalliste!

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die „Kammerfalle“, Zeltower Str. 1-3, Ecke Belle-Alliance-Straße, nach wie vor gesperrt sind. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß der Delonon, Herr Palm, Inhaber des von vielen Ausflüglern und Partien besuchten Lokals „Café Ruhwald“, Boltersdorfer Schleuse ist. Die Delonomie wird dort selbst von Herrn Säger, einem Sohn des Inhabers des gesperrten „Lehrerbereinsch Hauses“ am Alexanderplatz, betrieben. Wir bitten dies ganz besonders jetzt bei abzufliehenden Dampferpartien zu beachten und „Café Ruhwald“ streng zu meiden.

Der Verein der Schneider des Warenhauses für Arme und Marine hält am Sonnabend, den 25. Februar, in den Hohenzollern-Sälen, Vandelstr. 33, ein Fest am Rospol ab.

In Mariendorf T.-B. veranstaltet am Sonnabend, den 21. Januar, der Arbeiter-Beerdigungsverein Mariendorfs im „Herold-Lokal“ einen Maskenball.

In Steglitz T.-B. feiert der Lotterieverein „Goldregen“ am 28. Januar im Restaurant Schloßpark einen Maskenball.

In Südennde T.-B. hält der „Sünder Männerchor“ am 21. Januar einen Maskenball im Restaurant zum grünen Gaim (Inhaber Schulz) ab.

Da diese genannten Lokale der Arbeiterschaft nicht zu Versammlungen zur Verfügung stehen, aber besucht werden, in organisierten Arbeiterkreisen Vorkauf zu umgehen, versuchen wir, dieselben zurückzuführen.

In Königs-Wusterhausen T.-B. ist das Lokal Partrestaurant von der Lokalliste zu streichen; dasselbe ist veräußert und dient nicht mehr zu Restaurantzwecken.

Wir bitten, streng die Lokalliste zu beachten.

Die Lokalkommission.

Schöner Wahlkreis.

Billets zu der am Sonntag, den 22. Januar, stattfindenden Urania-Vorstellung sind noch zu haben im Wahlvereinsbureau, Neue Hochstraße 23. Zum Vortrag gelangt: „Von San Remo nach Florenz“.

Ober-Schöneweide. Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen. Die Bezirksleitung.

Karlshorst. Heute Freitag: Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich 7 1/2 Uhr für den Süden bei Bartels, für den Norden bei Sabrowski. Die Bezirksleitung.

Kaulsdorf (Ostbahn). Die Arbeiter, Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, sich an der am Sonntagmorgens 8 Uhr, in Kaulsdorf, bei Linke, Grünowstraße stattfindenden Volksversammlung recht zahlreich zu beteiligen. Die Versammlungsbesucher treffen sich vorher, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Kaulsdorf, im Restaurant Wobey, an der Stadtbahn. Die Bezirksleitung.

Wahlsdorf (Ostbahn). Am kommenden Sonntag: Flugblattverbreitung. Treffpunkt morgens 8 Uhr, in Drägers Restaurant, Bahnhofsstraße, und in Wahlsdorf-Süd bei Wader, Köpenicker Allee, Ecke Winklerstraße.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntagmorgens 8 Uhr, im Lokale des Herrn Linke, Grünowstraße, eine Volksversammlung stattfindet. Tagesordnung: „Wie sieht es mit dem Wahlrecht in Preußen?“ Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für einen guten Besuch zu agitieren. Die Bezirksleitung.

Alt-Bliesdorf. Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale von Troppend: Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Freitag, von abends 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Die Flugblattverbreitung zu der am Sonntag, mittags 12 Uhr, in den „Subertusfälen“, Provinzstr. 77/79, stattfindenden öffentlichen Versammlung findet am Sonntag früh von den bekannten Stellen aus statt.

Reinickendorf-West. Heute abend 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Die Bezirksleitung.

Neuenhagen, Brunnmühle, Eggersdorf, Fredersdorf, Petershagen. Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelsverbreitung. Das Material kann jetzt schon bei den Bezirksführern abgeholt werden.

Franz. Buchhof. Heute, Freitag, von 7-8 Uhr abends: Flugblattverbreitung von Käthe, Berliner Str. 39, aus.

Berliner Nachrichten.

Die Ordensliste.

Den preussischen Ordensleuten müssen die Steuerzahler alljährlich mit rund 350 000 Menschen bezahlen. Davon entfallen etwa 100 000 M. auf den Beamtenbesoldungssatz der königlich preussischen Generalordenskommission, 10 000 M. auf Tagelöhner und Reisekosten, letztere wahrscheinlich bei persönlicher Ueberbringung, wenn ein Dreiviertelstörer noch im letzten Augenblick geehrt werden soll. Der große Rest von weit über 200 000 M. wird von der Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien aufgezehrt. Mit 15 000 M. figurieren im Etat als Einnahme die Werte der zurückgelieferten Orden Verstorbener. Abgelehnte Orden, die es in seltenen Fällen auch gibt, werden in Einnahme so gebucht, als ob der unsonst Bekannte „tot“ ist. Es fehlt auch nicht an anderen amüsanten Zwischenfällen. Die Ordensliste vom vorjährigen Ordensfest enthielt den Namen eines dekorierten Kommerzienrats, der zur Zeit der Verleihung leider schon vier Monate unter der Erde lag. So courtoisivolle wie in Frankreich, ihm den Orden auf den Grabhügel zu legen, war man bei uns noch nicht. Aber es ist doch gar nicht so unmöglich, daß man ähnliches à la China im preussischen Hofparadies einführt und Leute ganz gewohnheitsmäßig dekoriert, die längst nach dem Jenseits abgeordnet sind und deren Verdienste man erst zu spät erkannt hat. Im Laufe des vorigen Jahres ist ein heute toter dekoriert worden, nachdem er irrsinnig geworden war. Auch nicht übel! Viel-

leicht dekoriert man auch mal irgendeinen der zahlreichen, mit hoch klingendem Namen „arbeitenden“ Industriemänner, von denen sich herausstellt, daß sie statt Graf Vredow oder Baron Lattenbach bloß Schulze oder Müller heißen. Möglich ist ja in Preussisch-China alles. Besonders wenn das höhere Geld der Steuerzahler auch zur Dekoration russischer Fentersknechte herhalten muß.

Seit zwei Jahrzehnten ist die Zahl der verliehenen Orden und der Ausgaben dafür stetig gestiegen. Im Jahre 1890 waren es nur 5177 Orden und Ehrenzeichen, 14 Jahre später schon über 15 000 und vielleicht schon diesmal wird die Zahl der im letzten Ordensjahre erteilten Dekorationen das zwanzigste Tausend überschreiten. Mindestens 300 000 Menschen in Deutschland tragen preussische Piepsgoldchen auf der Ehrenbrust, viel geringer ist natürlich die Zahl der mit ausländischen Orden bedachten. In anderen, zivilisierten Ländern geht man sparsamer und vorsichtiger mit solchen blühenden Sädelchen um. Bloß einige dunkle exotische Staatenspezifizen betrachten den Ordenskrummel als Geschäftssache. Was freilich hinter den Kulissen auch wieder in Preußen vorkommen soll. Der innere Wert der Orden, wenn in ihnen heutzutage ein solcher „Charakterwert“ überhaupt noch steckt, ist mit jedem der letzten Jahre ganz bedeutend gesunken. Selbst höchste Orden haben für die Öffentlichkeit oft nur Talmiwert. Für die Teilnahme an Paraden, Denkmalsenthüllungen, Fürstenempfangen und ähnlichen höfischen Prunkgelegheiten gibt es en masse Orden von derselben Qualität wie früher für besondere Tapferkeit im Kriege. Weit vor persönlichem reichem Bissen und Verdienst um die Menschheit rangiert das pharisäische Pioniertum der Kirche. Wo Adel und sonstige Rangstellung vorhanden ist, wird überhaupt nicht nach Verdienst gefragt, sondern einfach das Dasein in Gold, Silber und Brillanten gefehlt.

Den Bibelspruch, über den programmgemäß beim Ordensfest einer der Hofprediger sprechen muß, bestimmt neuerdings der Ordensverleiher selbst. Im vorigen Jahre waren es die Worte des Apostels Paulus: „Ringet danach, daß Ihr stille seid und das Gute schafft, und arbeitet mit Euren eigenen Händen.“ Es stimmt wohl doch nicht immer so ganz mit der Arbeit der eigenen Hände. Viele fragen sich vergebens danach, wofür sie eigentlich dekoriert worden sind. Eher ist es richtig, daß diejenigen, die „Hülle sind“ und eine Hautschmuckmuskulatur besitzen, „das ihrige schaffen“. Oder umgekehrt sind es die größten Maulhelden mit Stroh im Schädel. Ein treffliches Leitwort für die Ordensfestpredigt geben die drei biblischen Könige aus dem Morgenlande an: „Und als sie den Stern sahen, wurden sie hocherfreut...“

Der Stand des Nord-Südbahnprojekts.

Vom Magistrat wird geschrieben: Die städtischen Behörden haben unterm 11. 11./1. 12. 1910 den Bau der Nord-Südbahn von der Seestraße bis zum Belle-Allianceplatz beschlossen, weil die Verkehrsverhältnisse Berlins den Bau dieser Straße unbedingt erfordern, während die Weiterführung der Linie im Norden wie im Süden erst von den Vereinbarungen mit den angrenzenden Vororten abhängig gemacht werden muß. Ursprünglich war die Fortsetzung der Bahn im Süden bis zum Kreuzberg in Aussicht genommen, um sie später nach Schöneberg und Wilmersdorf weiterführen zu können. Die zahlreichen Untergrundbahnen, die auf Schöneberger und Wilmersdorfer Gebiet inzwischen entstanden bzw. beschlossen sind, lassen eine Fortführung der Nord-Südbahn nach diesen Städten nicht zweckmäßig und ratsam erscheinen. Berlin sah sich deshalb vor die Frage gestellt, ob es richtiger sei, die Bahn über den Belle-Allianceplatz nach Süden oder mit einer Schwenkung nach Südosten nach Rixdorf zu verlängern, oder an einer geeigneten Stelle die Verlängerung der Bahn nach beiden Richtungen zu ermöglichen. Die Entscheidung dieser Frage ist deshalb sehr schwierig, weil unmittelbar hinter dem Belle-Allianceplatz der Landwehrkanal zu kreuzen ist. Bei den enormen Kosten dieser Anlage bedarf es der sorgfältigsten Erwägung, in welcher Art diese auszuführen ist.

Um den Bau der Nord-Südbahn durch diese in kurzer Zeit nicht zu erledigenden Verhandlungen nicht aufzuhalten, soll die Bahn deshalb ihren vorläufigen Abschluß am Belle-Allianceplatz haben. Daß dieser Zustand kein endgültiger sein soll, geht schon aus der Anlage des Bahnhofs an dieser Stelle ohne weiteres hervor.

Die städtische Verkehrsdeputation hat deshalb unterm 4. 12. 1910 beim Polizeipräsidenten, der nach § 4 des Kleinbahngesetzes die landespolizeiliche Genehmigung zum Bau der Bahn zu erteilen hat, beantragt, dem abgeänderten Entwurf zuzustimmen, und unabhängig von dem erforderlichen Planfeststellungsverfahren schon jetzt beim Verkehrsminister die Genehmigung zum Beginn der Bauarbeiten zu erwirken.

Unterm 17. 12. 1910 hat die Gemeinde Tempelhof beim Polizeipräsidenten einen Antrag eingereicht, ihr den Bau einer Schnellbahn durch die Gemeinde Tempelhof an der Berliner Gemeindegrenze beginnend zu genehmigen. Der Polizeipräsident hatte deshalb die beteiligten Gemeinden zu einer gemeinschaftlichen Erörterung der in Betracht kommenden Fragen im Polizeipräsidium eingeladen.

Bei der Besprechung haben Vertreter Berlins erklärt, man sei bereit, mit Tempelhof wegen des Baues der Anschließstrecke in Unterhandlungen zu treten, haben aber dringend gebeten, das Genehmigungsverfahren ohne Rücksicht auf die Verhandlungen mit Tempelhof weiter zu betreiben, damit der Beginn des Baues baldigst ermöglicht werde. Daß Verkehrsinteresse Berlins könne eine Verzögerung des Bahnbaues wegen der Verhandlungen mit Tempelhof nicht erleiden. Die Verhandlungen mühten sich auf die Führung der Linie, die Verteilung der Kosten des Bahnbaues, die Leitung des Betriebes und die Regelung der Betriebsgemeinschaft und andere wichtige Punkte erstrecken, seien außerordentlich schwieriger Natur und könnten unmöglich in kurzer Zeit zu Ende geführt werden. Die Hinausschiebung der Konzessionserteilung bis zur Beendigung dieser Verhandlungen verzögere den Beginn der Bauarbeiten. Auch im sozialpolitischen Interesse sei es geboten, daß sobald wie möglich mit dem Bahnbau begonnen werde; denn es würde durch diesen einer großen Zahl von Arbeitern die Gelegenheit zur Beschäftigung in der jetzigen Zeit gegeben.

Trotz dieser Vorstellungen hat der Polizeipräsident, der bei Prüfung der Genehmigung nach § 4 Absatz 4 des Kleinbahngesetzes lediglich die Wahrung der Interessen des öffentlichen Verkehrs zu berücksichtigen hat, erklärt, daß er die Erteilung der Genehmigung von einer Einigung Berlins mit Tempelhof abhängig machen müsse.

Die städtische Verkehrsdeputation hat beschlossen, sich deshalb beschwerdebefähigend an den Minister der öffentlichen Arbeiten zu wenden.

Die Tiefbaudeputation hat in ihrer Sitzung vom 18. d. Mts. beschlossen, mit der Baugesellschaft Veltbus eine Vertrag zwecks Erschließung des Geländes Greifswalder Straße 142 bis 153 abzuschließen. Durch diesen Vertrag in Verbindung mit einer bereits

getroffenen Vereinbarung mit der Gemeinde Weissensee wird erreicht, daß nunmehr endlich die Greifswalder Straße reguliert und gepflastert werden kann. — Ferner beschloß die Deputation die Befestigung einer neuen Baufluchtlinie für die Neue Königstraße. Durch diese neue Baufluchtlinie wird die Neue Königstraße auf der Südseite vom Alexanderplatz bis zur Linienstraße und auf der Nordseite von der Linienstraße ab getroffen. Die abgeschlossene Lage des Georgenkirchplatzes wird durch die neue Fluchtlinie nicht gestört werden.

Um einen direkten Zugang von der Rigaer und Bettendorferstraße zum Ringbahnhof Frankfurter Allee zu ermöglichen, soll eine Enteignung von Teilgrundstücken an diesen Straßen stattfinden.

Mit der Anlage eines Untergrundbahnhofes mit Oberlicht in der Reber Straße zwischen Schönhauser Allee und Weichenburger Straße wird die dort befindliche Promenade verschwinden und einer gärtnerischen Schmuckanlage Platz machen.

Die Verpachtung der Kellerräume der Uraniasäulen soll öffentlich ausgeschrieben werden.

Endlich wurde noch beschlossen, die Lieferung und Einrichtung der Dieselmotoranlage für das Kraftwerk des Osthafens der Aktiengesellschaft F. A. Krupp in Essen zu übertragen.

Das Kuratorium der städtischen Heilstätten beschloß in seiner vorgestrigen Sitzung, bei der Heimstätte zu Heinersdorf, welche seit kurzer Zeit zur Aufnahme von schulpflichtigen Knaben dient, Fertigstellung eines Anbaues zu beantragen. In diesem soll ein Tagesraum, dessen Fehlen schon immer unangenehm empfunden worden ist, ferner eine größere Badeeinrichtung und außer anderen Nebenräumen noch eine Anzahl von Zimmern vorgesehen werden, durch welche sich die Belegungsfähigkeit dieser Heimstätte nicht beträchtlich erhöht. Die Zustimmung der Gemeindebehörden wird nach Fertigstellung des Bauprojektes und Kostenschlages erbeten werden. Ferner entschied sich das Kuratorium für die den Heimstätten zugewiesenen Kinder einen Schul- oder Arbeitsunterricht nicht einzuführen; leichte Beschäftigung und Spiele würden aber für angebracht gehalten.

Legitimationskarten müssen die hier arbeitenden Ausländer in ihrem Besitze haben. Die Feldarbeiterzentrale stellt bekanntlich diese Karten aus. Es werden für die Karte 2 M. erhoben. Wie uns mitgeteilt wird, wird für die bis zum 31. Januar neu ausgestellten Karten für 1911 kein Entgelt erhoben; dann aber kostet die Karte wieder 2 M.

In der Hoffmannschen Wandsache verfolgen die Zeugen der Polizei sämtlich, Fräulein G., die Angestellte eines Wettbureaus, hat bekundet, daß Mielle graue Handschuhe getragen hat. Mielle wurde ihr gegenübergestellt und mußte den bei der Leiche gefundenen Handschuh anziehen. Dieser sieht ganz straff, während die Zeugin sich genau erinnert, daß Mielles Handschuhe auf dem Rücken kalten waren. Es scheint also auch nach den neuen von der Polizei gesammelten Beweisen ausgeschlossen, daß Mielle den bei der Leiche gefundenen Handschuh getragen hat. Ferner hat ein Zeuge B. bekundet, daß er M. am 10. Dezember mittags im Lokal von A. gesehen hat. Nach allen bisherigen Ermittlungen scheint die Unschuld Mielles festzustehen. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, hat ein Kriminalbeamter in der Masse eines Mandanten versucht, Angestellte des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Posener über den Stand der Angelegenheit auszufragen. Er mußte jedoch unrichtiger Dinge wieder abziehen.

Ein Darlehensschwindler wurde gestern in der Person des früheren Schneidergesellen Otto Mionus unschädlich gemacht. M. gehört zu den Leuten, die sich als Darlehensgeber bezeichnen, obgleich die Darlehensfuder nie einen Pfennig von ihnen erhalten. Er betrieb den Schwindel im großen und bezeichnete sein Geschäft in der Landsberger Straße 42 als „Darlehensbank“. Er ließ sich von jedem, der Geld haben wollte, eine Antragsgebühr und eine Prüfungsgebühr bezahlen. Damit war aber auch seine Tätigkeit erledigt. Es blieb ihm jedesmal höchstens noch übrig, dem Kunden zu schreiben, daß die Prüfung seiner Bonität ungünstig ausgefallen sei. Auf eine Anzahl Anzeigen nahmen Kriminalbeamte eine Durchsuchung der „Bank“ vor. Sie bestanden in zwei möblierten Zimmern, in denen man außer Mionus noch einen früheren Schloffer Karl Geppert antraf, der als „Produkt“ angestellt war. Das Ergebnis der Durchsuchung war, daß Mionus auf der Stelle festgenommen wurde. Die Ermittlungen ergaben weiter, daß der Verhaftete auch das Geschäft des „Darlehensgebers“ Konrad Wegner fortgesetzt hatte, der in der Rosenthaler Straße 6-7 hauste, seit Mitte Dezember aber schon wegen seiner Schwindelereien in Untersuchungshaft sitzt. An beiden Stellen beschlagnahmten die Kriminalbeamten eine umfangreiche Korrespondenz, Briefe und Telegramme und Abschnitte von Postanweisungen. Gleich die erste Durchsicht zeigte schon, daß der Verhaftete den Schwindel im großen Maßstabe getrieben hat. Daß Mionus sich in seinem Geschäftsbetriebe nicht mehr ganz sicher fühlte, beweist eine Vorkehrung zur Behandlung unzufriedener Kunden. Es kam nicht selten vor, daß Leute, die sich betrogen sahen, die Gebühren zurückverlangten und dem Schwindler auf den Leib rückten. Für solche unangenehmen Kunden hielt Mionus in seinen „Bankräumen“ stets einen großen Gummiknüppel bereit.

Zum Schutze der Fahrgäste gegen Ueberfälle in den Stadtbahnzügen hat die Staatsbahnverwaltung angeordnet, daß eine Verbindung zwischen den Endabteilen und den übrigen Abteilen in den zweistöckigen Stadtbahnwagen dritter Klasse hergestellt werde. Zu dem Behufe werden jetzt die Zwischengänge der Endabteile durchbrochen und mit verschließbaren Drehtüren versehen. Sofern jene Abteile als Zugführer oder Schutzabteile benutzt werden, sind sie verschlossen zu halten. Von den anstehenden Abteilen aus können sie dann nicht geöffnet werden, und ein an der Tür befindliches unverwundbares Schild mit der Aufschrift „Kein Durchgang“ belehrt die Fahrgäste darüber, daß das Endabteil anderweit benutzt wird. In anderen Fällen, d. h. wenn das Abteil der allgemeinen Benutzung freigegeben ist, steht es in vollständig offener Verbindung mit den Nachbarabteilen.

Verunglückte Schlittschuhsegler. Drei schwierige Rettungsversuche wurden auf dem Rüggeer See vollbracht. Auf der Eisfläche wird seit mehreren Tagen, trotzdem die Bahn polizeilich noch nicht freigegeben worden ist, eifrig der Segelsport betrieben. Auch gestern tummelten wieder zahlreiche Schlittschuhsegler auf dem Eise. Drei der Unvorsichtigen, die die Tragkraft des Eises überschätzten, brachen in der Nähe von „Rübezahl“ ein. Andere hinzueilende Schlittschuhläufer machten sich in allen Fällen schleunigst an die Rettung der Gefährdeten. Die Rettungswerke gestatteten sich so schwierig, daß die Retter selbst jeden Augenblick Gefahr liefen, in den See zu stürzen und zu ertrinken.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend um 6 1/2 Uhr an der Eisenbahnbrücke Nordstraße. Dort fiel der 22 Jahre alte Maler Joseph Graf aus Schöneberg, Oberstr. 27 wohnhaft, so unglücklich vom Gerüst, daß er mit dem Kopf auf die Vordschwelle schlug und sich einen doppelten Schädelbruch zuzog. Der Verunglückte starb kurz darauf.

Ein eigenartiger Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwochmorgens gegen 3 1/2 Uhr vor dem Hause Charlottenstr. 68. Dort wollte der Arbeiter Ernst Leopold, Kaloniestr. 63 wohnhaft, mit einer Schubkarre die Straßenbahngeleise passieren, als ein Wagen der Linie 65, Richtung Hafendamm, herannahte. Die Karre wurde erfasst und der Arbeiter erhielt einen derartigen Stoß, daß er in hohem Bogen gegen die Seitenwand des Wagens geschleudert wurde. Der Verunglückte, der eine schwere Schädelwunde erhalten hatte, wurde zur nächsten Unfallstation und dann in seine Wohnung geschafft.

Sur Vorhaft für Eltern mahnt ein Vorgang, der sich dieser Tage vormittags 11 1/2 Uhr an der Ecke Gohler- und Wädikerstraße abspielte. Ein achtjähriges Mädchen war von der Mutter beauftragt worden, einiges in dem Konsumgeschäft Poststraße zu holen. Als das Kind auf dem Rückweg an oben bezeichnete Ecke kam, trat ihm plötzlich ein etwa 16jähriger Bengel entgegen, der das Mädchen fragte, ob es Geld habe. In dem Augenblick sah er selbst in die Tasche, und als er nichts vorfand als die Ware nebst Marken, ohrfeigte er das Kind, warf die Tasche zur Erde und verschwand.

Ueber die Konsumgenossenschaft und die Arbeiter spricht in einer für die Einwohner des Ostens von Berlin und Lichtenberg zu heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, nach den Bruchfällen des Ostens, Frankfurter Allee, einberufenen Volksversammlung Reichstagsabgeordneter Genosse Paul Göhre.

Zeugen, die gesehen haben, wie dieser Tage morgens 8 1/2 Uhr vor dem Hause Kottbuser Damm 7 eine Frau hinfiel, werden gebeten, ihre Adresse bei Robert Glauz, Rixdorf, Weisestr. 50, Seitenflügel 1 Treppe, abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf-Saleusee.

Die „Große“ als Stadtbeherrscherin.

Der durch Herrn Leidigs Ioson Mund heraufbeschworene Skandal, über den wir gestern in Kürze berichteten, ließ die Stadtväter in der Sitzung vom Mittwoch für eine Weile fast vergessen, daß sie sich nicht zum Punkt untereinander, sondern zum Freiheitszug gegen Groß-Berlin verschoren hatten. Denn als etwas anderes kann der in namentlicher Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit sanktionierte Vertragsabschluss mit der Straßenbahngesellschaft nicht gelten. In der schriftlichen Begründung des Vertragsentwurfs sagt der Magistrat denn auch mit dürren Worten, daß die Unternehmungen des ins Leben tretenden Zwangsverbandes der Stadt Wilmersdorf zunächst keine Vorteile im Verkehrsweisen bieten würden, da mutmaßlich in erster Linie die am allerungünstigsten gestellten Gemeinden, zu denen Wilmersdorf nicht gehöre, Berücksichtigung fänden. Um nun schnell noch vor Torschlößchen ellihe Vorteile zugunsten der Terrainbesitzer zu eröffnen, muß Wilmersdorf sich zu Bedingungen verpflichten, von denen der Magistrat selbst gesteht, daß sie beträchtliche finanzielle Opfer für die Stadt und die Einräumung bedeutender Rechte an die Große Berliner in sich schließen. Da ist vorab die Gewährung der Vertragsdauer bis zum 31. Dezember 1900. Sie gilt selbstverständlich nicht nur für die bisherigen, sondern auch für alle nach von der „Großen“ zu erbauenden Linien. Als großen Erfolg priesen die Wortführer des Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit den Verzicht auf das Einspruchsrecht gegen die gegenwärtige und künftige Erbauung von Untergrundbahnen oder Schwebbahnen durch die Stadt. Aber mit Recht wurde in der Erörterung am Mittwoch namentlich von dem fortschrittlichen Stadtverordneten Worte darauf hingewiesen, daß zu der Zeit, als die gegenwärtig in Bau befindliche Untergrundbahn von der Stadt errichtet werden sollte, niemand rühriger als der Magistrat und der zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzte Ausschuss bestritten, daß die Straßenbahngesellschaft jemals mit einer Aussicht auf Erfolg ein Einspruchsrecht geltend machen könne.

In dem neuen Vertrage werden die Verpflichtungen der Gesellschaft zur Beitragsleistung für Bau- und Unterhaltungskosten solcher Straßen, in denen Bahnlinien vorhanden sind, zum großen Teil aufgehoben. Auch fallen der Stadt die gesamten Veränderungskosten zur Last, wenn sie eine Schnellbahn in eigener Regie baut, während noch den bisherigen Verträgen die Straßenbahngesellschaft für die Schadloshaltung mit in Betracht kam. Auch mußte sie auf ihre Kosten Veränderungen an den Bahnkörpern vornehmen, wenn für Arbeiten auf und unter dem Straßenkörper der-

artige Maßnahmen notwendig wurden. Als Inhalt für die Berechnung des Wertes, den der hier angeführte Verzicht in sich schließt, gibt der Magistrat selber als Beispiel an, daß allein infolge des Baues der Untergrundbahn in der Spichernstraße die Summe von 250 000 Mark in Betracht kommt, welche nunmehr die Stadt zu tragen hat. Weiter kommt hinzu, daß nach den bisherigen Verträgen der Stadtgemeinde das Recht auf Abgaben der Gesellschaften zustand. Dieses wahrlich nicht unwichtige Recht wird durch den neuen Vertrag aufgehoben; Wilmersdorf erleidet dadurch zurzeit jährlich einen Verlust von 88 000 M. Als Entschädigung soll der Stadt ein Betrag von 3 M. jährlich für das Kilometer Doppelgleis gewährt werden, jedoch wohlweislich erst vom 1. Januar — 1950 ab.

In der Sitzung vom Mittwoch bestritt der Referent in der Angelegenheit, Stadtverordneter Dr. Heinitz, mit großer Lebhaftigkeit, daß der neue Vertrag den Zehnpfennigtarif illusorisch mache.

Dabei heißt es ausdrücklich in dem Schriftsatz des Magistrats: „Ein Recht auf bestimmte Tarife, insbesondere auf Aufrechterhaltung des Zehnpfennigtarifs vermögen die Gesellschaften für die Zukunft nicht zu gewähren. Lediglich vorläufig belassen sie der Stadtgemeinde ihre bisherige Rechtsstellung und geben ihr ein beschränktes Restbegünstigungsrecht.“

Sehr drohlig war ein Streit über die rechtliche Bedeutung eines Zusatzantrages, den der Magistrat in letzter Stunde eingebracht, dann aber, als Bedenken erhoben wurden, wieder zurückgezogen hatte, worauf der Antrag von einem Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung wieder aufgenommen wurde.

Danach soll der Vertrag von der auflösenden Bestimmung abhängig sein, ob ein Zweckerbandsgesetz für Groß-Berlin zustande kommt und in dieses Gesetz Bestimmungen aufgenommen werden, auf Grund deren die Stadtgemeinde Deutsch-Wilmersdorf infolge des Vertragsabschlusses entweder dem Zwickerbande oder den Straßenbahngesellschaften gegenüber schlechter gestellt sein würde, als die Stadtgemeinde ohne den Abschluß dieses Vertrages gestellt wäre.

Schließlich wurde diese Bestimmung wie der ganze Vertrag angenommen. Wilmersdorf wird diese Handlung in mehr als einer Hinsicht zu büßen haben.

### Charlottenburg.

Ein Darlehnschwindler ist gestern mittag von der Charlottenburger Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Der Kaufmann Jaffé, Leonhardtstr. 17 wohnhaft, annonierte in mehreren Blättern, daß er Beamten gegen mäßigen Zinsfuß hohe Darlehen gewähre. Auf seine Annoncen meldeten sich auch zahlreiche Personen. Die Taktik des Herrn J. war folgende: Sobald ein Darlehnsnehmer sich auf sein Inserat gemeldet hatte, erklärte Jaffé, daß er das Geld gerne gewähren wolle, doch müsse er sich auf den Betenten zunächst näher erkundigen. Die Darlehnsgebühren betrage von vornherein 20 bis 30 M. je nach der Höhe des geforderten Kapitals. Sobald nun der Darlehnsjude nach einigen Tagen zurückkehrte, ließ sich Herr Jaffé verleugnen oder teilte mit, daß die Auskunft noch nicht eingetroffen sei. So zögerte er die Angelegenheit einige Wochen hinaus und erklärte schließlich, wenn die Geldsuchenden energisch die gezahlte Grundgebühr zurückverlangten, daß die Auskunft über ihre Person ungünstig ausgefallen sei und daß aus dem Darlehen nichts werden könne. Die gezahlte Gebühr von 20 bis 30 M. aber sei für die Recherchen usw. ausgegangen. Der Schwindler hat auf diese Weise zahlreiche Personen geschädigt, bis endlich ein seiner Opfer über das betrügerische Handeln des J. bei der Kriminalpolizei Anzeige erstattete, die daraufhin den „Geldverleihen“ verbot.

### Schöneberg.

Ein Opern- und Lieberabend ist der dritte Volksunterhaltungsabend am Sonntag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Belgischer Straße 48. Ihre Mitwirkung haben zugesagt die Opernsängerinnen Frä. Herina Dollosh und Frä. Julia

Heinrich, Herr R. Keller (Kgl. Koncertmeister), Herr Willi Merkel (Mitglied der Komischen Oper), Herr Schmalstich (Klavier). Billets zum Preise von 30 Pf. sind in der Expedition, Martin-Lutherstr. 51, und bei der Konsumgenossenschaft Apostel-Paulusstr. 40, zu haben.

### Rixdorf.

Ein verheerender Dachstuhlbrand, der die Feuerwehren von Rixdorf und Trenzow mehrere Stunden beschäftigte, brach Dienstagabend gegen 7 Uhr in der Harzer Straße 117 aus. Das Feuer brach im Dachstuhl des zweiten Seitenflügels aus und verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß bald auch der Dachstuhl des Quergebäudes und des ersten Seitenflügels in Flammen stand. Als die Feuerwehren auf der Brandstätte anlangten, brannte das Gebäude bereits schierlos, so daß der Feuerchein weit hin sichtbar war. Die Sappeure wie auch die Hausbewohner hatten durch die große Hitze und die starke Verqualmung sehr zu leiden. Das zweijährige Töchterchen des im vierten Stock wohnenden Tischlers Penzel, das sich in der Wohnung befand, brach infolge Rauchvergiftung bewußtlos zusammen. Nachbarn öffneten die Tür und retteten das Kind; im Freien kam es bald wieder zu sich. Ein anderer Bewohner, der ebenfalls besinnungslos geworden war, wurde von den Feuerwehrlenten unterlagen mehrere Sekunden in die Höhe gehoben und konnte rechtzeitig ins Freie gerettet werden. Eine Wöchnerin mußte schleunigst umquartiert werden. Sie erlitt einen erheblichen Verbrennung. Ein Priester des Hauses verbrannte sich bei dem Verlaufe, etwas von seiner Habe zu retten, die Hand so, daß er die Hilfe der antwefenden Sanitätskolonne in Anspruch nehmen mußte. Auch von den Feuerwehrlenten unterlagen mehrere der starken Einwirkung des Qualmes, aber auch sie erholten sich glücklicherweise rasch wieder. Nach fast zweistündiger Arbeit war die größte Gefahr beseitigt. Die Dachstühle und sämtliche Böden der beiden Seitenflügel und des Quergebäudes sind völlig vom Feuer vernichtet worden.

Ein beklagenswerter Unfall ereignete sich am Mittwochabend in dem Hause Herrfurthstraße 21/22. Die Frau des Schneidemeisters Kühn hatte in ihrer Wohnung einen großen Kessel kochenden Wassers von der Maschine auf einen kleinen Tisch gesetzt. Als sie auf einige Minuten hinausging, versuchte ihr dreijähriges Töchterchen Johanna auf den Tisch hinaufzuklettern. Unglücklicherweise hielt sich das Kind dabei an dem Kessel fest, das Gefäß stürzte um und ergoß seinen Inhalt auf die Kleine. Auf der nahegelegenen Unfallstation erhielt das Kind, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab und dessen Körper vollständig mit Brandwunden bedeckt war, die erste Hilfe; hierauf wurde es in hoffnungslosem Zustande nach dem Rixdorfer Krankenhaus geschafft.

### Weißensee.

Auf den Leim gegangen ist das „Weißenseer Tageblatt“ und sein geistiger Leiter, Herr Kony. In Nr. 13 wurde über den Ausspruch des Vorsitzenden Kony vom Grundbesitzerverein berichtet, wonach derselbe lieber einen Sozialdemokraten als seinen Feind Nemes zum Schöffen wählen würde. Hieran knüpfte der Berichterstatter die Mutmaßung, daß wohl auch ein dritter „befolbeter“ Schöffe gewählt werden könnte. Hinter dieser Mutmaßung wittert nunmehr das „W. T.“ Verrat. Das Blatt nennt auch schon den Kandidaten für den befolbten Schöffenposten, macht aber zugleich darauf aufmerksam, daß nach der Landgemeindeordnung höchstens nur zwei befolbte Schöffen in einer Gemeindeverwaltung tätig sein können. Mit dem sozialdemokratischen Gemeindeverordneten ist auf dem Rathause über die Schöffenwahl nie gesprochen worden.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. 29, Hamburg). Illale Charlottenburg. Sonnabend, 21., abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus Rixdorferversammlung. — Illale Wilhelmstr. Sonnabend, 21., abends 9 Uhr, bei Barth, Viktoriastraße 4, Mitgliederversammlung. — Illale Rummelsburg. Sonnabend, 21., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Oskar Blume, Altdorfgasse 56, Mitgliederversammlung.

Kranken- und Begräbnisfälle sibirischer Instrumentenmacher, Bauagiliten und Berufsgeoffen. (E. D. 55.) Generalversammlung Sonnabend, 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Sophienstr. 5 bei Hammel.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Freitag, Sonnabend — Soweit Vorrat;

## Wurstwaren

Felne Leberwurst. Pfd. 95 Pf.	Zervelat u. Salami Pfd. 1 <sup>20</sup>
Landleberwurst . . . Pfd. 85 Pf.	Teewurst Rügenwald. Art Pfd. 1 <sup>15</sup>
Jagdwurst . . . . . Pfd. 95 Pf.	Blut- u. Zwiebelw. Pfd. 50 Pf.
Mettwurst Braunschweiger Art . . . . . Pfd. 95 Pf.	Mausschinken . . . . . Pfd. 1 <sup>15</sup>
Rotwurst . . . . . Pfd. 70 Pf.	Schinkenspeck . . . . . Pfd. 1 <sup>05</sup>
Bratwurst . . . . . Stück 25 Pf.	Spickbrust . . . . . Pfd. 1 <sup>50</sup>

## Konserven

Junge Schoten I. 1/2 Dose 43,75 Pf.	Spinat . . . . . 24 Pf. 38 Pf.
Schoten IV . . . . . 22,34 Pf.	Kohlrabi in Beheld. mit Grün — 28 Pf.
Schoten u. Karott. I. 40,70 Pf.	Wirsingkohl. . . . . — 28 Pf.
Leipz. Allerlei extra fein 53,95 Pf.	Karotten i. Streif. 19 Pf. 28 Pf.
Leipz. Allerlei mittel-fein 28,45 Pf.	Jg. Brech- u. Schnittbohnen . . . . . — 28 Pf.
Pfefferlinge . . . . . 29,48 Pf.	Pflaumen süß-sauer . . . . . — 42 Pf.

Nur Leipziger Strasse und Alexanderplatz:

## Frisches Fleisch

besonders billiges Angebot

Schmorfleisch Pfund 85 Pf.	Rückenfett . . . . . Pfund 52 Pf.	Hammeldünnung Pfd. 60 Pf.	Roastbeef m. Knoch. Pfd. 95 Pf.
Kamm . . . . . Pfund 75 Pf.	Liesen . . . . . Pfund 60 Pf.	Dicke Rippe . . . . . Pfd. 75 Pf.	Schierbraten . . . . . Pfd. 90 Pf.
Querrippe . . . . . Pfund 65 Pf.	Pökelkamm . . . . . Pfund 75 Pf.	Hammel-Rücken . . . . . Pfd. 85 Pf.	Schaukelbraten Pfd. 95 Pf.
Filet im ganzen . . . . . Pfund 95 Pf.	Schweine-Schinken Pfd. 70 Pf.	Hammel-Kotelett Stück 15 Pf.	Kalbsbrust . Pfd. 90 Pf. 1 <sup>00</sup>
Filet ausgehäl. . . . . Pfund 1 <sup>20</sup> bis 1 <sup>40</sup>	Pökeldickbein Pfd. 70 Pf.	Hammel-Rippchen Pfd. 65 Pf.	Kalbskeule . . . . . Pfd. 1 <sup>00</sup> 1 <sup>10</sup>
Fehrippe . . . . . Pfund 78 Pf.	Schweinekotelett Pfd. 85 Pf.	Hammel-Keule Pfd. 80 Pf.	Roastbeef ohne Knochen Pfd. 1 <sup>30</sup>

Vorführung und Verkauf III. Etge., Wirtsch.-Abtlg.

## „Galvanit“ versilbert-vernickelt neu u. haltbar jeden abgenutzten Metallgegenstand

Durch Verwendung von Galvanit-Pulver an Stelle veralteter Putzmittel werden Silbergegenstände, sowie Nickel, Kupfer, Bronze und Zinn nach einmaligem Gebrauch wie neu. In unseren Häusern wird in der Wirtschafts-Abteilung, III. Etage, das Putzmittel vorgeführt.

Galvanit kleine Dose 1<sup>25</sup>

Putzen mitgebrachter Gegenstände und Erklärung der Putzweise vollständig kostenlos

Galvanit grosse Dose 2<sup>00</sup>